



47. Sitzung

Mittwoch, 24. Februar 2010

Vorsitzende: Präsident Dr. Lutz Mohaupt, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsident Wolfhard Ploog und Wolfgang Joithe-von Krosigk

Inhalt:

**Mitteilung der
Ersten Vizepräsidentin**
Ergänzung der Tagesordnung

2961

**Wahl einer Präsidentin oder eines
Präsidenten**

2961

Ergebnis

2961

Mitteilung des Präsidenten
Änderung der Tagesordnung

2962

Aktuelle Stunde

2962

Fraktion DIE LINKE:

**8. März, Internationaler Frauen-
tag: Auch nach 99 Jahren sind
Frauen den Männern immer
noch nicht gleichgestellt: Was
wurde in Hamburg bislang ver-
säumt?**

Kersten Artus DIE LINKE
Karen Koop CDU
Gabi Dobusch SPD
Linda Heitmann GAL
Dr. Till Steffen, Senator
Dora Heyenn DIE LINKE

2963
2964
2965
2966
2967
2968

Fraktion der CDU:

**Wachsen mit Weitsicht – Ham-
burg setzt Maßstäbe**

mit

Fraktion der GAL:

**Wachsen mit Weitsicht – Ham-
burgs neues Leitbild**

Viviane Spethmann CDU 2969
Andy Grote SPD 2970
Jens Kerstan GAL 2971
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE 2972
Ole von Beust, Erster Bürgermei-
ster 2973
Andreas C. Wankum CDU 2974
Michael Neumann SPD 2975
Dr. Eva Gumbel GAL 2977
Christiane Schneider DIE LINKE 2978
Egbert von Frankenberg CDU 2979

Fraktion der SPD:

**SchlaglochCity Hamburg – bö-
ses Erwachen nach dem Win-
terschlaf (des Senats)**

(nicht behandelt wegen Zeitablaufs)

Unterrichtung durch den Präsidenten
der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde – Drs 19/5154 –	2979	Beschluss	3004
Ergebnis	2991	Bericht des Wirtschaftsausschusses über die Drucksache 19/4916:	
Antrag der Fraktion DIE LINKE:		Aufhebung der Freizone Hamburg (Senatsmitteilung) – Drs 19/5257 –	3004
Die Handelskammer "freut sich doppelt" – Die Hamburger Jugendlichen haben es doppelt so schwer – Drs 19/5339 –	2980	Kenntnisnahme	3004
Dora Heyenn DIE LINKE	2980, 2983, 2988	Antrag der Fraktion der SPD:	
Marino Freistedt CDU	2982	Das kulturelle Erbe der Hansestadt erhalten und bewahren – kein Ausverkauf der Kunstschätze! – Drs 19/5152 –	3005
Ties Rabe SPD	2984	Dr. Christel Oldenburg SPD	3005
Michael Gwosdz GAL	2986, 2988	Brigitta Martens CDU	3006
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	2988	Dr. Eva Gümber GAL	3006, 3009
Dittmar Lemke CDU	2989	Norbert Hackbusch DIE LINKE	3007, 3009
Beschluss	2991	Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD	3007
Vorlage des Präsidenten des Rechnungshofs:		Beschlüsse	3009
Jahresbericht 2010 des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2008 – Drs 19/5300 –	2991	Senatsantrag:	
Barbara Ahrons CDU	2991	Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg über die Unterbringung und Behandlung von Gefangenen der Justizvollzugsanstalten des Landes Schleswig-Holstein im Zentralkrankenhaus der Untersuchungshaftanstalt – Drs 19/5247 –	3009
Dr. Monika Schaal SPD	2992	Beschluss	3010
Andreas Waldowsky GAL	2994		
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	2995		
Beschluss	2996		
Antrag der Fraktion der SPD:			
Ist Hamburgs Altenpflege "überprofessionalisiert"? – Drs 19/5153 (Neufassung) –	2997		
Dirk Kienscherf SPD	2997, 3003		
Michael Gwosdz GAL	2997		
Vera Jürs CDU	2999		
Martina Gregersen GAL	3000		
Kersten Artus DIE LINKE	3001		
Dietrich Wersich, Senator	3002		

Beginn: 15.02 Uhr

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Die Fraktionen haben vereinbart, die Wahl einer Präsidentin oder eines Präsidenten als Tagesordnungspunkt 0 nachträglich in die heutige Tagesordnung aufzunehmen.

Wie Sie alle wissen, ist Herr Berndt Röder am 20. Februar 2010 von seinem Amt als Präsident der Hamburgischen Bürgerschaft zurückgetreten aufgrund von Ereignissen, die seit der vergangenen Sitzung außerhalb dieses Hohen Hauses stattgefunden haben. Herr Röder ist mit einer kurzen Unterbrechung seit 1982 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft. Von 1997 bis 2004 hat er als Erster Vizepräsident unser Landesparlament vertreten. Mit der 18. Wahlperiode wurde er Präsident der Bürgerschaft und im Jahr 2008 in diesem Amt bestätigt. Herr Röder kann aufgrund von beruflichen Verpflichtungen heute erst zu einem späteren Zeitpunkt an der Sitzung teilnehmen. Ich möchte aber bereits an dieser Stelle seine Verdienste um das Parlament ausdrücklich würdigen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Seine Leistungen als unparteiischer Sitzungsleiter und Repräsentant aller Parlamentarier und sein Einsatz für die Rechte der Abgeordneten stehen für sich. Im Namen der gesamten Bürgerschaft danke ich Herrn Berndt Röder für sein langjähriges Wirken als Präsident dieses Hauses.

Wir kommen zum Punkt 0 der Tagesordnung: Wahl einer Präsidentin oder eines Präsidenten.

[Wahl einer Präsidentin oder eines Präsidenten]

Von der CDU-Fraktion ist Herr Dr. Lutz Mohaupt vorgeschlagen worden. Weitere Vorschläge liegen mir nicht vor. Die Wahl findet in Wahlkabinen statt.

Wir verfahren so, dass Frau Thomas und Herr Hakverdi abwechselnd die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge aufrufen werden. Ich bitte Sie, dann zur Kanzleibank zu gehen und dort Ihren Stimmzettel entgegenzunehmen. Jeder Stimmzettel enthält Felder für Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung. Mit diesem Stimmzettel gehen Sie dann bitte in eine der Wahlkabinen und nehmen Ihre Wahlentscheidung vor. Ich bitte, den Stimmzettel jeweils nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitgliedes nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig. Nach der Wahlhandlung begeben Sie sich bitte zu Herrn Hakverdi, bei dem die Wahlurne steht, und stecken Sie dann bitte Ihren Stimmzettel in die Wahlurne.

Ich darf nun Herrn Hakverdi bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf und die Wahlhandlung werden vorgenommen.)

Ist ein Mitglied dieses Hauses nicht aufgerufen worden? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass alle Abgeordneten aufgerufen worden sind und die Stimmabgabe abgeschlossen ist. Damit erkläre ich die Wahlhandlung für geschlossen. Ich bitte, nun die Stimmenauszählung vorzunehmen. Für die Dauer der Stimmenauszählung ist die Sitzung unterbrochen.

Unterbrechung: 15.14 Uhr**Wiederbeginn: 15.24 Uhr**

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Es wäre nett, wenn Sie Ihre Plätze einnehmen würden und etwas mehr Ruhe im Haus einkehren könnte, dann verrate ich auch das Ergebnis.

Ich gebe Ihnen das Abstimmungsergebnis bekannt: Bei der Wahl einer Präsidentin oder eines Präsidenten sind 110 Stimmzettel abgegeben worden, davon waren 109 Stimmzettel gültig und ein Stimmzettel ungültig. Von den gültigen Stimmzetteln waren Ja-Stimmen 89, Nein-Stimmen 15 und Enthaltungen fünf. Damit ist Herr Dr. Mohaupt gewählt worden.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Mir bleibt natürlich noch zu fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

(Dr. Lutz Mohaupt CDU: Frau Präsidentin, ich nehme die Wahl an. – Beifall bei allen Fraktionen)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich für das mir ausgesprochene Vertrauen. Ich werde mein Bestes tun, damit diejenigen, die mich gewählt haben, auch noch im Rückblick zu ihrer Entscheidung stehen können, und im Blick auf diejenigen, die mir ihre Stimme nicht haben geben können, hoffe ich, dass es mir gelingen wird, sie rückblickend dazu zu bewegen, dass sie ihre Entscheidung am liebsten noch einmal überdenken würden.

Gestatten Sie mir bitte eine leicht nostalgisch getönte Anmerkung. Zum ersten Mal an einer Sitzung in diesem wunderschönen Raum habe ich vor ziemlich genau 40 Jahren teilgenommen, nämlich im Frühling 1970. Damals pflegte im Plenarsaal der Bürgerschaft noch die Synode der Hamburgischen Landeskirche zu tagen. Dort, wo der Erste Bürgermeister sitzt, saß Bischof Dr. Hans-Otto Wölber, daneben die kirchliche Exekutive, drüben auf der Kanzleibank saß das Landeskirchenamt

(Präsident Dr. Lutz Mohaupt)

und ganz hinten, auf dem allerletzten Stuhl, saß ein junger Pastor und frischgebackener Doktor der Theologie. Der hieß Lutz Mohaupt und war Persönlicher Referent des Hamburger Bischofs. Ich habe also 40 Jahre dazu gebraucht, um, aus Ihrer Perspektive gesehen, ein paar Meter weiter nach links auf jenen Stuhl da hinter mir zu rutschen.

(Michael Neumann SPD: Das macht der Bürgermeister ständig!)

Den Rest müssen Sie sich alle denken.

Meine Damen und Herren! Mit Fug und Recht gehört die erwähnte Tagungspraxis der Synode längst der Geschichte an. Heute geht das nicht mehr so, schon angesichts der inzwischen gewachsenen religiösen Vielfalt und der immensen Integrationsaufgaben, die vor uns liegen. Aber man kann aus der Geschichte lernen, auch aus dieser Geschichte.

Jene Praxis war keineswegs nur Abbild einer längst überholten, aus früheren Jahrhunderten überlieferten Staatskirchen-Situation, sondern sie war Ausdruck des gemeinsamen Willens zum partnerschaftlichen Zusammenwirken der wichtigsten gesellschaftlichen Kräfte, unter anderem auch zwischen Staat und Kirche, aber weit darüber hinaus, ein Zusammenwirken, wie es sich vor allen Dingen im Wiederaufbau nach dem Krieg bewährt hatte. Möglicherweise ist ein solcher Geist der gemeinsamen Verantwortung über gesellschaftliche Gruppen, Differenzen und Gräben hinweg seither nur noch ein einziges Mal wirklich so dominierend gewesen, das war in der Zeit rund um die Wiedervereinigung. Vielleicht gelingt es uns in unseren nicht einfachen Zeiten, einen solchen Willen zur gemeinsamen gedeihlichen Gestaltung unseres politischen Gemeinwesens ein Stück weit wiederzubeleben, vielleicht können wir in diesem Hohen Hause dabei so etwas wie ein Vorreiter sein.

Das sagt überhaupt nichts gegen den politischen Streit, ganz im Gegenteil. Der Parlamentarismus lebt vom Kampf um die Wählerstimmen und um die Macht, die den Wählern versprochenen Pläne und Konzepte auch durchsetzen und Ziele verwirklichen zu können, natürlich soweit es die Verhältnisse oder der jeweilige Koalitionspartner erlauben. Hinter allem Streit muss aber immer wieder der Wille erkennbar werden, in einer gemeinsamen Verantwortung allen Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt gegenüberzustehen. Ich werde mir erlauben, darauf ab und zu hinzuweisen.

(Beifall bei der CDU, der GAL und der SPD)

Abschließend bitte ich Sie alle um etwas Nachsicht. Ich werde nicht 100 Tage brauchen, um mein Amt einigermaßen auszufüllen, möglicherweise nicht einmal 100 Stunden, aber ein paar Sitzungen schon. Zum Glück stehe ich nicht allein; ich freue mich auf das Miteinander im Präsidium. Ich werde eine hoch motivierte Bürgerschaftskanzlei hinter

mir haben, an der Spitze Reinhard Wagner, der mir sowieso zu Dank verpflichtet ist, denn ich habe ihn vor über drei Jahrzehnten erfolgreich getraut.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU, der GAL und der SPD)

Noch einen habe ich getraut, der im Moment noch nicht da ist und der mir seinen guten Rat versprochen hat: Berndt Röder. Ich habe mit Respekt und Anerkennung die profilierte und souveräne Art erlebt, wie er sein Amt als Präsident wahrgenommen hat.

Alles zusammengenommen gibt mir das ein gutes Gefühl, geradezu ein Gefühl der Sicherheit. Ich glaube, ich werde es packen. Und nun, meine Damen und Herren, lassen Sie uns an die Arbeit gehen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Dann, lieber Herr Präsident, darf ich Sie bitten, nach oben zu kommen und den Präsidentenplatz zu übernehmen. Es geht los.

(Präsident Dr. Lutz Mohaupt übernimmt den Vorsitz.)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen nun mitteilen, dass abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats die Fraktionen Einvernehmen darüber erzielt haben, dass der Tagesordnungspunkt 3 vertagt werden soll. Es handelt sich dabei um die Wahl eines vertretenden ehrenamtlichen Mitglieds der Kommission für Bodenordnung, Drucksache 19/5271.

Darüber hinaus teile ich Ihnen mit, dass die Fraktionen der CDU und der GAL zu den Tagesordnungspunkten 45 und 46 ihre gemeinsamen Anträge aus den Drucksachen 19/5348 und 19/5349 zurückgenommen haben. Somit entfällt die für morgen vorgesehene erste Debatte.

Des Weiteren wird im Einvernehmen mit den Fraktionen hiermit eine weitere Sitzung der Bürgerschaft am 3. März 2010 angesetzt. Die Tagesordnung dazu wird Ihnen gesondert zugehen.

Wir kommen nun zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind vier Themen angemeldet worden, und zwar von der Fraktion DIE LINKE

8. März, Internationaler Frauentag: Auch nach 99 Jahren sind Frauen den Männern immer noch nicht gleichgestellt: Was wurde in Hamburg bislang versäumt?

von der CDU-Fraktion

(Präsident Dr. Lutz Mohaupt)

Wachsen mit Weitsicht – Hamburg setzt Maßstäbe

von der SPD-Fraktion

SchlaglochCity Hamburg – böses Erwachen nach dem Winterschlaf (des Senats)

und von der GAL-Fraktion

Wachsen mit Weitsicht – Hamburgs neues Leitbild

Die Fraktionen sind übereingekommen, das zweite und vierte Thema gemeinsam zu debattieren.

Ich rufe zunächst das erste Thema auf. Wird das Wort dazu gewünscht? – Frau Artus hat das Wort, bitte schön.

Kersten Artus DIE LINKE:* Herr Präsident, ich wünsche Ihnen als erste Rednerin, die von Ihnen aufgerufen wird, für Ihre Amtszeit ein gutes Händchen, viel Erfolg und stets ein ausgleichendes und großzügiges Wesen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Sehr geehrte Herren und Damen! Als in Deutschland 1911 der Internationale Frauentag das erste Mal gefeiert wurde, gab es noch kein Frauenwahlrecht, das kam 1919. Jahrzehnte später folgten weitere Schritte, die Frauen Unabhängigkeit ermöglichten: die freie Wahl des Berufs und die freie Wahl, sich vom Ehemann zu trennen, Vergewaltigung in der Ehe wurde unter Strafe gestellt. 1981 erkämpften die Heinze-Frauen in Gelsenkirchen vor dem Bundesarbeitsgericht das gleiche Entgelt wie ihre männlichen Kollegen. Sie waren damit die Wegbereiterinnen für den Anspruch auf Lohngleichheit.

Heute stellen wir fest: Wir treten so gut wie auf der Stelle. Frauen verdienen trotz besserer Schulabschlüsse ein Viertel weniger als Männer und haben sehr viel geringere Chancen auf einen beruflichen Aufstieg. Je höher die Position, desto öfter ist sie von einem Mann besetzt; je schlechter der Job bezahlt ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass eine Frau ihn ausfüllt. Sind sie zudem Migrantin, behindert, alleinerziehend oder in ihrer letzten Lebensphase, steigt ihr Armutsrisiko weiter.

Männermacht wirkt sich auch lebensbedrohend aus. Für Frauen ist häusliche Gewalt nach wie vor das größte Gesundheitsrisiko. Wie wir gestern noch einmal eindrucksvoll bei der Präsentation des Internet-Notrufs erfahren haben, werden in Hamburg täglich sechs bis elf Frauen schwer sexuell genötigt.

In Hamburg wird jede Menge Geld ausgegeben, um die Folgen der Frauendiskriminierung abzumildern, zum Beispiel mit Frauenprojekten, Frauenhäusern oder auch der Arbeitsstelle Vielfalt. Nur an die Ursachen geht keiner so richtig konsequent

heran, im Gegenteil. Die Freie und Hansestadt Hamburg sorgt nicht einmal dafür, dass Frauen vernünftig bezahlt werden. So weigert sich der Senat bislang, eine Kostenzusage für den Tarifabschluss im Sozial- und Erziehungsdienst zu geben. Ebenso fatal wirken sich der zu langsame Ausbau der Kitaplätze, das sozial ungerechte Kita-Gutscheinsystem und die fehlende Rechtsverbindlichkeit des Anspruchs auf einen Kitaplatz für Kinder in allen Altersgruppen aus. Der Pflegenotstand und die Privatisierung der Krankenhäuser wirken ebenfalls destruktiv auf Gleichstellungsbegehren.

In die Daseinsvorsorge wird fast ausschließlich nur noch unter Wettbewerbsgesichtspunkten investiert. Die Frauenarbeitsplätze in diesem Bereich werden dadurch aber nicht höher bewertet oder besser bezahlt, sondern die Beschäftigten werden weiter ausgelaut.

Frauen haben endlich den Anteil an den Ressourcen der Gesellschaft zu erhalten, der ihnen zusteht. Es ist die Hälfte und nicht ein Viertel weniger. Es ist die Hälfte von allem: von den Jobs, vom Geld und von der Macht.

(Beifall bei der LINKEN und bei Anja Domes SPD)

Appelle und Soll-Regelungen in Gleichstellungsgesetzen reichen nicht aus, das haben die vergangenen Jahre mehr als bewiesen. Daher hat die Fraktion die LINKE zwei Anträge in die Bürgerschaft eingebracht. Der eine fordert ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, der andere die umfassende Überarbeitung des Gleichstellungsgesetzes im öffentlichen Dienst. Für eine Kostenzusage zur Übernahme des Tarifabschlusses im Sozial- und Erziehungsdienst haben wir für diese Bürgerschaftssitzung ebenfalls einen Antrag gestellt.

Nach wie vor fordern wir, den 8. März in Hamburg zu einem Feiertag zu erklären,

(Beifall bei der LINKEN)

denn nur, wenn der Kampf um die Frauenrechte eine herausragende Würdigung erhält, wird sich diese Gesellschaft wirklich nachhaltig verändern.

Ebenso fordern wir, ein Gender Budgeting einzuführen, damit sich endlich auch der Haushalt an Geschlechtergesichtspunkten orientiert und die eingenommenen Steuern gerechter verteilt werden.

Auch die SPD könnte vorbehaltlos unseren Antrag für ein Gleichstellungsgesetz unterstützen und muss keinen Zusatzantrag stellen. Im November hat euer Bundesparteitag in Dresden beschlossen, dass ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft endlich zu verwirklichen ist; daher verstehe ich den Zusatzantrag überhaupt nicht.

Es ist genug Zeit vergangen. Hamburg kann Vorreiterin bei der Geschlechtergerechtigkeit werden

(Kersten Artus)

und wir werden Sie daran erinnern, wenn Sie diese Chance verpassen. Mit der Frauendiskriminierung muss endlich Schluss sein.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat die Abgeordnete Koop.

Karen Koop CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Artus, ich teile natürlich Ihre sachliche Analyse. Was die Frauenpräsenz anbetrifft, haben wir, wie Weber sagt, durchaus dicke Bretter zu bohren. Wie immer ziehe ich aber einen etwas anderen Schluss als Sie. Der 8. März steht vor der Tür und wir werden wieder Bilanz ziehen mit den bekannten, wenig erfreulichen Ergebnissen; Sie haben es dargestellt.

Als ich Landesvorsitzende der Frauen Union war, habe ich meinen Frauen immer gesagt, es dürfe keine parlamentarische Sitzung vergehen ohne eine frauenrelevante Debatte. Damit habe ich allerdings nicht immer die gleiche gemeint. Es ist bedauerlich, dass wir sie immer führen müssen, das hat dann so etwas cartoonesk an sich, ceterum censeo, wir müssen die Frauen nach vorne bringen. Für die Neusprachler: Ich verweise auf das Murmeltier. Ich will das nicht ins Lächerliche ziehen. Es muss aber schon etwas mehr geschehen, als immer wieder die gleichen Argumente mit unterschiedlichem Tenor und unterschiedlicher Vehemenz vorzutragen; es muss etwas Neues in die Debatte hineinkommen.

Eigentlich – ich habe das bei der Vorbereitung für diese Sitzung überprüft – könnten wir hier unsere Reden vom vergangenen September noch einmal halten. Die wären nach wie vor relevant, es hat sich nicht viel verändert. Allerdings hat die Arbeitsstelle Vielfalt auch jetzt erst ihre Arbeit aufgenommen und wir wissen, dass das Gras nicht schneller wächst, wenn man daran zieht.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Man kann es zumindest versuchen!)

Wir müssen schon abwarten, dass sich das, was sich die Koalition hinsichtlich der Gleichstellung von Frauen in Arbeitswelt und Gesellschaft vorgenommen hat, in der Arbeitsstelle etabliert und dann auch umgesetzt wird. Die Mannschaft, die dort arbeitet, wird ganz bestimmt gute Ergebnisse erzielen können.

Nun mag das im Augenblick nicht für jeden das dringlichste Problem sein, wenn ich hier einmal in das Plenum schaue, aber zur Bewältigung der Wirtschaftskrise, die zur Zeit mehr Aufmerksamkeit zu fesseln vermag, brauchen wir das Potenzial aller fähigen Köpfe. Das bedeutet bei immer weniger zur Verfügung stehendem Fachpersonal: Her mit den Frauen.

(Beifall bei Kersten Artus und Elisabeth Baum, beide DIE LINKE)

Es ist bedauerlich, dass bei der Frage nach der Frauenpräsenz stereotyp immer wieder nur die Quotierung genannt wird. In Europa wird inzwischen bei jeder Gelegenheit die Quotierung in Norwegen zitiert; vor zehn Jahren hätte ich vielleicht ähnlich reagiert. Mittlerweile habe ich gemerkt, dass jede Zwangsmaßnahme mehr oder weniger deutlich subtilen Widerstand nach sich zieht, in diesem Fall bei denjenigen, die die Quotierung annehmen müssen, aber auch bei denjenigen, die durch sie vorankommen.

Leistungsstarke Frauen sind immer häufiger so weit, dass sie einen Posten gern annehmen, aber auch nach dem damit verbundenen Preis fragen. Nach einer Untersuchung hat die norwegische Regelung dazu geführt, dass immer mehr Posten auf immer weniger Frauen verteilt werden, die dann letztendlich an der Überlastung scheitern. Zudem sind viele Aktiengesellschaften in GmbHs umgewandelt worden. All das wollen wir nicht. Ob sich die Strukturen wirklich nachhaltig ändern, ist darüber hinaus noch nicht überprüft. Wenn nur die Spitze mutiert, was wird aus dem Mittelbau?

Man sollte sich auch einmal bei den Aufsichtsratsbesetzungen überlegen, ob es nicht grundsätzlich wichtig wäre, die Anzahl zu begrenzen und nur zwei Posten zu verteilen. Diese werden dann automatisch umfangreicher sein und dann erhalten auch Frauen ihre Chance; nicht, dass ich etwas gegen die Quotierung an sich hätte, verstehen Sie das nicht falsch.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Aber?)

Sie war erforderlich und sinnvoll, aber hauptsächlich in Bereichen, in denen sowieso quotiert wird, zum Beispiel in den Parteien,

(Michael Neumann SPD: Wo gibt es das denn? Was haben Sie denn für eine Quote?)

den Gewerkschaften oder Berufsverbänden. Man mag es dort anders nennen: Kreisverbands-, Landesverbands- oder Berufsverbandsproporz. Quotierung ist angebracht, wenn es nicht ausschließlich darum geht, die besten Köpfe zu haben, sondern auch darum, dass sich die Leute wiederfinden sollen. In Wirtschafts- und anderen Leistungsbereichen ist es aber produktiver, je besser die Frauen ausgebildet sind, denn es verführt immer zur Abwertung.

(Glocke)

– Ich komme zum Schluss.

Es ist das Gebot der Stunde, Frauen nicht aus ideologischen Gründen oder weil es gesetzlich vorgeschrieben ist in Entscheidungsgremien zu hie-

(Karen Koop)

ven. Es ist sicher nicht das letzte Mal, dass wir hier über dieses Thema diskutiert haben.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Frau Dobusch.

Gabi Dobusch SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verehrte Frau Koop, an Ihrer Stelle würde ich mir Gedanken darüber machen, ob in Ihrer Fraktion nicht bei Debatten um solche Themen wie Gleichstellung eine Männerquote angebracht wäre. Ich fände das eine gute Idee.

(Martina Gregersen GAL: Wo ist denn Ihr Mann?)

Es war gestern übrigens im Internet nachzulesen, halb öffentlich, einige Mitglieder Ihrer Fraktion hätten keine Lust auf diese Debatte. Es wurde angedeutet, es sei doch besser, diesen Punkt fallen zu lassen und direkt zur weiteren Tagesordnung überzugehen, zur richtigen Politik sozusagen. Diesen Abgeordneten und allen anderen männlichen oder weiblichen Abgeordneten in diesem Hause, die ähnlicher Meinung sind, möchte ich ein Zitat der derzeit amtierenden EU-Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft, Viviane Reding, entgegenhalten:

"Solange wir einen Frauentag feiern müssen, bedeutet das, dass wir keine Gleichberechtigung haben."

Meine Herren – und vielleicht vorsichtshalber auch meine Damen –, wenn Sie sich künftig Debatten zum 8. März und zur Gleichstellung ersparen wollen, dann gibt es dafür eine ganz einfache Lösung: Entdecken Sie die Feministin oder den Feministen in sich. Seien Sie solidarisch und lassen Sie uns gemeinsam zügig und nachhaltig Gleichstellung in Hamburg verwirklichen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Lassen Sie uns eine gemeinsame Anstrengung unternehmen und dem Auftrag folgen, den uns das Grundgesetz gibt, nämlich die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern und auf die Beseitigung der immer noch bestehenden Nachteile hinzuwirken.

Ich werde konkreter. Welche Versprechungen hat uns der derzeitige Senat gegeben und welche hat er gehalten? Sollte in dieser Legislaturperiode ein goldenes Gleichstellungszeitalter angebrochen sein, so ist das an mir vorübergegangen. Ich werde jetzt den Gleichstellungssenator beim Wort nehmen und ihn mehrmals zitieren. Vielleicht erinnern Sie sich, vor ungefähr einem Jahr sagte er zum Gender Budgeting:

"Wir in der Justizbehörde [...] werden im Rahmen unseres Pilotprojektes das Gender Budgeting implementieren."

Eine tolle Idee. Wir haben das Gender Budgeting immer wieder angemahnt. In der Behördenveranstaltung zum neuen Haushaltswesen hieß es dann dazu auf meine entsprechende Nachfrage, es sei natürlich alles machbar, aber doch nur, wenn der politische Wille da sei.

Senator Steffen zum Stichwort Lohnunterschiede bei Frauen und Männern:

"Das Pay Gap, also die Entgeltgleichheit von Frauen und Männern, ist ein ganz zentrales Thema der Gleichstellungspolitik."

Da sind wir absolut einer Meinung. Unser Antrag zur Berücksichtigung von Lohngleichheit bei Frauen und Männern im Hamburgischen Vergabegesetz wurde allerdings glatt abgelehnt.

Der Senator zum Stichwort mehr Frauen in den Gremien öffentlicher Unternehmen und öffentlicher Verwaltung:

"Das ist natürlich etwas, das durch ein vernünftiges Instrumentarium der Frauenförderung vorbereitet werden muss, eine Aufgabe, die wir uns für die 'Arbeitsstelle Vielfalt' vorgenommen haben."

Ein gutes Vorhaben. Unser Antrag bezüglich der Quotierung in Spitzenpositionen, der letzte Woche endlich nach über einem halben Jahr auf der Tagesordnung stand, konnte aber nicht abgestimmt werden, weil die Damen und Herren noch nicht so weit waren.

(Viviane Spethmann CDU: Wir wollten mehr Informationen haben, daran lag es doch!)

Das von uns geforderte Konzept für eine Datenbank zur Erfassung möglicher Kandidatinnen für Aufsichtsräte und Vorstände: nicht da.

Informationen zu vorhandenen Weiterbildungsangeboten für Frauen, die Führungspositionen beispielsweise in Gremien anstreben: nicht da.

Eine Erfolgsbilanz derselben: überhaupt nicht angedacht.

Geschlechterparitätische Besetzung von Gremien in Hamburg: Man überlegt noch, welche Gesetze man diesbezüglich in Angriff nehmen könnte.

Die geforderte Bundesratsinitiative zur Änderung des Aktiengesetzes nach norwegischem Vorbild und die Einführung einer 40-Prozent-Quote in Aufsichtsräten: Man prüft und prüft und weiß nur nicht, wie lange noch.

Meine Damen und Herren! Norwegen kann es, Spanien kann es, die Niederlande können es, auch Belgien und Frankreich können es wahrscheinlich demnächst – worauf warten wir hier eigentlich

(Gabi Dobusch)

noch, können Sie mir das einmal sagen? Ich bin mir sicher, wenn wir wollten, könnten wir das ganz genauso.

(Beifall bei der SPD)

Zu einer modernen Unternehmenskultur gehört das mittlerweile sowieso dazu.

Es wäre schön, wenn sich die Spielwiese, die sich die GAL eingerichtet hat – ich beziehe mich auf die "Arbeitsstelle Vielfalt" –, endlich entpuppen würde und zum Schmetterling wird, der dann auch fliegen kann. Wir hatten ja die Einsetzung einer oder eines unabhängigen Landesbeauftragten für die Verwirklichung der Gleichstellung gefordert. Ich glaube, dass die Frauen damit besser gefahren wären.

(Glocke)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt (unterbrechend): Frau Abgeordnete, bitte den letzten Satz.

Gabi Dobusch (fortfahrend): Solange der Berg der Versäumnisse nicht abgetragen ist, werden Sie uns Frauen hier immer wieder zum 8. März hören. Solange die Gleichstellung von Frauen und Männern nicht erreicht ist, haken wir nach. Der Ball liegt bei Ihnen, greifen Sie ihn doch endlich auf. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Elisabeth Baum DIE LINKE*)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat die Abgeordnete Heitmann.

Linda Heitmann GAL:* Herr Präsident – herzlich willkommen –, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Dobusch, Frauenförderung ist für uns Grüne ein sehr wichtiges Anliegen, das ist kein großes Geheimnis. Wenn man in die grüne Parteigeschichte schaut, dann war gerade dort die Quote von Anbeginn ein wichtiger Grundsatz. Viele andere Regelungen, die von Anfang an in der grünen Partei verankert waren, sind im Laufe der Parteigeschichte abgeschafft oder aufgeweicht worden wie das Rotationsprinzip oder die Trennung von Amt und Mandat. Aber die Frauenquote hält sich bei uns bis heute und hat dazu geführt, dass viele starke Frauen unsere Partei vorangebracht haben. Ich glaube deshalb, dass eine gerechtere Beteiligung von Frauen auch diese Stadt wesentlich voranbringen kann. Das ist selbstverständlich auch unser oberstes Ziel.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Die Fragestellung der Aktuellen Stunde ist:

"Auch nach 99 Jahren sind Frauen den Männern immer noch nicht gleichgestellt: Was wurde in Hamburg bislang versäumt?"

Auch wenn es den Internationalen Frauentag seit 99 Jahren gibt, ist doch schon sehr viel länger, nämlich seit über 3000 Jahren, etwas versäumt worden. Dass die Ausgangslage katastrophal ist, darüber sind wir uns wohl einig. Es sind kaum Frauen in den Aufsichtsräten – es gibt die berühmte eine Frau in den Dax-Unternehmen – und es gibt immer noch Ungleichheiten in der Bezahlung. EU-weit liegt der Unterschied zwischen den Entgelten von Männern und Frauen bei 17 Prozent, in Deutschland sind es sogar 23 Prozent. Das Steuersystem in Deutschland geht mit dem Ehegattensplitting noch immer von überholten Rollenbildern aus und viele Frauen stoßen leider auch im Alltag tagtäglich auf diese Rollenbilder, gerade wenn sie eine Familie gründen wollen.

All diese Probleme gibt es nicht nur in Hamburg. Allerdings haben wir in Hamburg gute Voraussetzungen, etwas daran zu ändern, weil wir jetzt einen grünen Gleichstellungssenator haben.

(*Gabi Dobusch SPD*: Seit drei Jahren!)

Wir haben die "Arbeitsstelle Vielfalt" eingerichtet. Frau Dobusch, sie arbeitet jetzt seit knapp zwei Monaten und wir sollten ihr Zeit geben, Dinge gründlich zu erarbeiten, damit die Ergebnisse hinterher nicht unsauber sind.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Die Einrichtung der "Arbeitsstelle Vielfalt" verdeutlicht, dass Gleichstellungspolitik kein isoliertes Politikfeld ist, sondern in allen Ressorts mitgedacht werden muss. Um nur einige Ressorts herauszugreifen: Im Bereich der Schulpolitik sind der Ausbau der Ganztageschulen und die Schaffung immer mehr verlässlicher Kinderbetreuungsplätze in den Kitas wichtige Frauenpolitik. Auch Arbeitsmarktpolitik muss Frauenpolitik sein, von ihr müssen Impulse kommen, um Beruf und Familie vereinbaren zu können. Wir haben dazu im Koalitionsvertrag auch einige Maßnahmen festgeschrieben, so wie die finanzielle Absicherung von FLAKS oder die Gründung des interkulturellen Frauenwirtschaftszentrums, das im März öffnen wird. All das sind Impulse, um die Frauenpolitik in Hamburg voranzubringen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir haben im Koalitionsvertrag ebenfalls festgelegt, dass wir den Anteil der Frauen in Leitungspositionen auf mindestens 40 Prozent erhöhen wollen. Wir diskutieren gerade im Ausschuss, welcher Weg der beste ist, um dieses Ziel zu erreichen. In der Sitzung letzte Woche wurde deutlich, dass die Behörde hier verschiedene Optionen prüft. Ich würde mich freuen, wenn wir da konstruktiv an einem Strang ziehen, um das Thema im Ausschuss weiter bewegen zu können. Wenn dann krankheitsbedingt dieser Punkt einmal verschoben wird, sollte man das nicht zum Vorwurf machen.

(Linda Heitmann)

Es gibt sicherlich bei dem einen oder anderen Punkt noch großen Diskussionsbedarf, auch mit unserem Koalitionspartner, das möchte ich gar nicht verhehlen. Quotenregelungen sind häufig gut und richtig, um bei diesem wichtigen Thema voranzukommen, aber man kann aufgrund der hiesigen Rechtslage nun einmal nicht alles eins zu eins aus anderen Ländern übernehmen. In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, dass auch Frankreich und die USA jetzt sehr gute fortschrittliche Gesetze zur Gleichberechtigung in Angriff nehmen. In den USA soll durch ein neues Gesetz die Lohnungleichheit behoben werden und in Frankreich möchte man mithilfe eines neuen Gesetzes den Anteil der Parlamentarierinnen erhöhen.

Das sind schöne Gesetze. Ich glaube aber, dass sich vor allem in den Köpfen etwas ändern muss. Wir werden Ihre Anträge – das ist jetzt an die LINKE gerichtet – an den Gleichstellungsausschuss überweisen und ich würde mich freuen, wenn der Senator da dann nicht der einzige Mann ist, der mitdiskutiert. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Senator Dr. Steffen.

Senator Dr. Till Steffen: Sehr geehrter Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Die Gleichstellung von Frauen ist ein wichtiges und aktuelles Thema. Es gibt in diesem Bereich viel zu tun. 99 Jahre Frauentag zeigen, dass diese Aufgabe in einem großen historischen Zusammenhang steht.

Am Anfang stand der Kampf um das Wahlrecht – nach wenigen Jahren erfolgreich –, lange Jahrzehnte waren die Forderungen auf der Ebene der Gesetzgebung vorrangig und jetzt geht es vor allem um die Gleichstellung im Wirtschafts- und Berufsleben, um Arbeitsbedingungen und Karrierechancen. Dies ist kein neues Themenfeld für den Frauentag, schließlich war der erste 8. März, an den jedes Jahr erinnert wird, ein Arbeiterinnenstreik. Es ging also auch damals um Fragen aus dem Berufsleben.

Frau Dobusch, Sie haben unsere Koalitionsvorhaben zutreffend beschrieben. Sie stellen auch fleißig Anfragen und wenn Sie unsere Antworten lesen, dann wissen Sie, dass wir seit dem 1. Dezember voll besetzt sind, auch weil alle Stellen ausgeschrieben worden sind und wir eine Vielzahl von qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern hatten und deswegen auch aufwendige Auswahlverfahren.

Ich bin überzeugt, dass wir mit dieser zusammengestellten Mannschaft und Frauschaft sehr viel erreichen können und tatsächlich die Vorhaben in diesem Jahr nach und nach abarbeiten und zu greifbaren Ergebnissen kommen können. Gleichwohl liegt es auf der Hand, dass die Arbeit in diesen Themenfeldern Zuständigkeit voraussetzt und auch Arbeitskraft, das kann man nicht aus der hohlen Hand heraus.

Trotzdem haben mich einige Themen schon vorher beschäftigt. Insbesondere habe ich mich schon sehr früh mit dem Notruf für vergewaltigte Frauen zusammengesetzt und mit den Frauen, die dort eine sehr verdienstvolle Arbeit leisten, beraten, was konkret gemacht werden kann, um die Situation von Frauen zu verbessern, die als Zeuginnen in einem Gerichtsverfahren zur Verfügung stehen müssen. Das ist eine schwierige, belastende Situation und es geht darum, was man hier konkret machen kann. Ich habe mich sehr darum bemüht, dass diese Informationen auch in die Gerichtsverfahren einfließen und dass die Richterinnen und Richter dort sensibilisiert werden. Dies ist also kein Thema, das lange hätte warten müssen, das habe ich schon vorher angepackt.

Wir haben darüber gesprochen, dass das Gleichstellungsgesetz überarbeitet wird und ich glaube, Frau Artus, was nicht zutreffend ist, ist Ihr Vorwurf in puncto Kinderbetreuung. Was Hamburg leistet, ist vorbildlich, wir sind am allerbesten in Westdeutschland, was die Kinderbetreuungsmöglichkeiten betrifft. Natürlich wollen wir noch mehr leisten, natürlich wollen wir einen weiteren quantitativen und qualitativen Ausbau,

(Carola Veit SPD: Ach!)

aber was Hamburg leistet, ist vorbildlich und ich denke, das sieht man auch. Jeder, der Freunde hat in einem Alter, in dem Kinder das alltägliche Leben bestimmen, weiß, wie stark sich schon die Möglichkeiten von Frauen und Männern verändert haben, sich Kinderbetreuung und Berufstätigkeit untereinander aufzuteilen. Hier ist Hamburg wirklich sehr weit vorn.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir haben ein entscheidendes Problem in der Wirtschaft, verschiedene Aspekte sind auch schon erwähnt worden, zum Beispiel Equal Pay Gap. Andere Fragen sind auch angesprochen worden, aber ich glaube, dass ein Umschwung nur gelingen kann, wenn erreicht wird, dass wir im Ergebnis mehr Frauen in Führungspositionen haben, weil sich das auf die Gestaltung der Arbeitswelt bis nach unten auswirken wird.

Es ist ein sehr ernüchterndes Bild, wenn man sich zum Beispiel die Studie des DIW ansieht, es gibt fast keine Frauen in Führungspositionen. Das Ergebnis zeigt, dass in den Vorständen der ersten 100 Top-Unternehmen der Frauenanteil unter

(Senator Dr. Till Steffen)

1 Prozent liegt. Das ist die DIW-Studie vom Januar 2010. Das Problem ist bekannt, es ist oft debattiert worden, aber die Frage ist, wo die Lösung liegt. Ich bin davon überzeugt, dass wir eine Lösung in diesem Themenbereich nur schaffen, genauso wie bei anderen Bereichen der Gleichstellung, wenn die Männer mitmachen, nicht nur, weil sie in der Realität ein Hindernis bei der Gleichstellung sind, sondern auch, weil sie davon profitieren können, wenn es uns gelingt, neue Rollenbilder zu etablieren, wenn sie zum Beispiel teilhaben an den Aufgaben der Kinderbetreuung.

Was wir gehört haben bei der Frauen-Ostseekonferenz in Norwegen war sehr interessant. Es war eine sehr interessante Geschichte, die die norwegische Staatssekretärin erzählt hat, was nämlich passierte, als man durch eine Vielzahl aufeinander abgestimmter Maßnahmen dieses Thema angegangen ist. Nicht nur die Quote für die Führungspositionen in den Unternehmen war maßgeblich, sondern es gab gleichzeitig intensive Anstrengungen, die über die in Deutschland hinausgehen, nämlich Modelle für eine Elternzeit zu etablieren, die dann tatsächlich dafür sorgen, dass Männer und Frauen sich die Aufgaben teilen. Es gibt eine interessante Koinzidenz: Die Scheidungsrate ging zurück. Das ist ein sehr wichtiger Hinweis darauf, dass es möglich ist, zu mehr Lebensglück zu kommen, wenn es mehr Gleichstellung gibt. Ich glaube, Frauen und Männer profitieren davon gleichermaßen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Die Frage ist, warum wir, trotz der Erkenntnis, dass alle davon profitieren, in Deutschland so geringe Werte haben. Die Bundesregierung hat vor wenigen Tagen eine interessante Studie veröffentlicht und hier noch einmal über das Phänomen der gläsernen Decke forschen lassen. Dabei kam heraus, dass es sehr festgefügte Mentalitätsmuster bei vielen Männern gibt und diese Mentalitätsmuster sind die Barrieren für Frauen, die Führungspositionen einnehmen wollen. Der Forscher, der das federführend gemacht hat, hat drei Einstellungen herausgefunden.

Es gibt den einen Typus unter den Männern in Führungspositionen, der eine konservative Einstellung hat. Diese Männer lehnen grundsätzlich von ihrem Gesellschafts- und Rollenbild her Frauen in Führungspositionen ab. Dann gibt es den anderen Typus, der etwas moderner ist mit einer aufgeschlosseneren Haltung und meint, Frauen seien im Ergebnis einfach chancenlos und würden dies entsprechend hinnehmen. Schließlich gibt es den dritten Typus, der eine individualistische Meinung hat und sagt, dass die Frauen doch gleichberechtigt seien, aber nur nicht wollten.

Wenn man sich auf diese Argumentationsmuster einlässt, dann findet man gegen jedes dieser Vorurteile Argumente, aber das Gesamtbild zeigt,

dass diesen Leuten immer wieder etwas einfällt, warum es momentan gerade nicht geht mit Frauen in Führungspositionen. Das macht deutlich, dass wir einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Bewusstseinswandel brauchen. Dafür brauchen wir politische Unterstützung, wir brauchen Kampagnen, die sind sehr wichtig, aber ich bin überzeugt, das ist nicht genug. Wenn wir uns zum Beispiel Norwegen ansehen mit der Frauenquote von 40 Prozent, wo ein dementsprechender Frauenanteil von 42 Prozent erzielt wurde, wird deutlich, dass wir eine gesetzliche Regelung suchen müssen, die für die Besetzung von Aufsichtsräten gilt und möglicherweise auch für die Besetzung von Vorständen von börsennotierten Unternehmen. Hier müssen wir auf geeignete Weise auch mit dem Instrument der Quote arbeiten.

Ich will dieses Beispiel nur etwas genauer ausführen, aber was die Gleichstellung betrifft, was den Frauentag betrifft, haben wir noch einen weiten Weg vor uns. Ich finde es gut – das war auch das Ergebnis dieser Debatte –, dass für diese Arbeit die grundsätzliche Unterstützung aller Fraktionen vorhanden ist. Ich hoffe und bin mir sicher, dass wir nicht weitere 99 Jahre dafür brauchen werden.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Koop, ich schätze Sie wirklich sehr, ich habe eine Schwäche für gestandene Lehrerinnen. Immer dann, wenn Sie in diesem Hause explizit über Frauenrechte sprechen, kommen Sie für die CDU-Fraktion nach vorn und erklären sehr überzeugend, dass Sie sich für die Rechte der Frauen einsetzen. Dann erzählen Sie eine Menge und ich weiß dann nicht, wie Sie das eigentlich sehen, zum Beispiel die Quotierung. Sie haben gesagt, bei der Quotierung hätten Sie das Problem, ob das wirklich klappen würde und ob man nicht etwas anderes machen könne, dagegen gäbe es einen subtilen Widerstand.

Ich bin 1976, noch als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei,

(Ingo Egloff SPD: Hört, hört!)

zu einem Bundeskongress der ASF nach Erlangen gefahren. Es stand die Quotierung auf der Tagesordnung, die sehr umstritten war. Ein Antrag des Vorstands lag vor, die ASF stimme einer Quotierung zu als Mittel der Verstärkung der Frauenrechte. Dann haben wir wild diskutiert und lange argumentiert und am Ende kam heraus, dass die ASF nicht für die Einführung der Quotierung war. Da bin ich fast verprügelt worden. Im Nachhinein muss ich sagen, dass sie recht hatten, mich zu verprügeln, denn ich habe gesehen, dass es ohne Quotierung

(Dora Heyenn)

nicht erreicht wird, in sehr langsamen Schritten die Frauenquote in den einzelnen Parteien, in den Organisationen, im Beruf und in der Forschung wirklich zu erhöhen.

Wir brauchen nicht so weit zu gehen. Es gibt zwei Parteien in diesem Hause, die eine stramme Quotierung haben, das sind die GAL und DIE LINKE.

(Ingo Egloff SPD: Wir auch!)

In unseren Statuten steht, dass mindestens 50 Prozent der Frauen in die Gremien müssen. Wir beiden Fraktionen haben auch 50 Prozent Frauen. Wenn Sie uns beweisen können, dass Sie es ohne Quotierung schaffen und nach der nächsten Bürgerschaftswahl 50 Prozent Frauen in der CDU sitzen, dann glaube ich es Ihnen. Aber solange das nicht der Fall ist, kommen wir an einer Quotierung einfach nicht vorbei.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Sie sagten zu Beginn Ihrer Rede, es wäre immer wieder das Gleiche, ob wir nicht einmal etwas Neues sagen könnten. Ich habe durch Zufall den Beschluss und den Forderungskatalog vorliegen, der 1911, also vor 99 Jahren, von der ersten Frauenkonferenz aufgestellt worden ist. Die Forderungen waren: erstens Kampf gegen den Krieg, zweitens Einsatz für Wahl und Stimmrecht für Frauen, drittens Arbeitsschutzgesetze wie ausreichender Mutter- und Kinderschutz und der Acht-Stunden-Tag, viertens gleicher Lohn bei gleicher Arbeitsleistung und fünftens Festsetzung von Mindestlöhnen.

Krieg haben wir immer noch überall, der Kinderschutz ist meiner Meinung nach überhaupt noch nicht ausreichend durchgesetzt. Über gleichen Lohn für gleiche Arbeit haben alle Vorrednerinnen gesprochen – das heißt jetzt immer GAP –, aber wir haben immer noch keinen Mindestlohn. Das heißt, wir können überhaupt nicht über etwas Neues reden, weil das Alte noch nicht einmal ansatzweise durchgesetzt ist. Das waren schon vor 99 Jahren die Forderungen und wir reden noch heute darüber; das geht alles viel zu langsam. Sie haben recht, man kann das Gras nicht zum Wachsen bringen, wenn man daran zieht. Aber wenn wir das Gras düngen und ordentlich wässern, dann wächst es schneller, und das sollten wir dringend tun.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD und bei Martina Gregersen GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine Wortmeldungen mehr zum ersten Thema der Aktuellen Stunde. Dann kommen wir zu den Themen zwei und vier der Aktuellen Stunde

Wachsen mit Weitsicht – Hamburg setzt Maßstäbe

und

Wachsen mit Weitsicht – Hamburgs neues Leitbild

Wer wünscht das Wort? – Frau Spethmann, bitte.

Viviane Spethmann CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Immerhin haben wir eine Präsidentin, das ist schon der erste Fortschritt in Sachen Gleichstellung.

Am 4. Februar 2009 wurde vom schwarz-grünen Senat das fortentwickelte Leitbild "Wachsen mit Weitsicht" angekündigt. Nun erfolgten Taten; am gestrigen Tage hat der Senat das neue Leitbild vorgestellt. Das neue Leitbild knüpft an die Erfolge des Leitbildes Wachsende Stadt an, denn die positive Vision einer wachsenden Stadt wurde erfolgreich gelebt. Das Signal, dass wirtschaftliche, aber auch kulturelle Innovationen willkommen sind, hat Investoren, Touristen und neue Mitbürger ange lockt. Es ist eine ständige Aufwärtsbewegung seit sechs Jahren zu verzeichnen.

Der Aufschwung zeigt sich besonders am Beispiel des Tourismus. Das Image der Stadt ist positiv. Die Freundlichkeit, mit der Besucher empfangen werden, von Institutionen, von einzelnen Mitbürgern, ist erheblich gewachsen. Von der Hamburger Muffeligkeit ist nichts mehr zu spüren. Es hat sich aber auch ein wirtschaftliches Erfolgsmodell entwickelt, und dieses wollen wir fortführen. Die europäischen Großstädte stehen allesamt vor der Herausforderung, Wirtschaftsentwicklung und Umweltschutz miteinander zu verbinden. Dass Hamburg hierfür bereits erfolgversprechende Strategien vorweisen kann, beweist die Tatsache, dass die EU-Kommission Hamburg für das Jahr 2011 zur European Green Capital gekürt hat, das allein ist schon ein Erfolg.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Aber Politik ruht sich nicht aus. Das bisherige Leitbild Wachsende Stadt hat sich bewährt und ist nun durch unseren Koalitionspartner ergänzt worden. Auch der damals schon oppositionelle grüne Abgeordnete Willfried Maier zitierte 2004 hier im Parlament, er würde sich zum Wachstum bekennen. Inso weit passen hier durchaus zwei Parteien zusammen.

Ein Leitbild steuert fast alle Ressourcen in ein Gesamtkonzept. Verkehr, Bildung, Wirtschaft, Kultur und Stadtentwicklung tragen zum Wohl der Stadt und zu diesem Leitbild bei. Dieses haben wir nun auch zusammengeführt. Für uns ist es wichtig, das ist unsere Säule, dass in Zukunft auch unsere traditionellen Stärken weiter gehalten werden. Hafen, Handel und Außenwirtschaft sind unsere grundlegenden Säulen, auf die wir bauen. Aber wir wollen verstärkt auf neue und weitere Felder setzen, auf Kreativwirtschaft, Wissenschaft, Forschung und

(Viviane Spethmann)

Gesundheitswirtschaft. Für die letzteren Felder sind gute Voraussetzungen bereits geschaffen worden.

(Zuruf von Arno Münster SPD)

– Jetzt hören Sie doch zu, anstatt hier herumzupöbeln.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die bauliche Entwicklung und Umgestaltung des Universitätsklinikums Eppendorf im Bereich der Gesundheitswirtschaft und vieler neuer Unternehmen in dem Bereich sind ein weiteres Zeichen. Wir erreichen Gesundheitsversorgung auf höchstem Niveau, das ist nur ein Teilbereich. Wir werden aber auch weitere Bereiche, zum Beispiel Kultur und andere, soweit fördern und unterstützen, um insbesondere die Lebensqualität der Stadt, das heißt aber auch die Nachhaltigkeit zu vergrößern, und das nützt allen Menschen, denn das bisherige Konzept war nach außen gerichtet. Die Fortentwicklung bezieht sich jetzt viel mehr auf die Menschen, die in der Stadt leben, und vereint Wachstum mit Lebensqualität und davon profitieren alle.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wachstum darf nicht zulasten der Lebensqualität gehen, sondern muss mit ihr einhergehen und das zeichnet dieses neue Leitbild aus. Wir werden dieses neue Leitbild mit den parlamentarisch nötigen Maßnahmen begleiten und Sie werden entdecken, dass dieses Leitbild auch den Charme dieser Koalition ausmacht. Die Wirtschaft wird weiterhin von uns unterstützt. Die Grünen haben durch ihre Anregungen weitere charmante, ökologische und auch hinsichtlich der Lebensqualität neue Aspekte mit hineingebracht

(Arno Münster SPD: Ist das hier 'ne Märchenstunde?)

und damit haben wir ein hervorragendes neues Konzept. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Grote.

Andy Grote SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Hier ist also das neue Leitbild der CDU und der GAL. Man hat nach zwei Jahren schon fast nicht mehr damit gerechnet, dass es überhaupt noch veröffentlicht wird.

(Viviane Spethmann CDU: Nach einem Jahr!)

Es ist auch bisher von den Medien weitgehend unbemerkt geschehen.

(Michael Neumann SPD: Das hat der Senat ganz geschickt gemacht!)

"Wachsen mit Weitsicht" heißt es. Zweck und Nutzen eines Leitbildes müsste gemeinhin sein, dass man eine klare Zielvorstellung definiert,

(Barbara Ahrons CDU: Die haben Sie doch nie gehabt!)

an der man politisches Handeln orientieren kann und die klaren Strategien und Handlungsschritte enthält, um diese Ziele auch zu erreichen. Eine solche klare Zielvorstellung enthält das neue Leitbild gerade nicht. Das ist auch nicht erstaunlich, denn ein gemeinsames Leitbild kann man natürlich nur formulieren, wenn man auch tatsächlich eine gemeinsame Vorstellung hat von dem, was in der Zukunft in dieser Stadt passieren soll. Man kann an dieser Drucksache mehr als deutlich ablesen, dass es CDU und GAL daran mangelt.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Leitbild ist ein Trugbild, denn es täuscht nur vor, dass es eine gemeinsame politische Leitidee gibt. In Wahrheit ist es ein Formelkompromiss, für den Sie volle zwei Jahre gebraucht haben, um sich auf diese gerade einmal neun Seiten zu verständigen. Wenn man sich das ansieht, dann ist es ein Sammelsurium von sich gegenseitig relativierenden, auch zum Teil widersprechenden Zielvorstellungen aus fast allen Politikbereichen, ein vollständiger Rundumschlag ohne erkennbare Linie. Viele Passagen beschreiben Spannungsfelder, Spannungsbögen, für die Sie aber keine Lösungen haben.

Wortreich sind sprachliche Verrenkungen und Neuschöpfungen zu lesen, mit denen Gegensätze zugekleistert werden sollen, die aber natürlich noch lange nicht eine gemeinsame, wirkliche Leitidee formulieren. Herausgekommen sind an vielen Stellen eben auch Formulierungen und Passagen, in denen ungefähr jede Zielvorstellung, jede Position und jede Begrifflichkeit, die es zu einem Themenfeld geben kann, unter der Überschrift genannt sind, dass man das alles zusammen erreichen möchte. Ich denke, dass eine größere Ansammlung eierlegender Wollmilchsäue noch von keinem Senat durch das Dorf getrieben wurde.

(Beifall bei der SPD)

Schaut man sich dann die einzelnen aufgeführten Maßnahmen an, dann stellt man fest, das ist alles schon bekannt, es ist nichts Neues dabei. Dieses Leitbild bietet nichts Neues, es ist eine Aufzählung der Maßnahmen, die ohnehin schon Senatspolitik sind, Planungen, die schon Senatspolitik sind, die man jetzt zum Teil mühsam den einzelnen Überschriften des Leitbildes zugeordnet hat.

Das ist auch ganz praktisch, denn wenn die Legislaturperiode schon halb herum ist, trifft es sich besser, wenn das gerade frisch formulierte Leitbild dann in Wahrheit nur das widerspiegelt, was man

(Andy Grote)

sowieso schon tut. Von Ernsthaftigkeit eines Leitbildes zeugt das natürlich nicht.

Wenn man nach einem inhaltlichen Schwerpunkt sucht, dann müsste es doch die Nachhaltigkeit sein. Wie ist es nun bestellt mit der Nachhaltigkeit in diesem Leitbild, wo ist sie definiert? Eine klare Definition findet sich nicht. Wo werden einzelne Maßnahmen tatsächlich aus diesem Nachhaltigkeitsbegriff abgeleitet? Herr Kerstan, Sie können das gleich hier erläutern. An welcher Stelle im Leitbild befindet sich das und wie ernst ist das wirklich gemeint? Hier zitiere ich den Zukunftsrat, der sich prominent mit Nachhaltigkeit in dieser Stadt beschäftigt. Er sagt, er begrüße, dass es eine Nachhaltigkeitsvision gäbe, allerdings sei noch nicht einmal erkennbar, dass der Senat sich bisher ernsthaft auf die bundesweite und internationale Fachdebatte über eine zukunftsfähige Entwicklung einlassen wolle. Das sagt Ihnen der Zukunftsrat, das müsste Ihnen in den Ohren klingen.

Dann benennen Sie insbesondere eine nachhaltige Finanzpolitik. Das wäre in der Tat einmal eine vollständige Neuausrichtung.

(Beifall bei der SPD)

In Wahrheit hat noch kein Senat seinen Nachfolgesenaten zulasten künftiger Generationen so stark die finanzielle Handlungsfähigkeit und die Handlungsspielräume eingeschränkt wie dieser.

(Michael Neumann SPD: Abgeschafft, es gibt keine mehr!)

Sie regieren ohnehin, als gäbe es kein Morgen, keine Zukunft nach diesem Senat und das ist das genaue Gegenteil von Nachhaltigkeit. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hamburg ist geprägt durch seine Geschichte als Stadt des Handels und des Hafens und in dieser Stadt sind die Zyklen der Weltwirtschaft immer sehr deutlich zu spüren. Hamburg profitiert sehr stark vom Aufschwung und was wir zurzeit schmerzlich erfahren, ist, dass Hamburg auch immer sehr stark vom Niedergang des Welt Handels betroffen ist.

Basierend auf der Idee "Stärken stärken" ist das alte Leitbild des Vorgängerssenats "Metropole Hamburg – Wachsende Stadt" geboren worden, um im internationalen Wettbewerb der Metropolen Hamburg voranzubringen. Aber die Zeiten haben sich durchaus geändert, gerade in Zeiten einer Weltwirtschaftskrise, die ausgelöst wurde durch ein übertriebenes, ein ungesundes, nicht nachhaltiges Wachstum spüren wir alle, welche Folgen es ha-

ben kann, wenn man einen falschen Wachstumsbegriff benutzt.

Die Zeiten einer Weltwirtschaftskrise, die damit verbundenen Haushaltsbelastungen durch den Klimawandel und ein stärkeres soziales Auseinanderdriften der Gesellschaft, dazu noch die Herausforderungen einer Wissensgesellschaft zeigen doch vor allem eines: Es kann in einer solchen Zeit nicht mehr richtig sein, allein auf ökonomisches Wachstum zu setzen, sondern man muss beim Wachsen die Qualität stärker in den Mittelpunkt stellen. Das ist es, was "Wachsen mit Weitsicht" ausmacht. Daraus folgt, dass Wachsen nicht nur die Wirtschaft betreffen soll, sondern wachsen sollen auch Talente, die Gerechtigkeit und die Lebensqualität in dieser Stadt. So ist auch das neue Leitbild des Senats zu verstehen, gebündelt in dem einen Satz, Hamburg solle internationale Maßstäbe setzen als eine wachsende Metropole der Talente, der Nachhaltigkeit und der Verantwortungsbereitschaft.

Von dieser Vision lässt sich der Senat leiten und insofern, Herr Grote, ist das kein Widerspruch, dass dies auch die Grundlage für alle Maßnahmen und Aktivitäten des Senats ist und natürlich auch der im Koalitionsvertrag vereinbarten Projekte im Tagesgeschäft.

Letztendlich muss man eines sagen: Ein Leitbild soll immer das beschreiben, was die Stadt ist und auch, wo die Stadt hin will. Als eine Stadt, die im internationalen Austausch ist, hat Hamburg natürlich eine besondere Bedeutung, international Verantwortung zu übernehmen im Rahmen eines fairen Handels, eines gerechten Ausgleichs zwischen reichen und armen Nationen, aber natürlich auch als eine Großstadt, die erheblich zum Klimawandel beiträgt. Sie hat auch eine besondere Verantwortung, Maßstäbe gegen den Klimawandel zu ergreifen, durchaus auch im Eigeninteresse, denn Hamburg als Stadt am Wasser ist natürlich auch von den negativen Folgen des Klimawandels besonders betroffen.

Dort liegt einer der zentralen Punkte dieses Leitbildes, in dem Versuch, Ökonomie und Ökologie nicht mehr als Gegensatz zu begreifen, sondern als eine Vereinbarung, die notwendig ist, um den zukünftigen Herausforderungen gerecht zu werden.

Dies ist keine Petitesse, Herr Grote, sondern hier werden durchaus schwierige Zielkonflikte benannt und neue Initiativen gefordert. Die Debatten, die insbesondere von den Sozialdemokraten geführt werden, betonen besonders im Bereich des Hafens diesen alten Gegensatz, dass Ökonomie nur durch Ökologie geschädigt werden könne. Genau das ist doch die große Herausforderung und auch die Leistung dieses Leitbildes, die zentrale Zukunftsaufgabe zu übernehmen, um diesen alten Konflikt zu überwinden. Das fordert uns allen viel ab, nicht nur diesem Senat, sondern auch der Op-

(Jens Kerstan)

position. Ich würde mich freuen, wenn Sie sich einer solchen Debatte auch stellen würden.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Michael Neumann SPD*: Machen wir!)

Letztendlich muss sich eine Stadt, die sich Herausforderungen stellt und neuen Verantwortungen gerecht werden will, auch der Diskussion stellen, denn ohne Debatten und Widerspruch lassen sich neue Dinge in einer veränderten Welt nicht durchsetzen. Natürlich gibt es eine Debatte in dieser Stadt, die gut und wichtig ist. Wir wollen zusammen mit allen in dieser Stadt, nicht nur in der Politik, sondern auch mit den Institutionen, mit den Verbänden und der gesamten Gesellschaft in Hamburg in einen Dialog treten. Hierzu dient auch diese Debatte als ein Auftakt, nachdem das Leitbild verabschiedet wurde.

Helmut Schmidt hat einmal gesagt: Hamburg, die schlafende Schöne. Ich weiß nicht, ob das damals stimmte. Was man heute sagen kann, ist, dass diese Stadt hellwach ist, sich den Herausforderungen stellt und mit dem Leitbild die zukünftigen Herausforderungen annimmt. Dass der Anspruch, internationale Maßstäbe zu setzen, kein hohler ist, beweist die EU-Kommission, die Hamburg als European Green Capital 2011 ausgezeichnet hat. Das sollte uns stolz machen, aber auch anspornen für zukünftiges Handeln. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Was Sie produziert haben, ist schon einigermaßen bemerkenswert. Der Senat beschloss gestern das neue Leitbild und zwei Fraktionen melden dazu eine Debatte an.

(*Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD*: Und keine Regierungserklärung dazu!)

Das ist schon erstaunlich. Ich habe jedenfalls Mühe – vielleicht gehöre ich auch nicht zum Kreis dazu –, die Drucksache überhaupt rechtzeitig zu bekommen. Wenn man zusammenfasst, was Sie hier machen, ist das eine politische Sturzgeburt.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Elke Badde SPD*)

Jetzt sagen Sie noch, Herr Kerstan, man müsse sich der Debatte stellen, und laden alle herzlich ein mitzumachen. Vor wenigen Monaten konnten Sie – das kam nicht einmal von der Opposition – beispielsweise in der "Welt" lesen, der Regierungskoalition fehle der Kompass – ich zitiere –:

"Dass Schwarz-Grün das Leitbild der 'Wachsenden Stadt' abgeschafft hat, erweist sich als Fehler. Vor allem die Wirtschaft beklagt,

dass die Wachstumsstrategie, die dahinter stand, durch den inhaltsleeren Slogan 'Wachsen mit Weitsicht' ersetzt wurde. Anstatt Hamburg mit einem Gesamtkonzept zu positionieren, verkämpft sich der Senat im Kleinen."

Glauben Sie, dass Sie mit dem, was Sie jetzt vorgelegt haben, diese Ebene des Klein-Kleins hinter sich gelassen haben?

Herr Horch war noch etwas härter und höhnt in der "Bild"-Zeitung, "Wachsen mit Weitsicht" müsse überhaupt erst einmal mit Leben erfüllt werden, die Stadt sei in einen Dornröschenschlaf zurückgefallen. Und Sie, Frau Spethmann, sagen, das würde alles weiterentwickelt werden. Insofern stimmt der Hinweis mit der schlafenden Schönen. Im Grunde haben Sie erst einmal gar nichts auf den Tisch gelegt.

Insofern muss man sich fragen, wann denn nun das neue Leitbild kommt.

(*Michael Neumann SPD*: In Abstimmung!)

Herr Neumann hat das kürzlich auch abgefragt und darauf antworteten Sie, Sie seien gerade dabei, das ernsthaft auszuarbeiten – und dann präsentieren Sie uns dieses Sammelsurium. Sie haben es auch nicht geschafft, es zu erläutern. Das ist ein Sammelsurium dessen, was Sie in den letzten zwei Jahren ohnehin ohne einen inneren Leitfaden, ohne Konzeption, ohne politischen Aufbruch machen.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Keine Ahnung!)

Und das Ganze präsentieren beide Fraktionen als den neuen Durchbruch; das ist schon erschütternd.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Schlimm ist meines Erachtens, dass Sie auf das eigentliche Problem gar nicht eingehen. Man könnte sagen, das ist das Übliche, der Senat, die Regierungskoalition haben keine Kraft mehr. Ursprünglich war der Gedanke des Leitbildes 2003, dass die wachsende Metropole überdurchschnittliches, nachhaltiges Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum generiere sowie ökologische Qualität mit besonderem Fokus auf neuen wirtschaftlichen Stärken. Das hat rückblickend auch einigermaßen geklappt, obwohl das Ziel und die Strategie genauso abgründig realistisch waren wie der Versuch, aus der HSH Nordbank eine internationale Kapitalmarktbank zu machen. Sie haben ausschließlich auf eine fatale Entwicklung der finanzgetriebenen Kapitalakkumulation gesetzt.

(*Viviane Spethmann CDU*: Das ist eine andere Debatte jetzt!)

Daran hat die Stadt sicherlich partizipiert, aber als alles zusammengebrochen ist, hatten Sie nicht die

(Dr. Joachim Bischoff)

Kraft zu bilanzieren, wo wir heute stehen. Das Wenige, das Sie uns immer anbieten, die Brosamen von der Kreativwirtschaft, hilft uns nicht aus der Situation heraus.

Das ist sehr beunruhigend. Sie können sagen, wir würden uns nicht der Diskussion stellen, aber das Beunruhigende für mich und meine Fraktion ist, dass Sie die eigentliche Gefahr und damit den Grund, der hinter dieser Schlamperei beim Leitbild steht, überhaupt nicht offen ansprechen. Das hatte neulich Herr Freytag angesprochen, dies ist die eigentliche Vision, mit der wir konfrontiert sind. Wenn wir nämlich in Hamburg über 2010 hinaus im wirtschaftlichen Tal bleiben sollten, dann gnade uns Gott, dann brechen alle Säulen zusammen, auf denen die langfristige Finanzierung dieser Stadt beruht. Das ist der Punkt. Das heißt, Sie haben keine Konzeption für ein richtiges Reagieren auf die Krise und keine Konzeption für die Sanierung der öffentlichen Finanzen. Allein mit dem Hinweis auf Zyklen verfolgen Sie Ihr Prinzip Hoffnung, aber das Problem ist, dass wir mit diesem Prinzip Hoffnung scheitern werden.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Bürgermeister von Beust.

Erster Bürgermeister Ole von Beust: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist manchmal tröstlich, wenn man die Kritik der Opposition hört, die so widersprüchlich ist und in ihrer Widersprüchlichkeit deutlich macht, dass das, was wir gemacht haben, so falsch nicht sein kann. Auf der einen Seite wird uns vorgeworfen, es sei eine Sturzgeburt gewesen – was nach meiner Kenntnis eine sehr schnelle Geburt ist –, auf der anderen Seite wird uns vorgeworfen, alles hätte viel zu lange gedauert. Bei so unterschiedlicher Kritik muss die Wahrheit wohl darin liegen, dass das, was wir getan haben, so falsch nicht ist.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Warum? Zum einen ist es grundsätzlich erfreulich, dass wir in diesem Haus sogar relativ unstrittig in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten auch schon wieder über Wachstum reden. Es gibt in der Tat ermutigende Signale auch und gerade für Hamburg. Wenn Sie, was die wirtschaftliche Situation angeht, gerade mit den Vertretern des Wirtschaftszweigs reden, der unter der Wirtschaftskrise der letzten Jahre besonders zu leiden hat, also Außenhandel, Reederei, maritime Wirtschaft, ist festzustellen, dass der Hafenaußenhandel Stück für Stück wieder in Bewegung kommt

(Olaf Ohlsen CDU: So ist das!)

und sich hier Wachstumsperspektiven eröffnen, die immerhin bedeuten könnten, dass Hamburg in die-

sem wichtigen Bereich wirtschaftlich im Jahre 2013/2014 wieder dort ist, wo es 2008 gewesen war. In anderen Bereichen wird es sogar mehr Wachstum als erwartet in den nächsten Jahren geben.

Zweitens zeigen Untersuchungen, dass unsere Stadt eine der wenigen Regionen in Europa beziehungsweise in Deutschland ist, deren Bevölkerung jünger wird, weil immer mehr junge Leute, junge Familien in diese Stadt ziehen. Das heißt, Hamburg ist eine Stadt, die wachsen wird, und eine Stadt, die junge Familien anzieht, und es ist gut, dass das so ist.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Weil dies so ist, ist es notwendig zu überlegen, wo man langfristig hin will. Nun mag man sagen, man habe das eine oder andere übersehen. Ich behaupte auch gar nicht, dass alles gesehen wurde. Aber immerhin wurden Grundzüge für die Stadt entwickelt, die über ein, zwei Jahre hinaus ein Ziel vorgeben, das zwar nicht immer konkret ist, das ist völlig richtig, aber immerhin ein Ziel, das für viele Bereiche formuliert wurde. Das macht ansonsten keine andere Stadt Deutschlands und darauf können wir ein wenig stolz sein.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ich sage Ihnen auch, warum dieses Ziel wichtig ist. Wenn Sie die Strategie und Entwicklung der Städte weltweit beobachten, werden Sie feststellen, dass der Fokus auf die Städte gelegt wird, die allgemein als Boom-Städte oder Boomtowns bezeichnet werden – überwiegend Städte in Südostasien –, die in der Tat hinsichtlich Bevölkerung, Bauvolumens und Wirtschaft wachsen. Nur, wollen wir als traditionsreiche europäische Stadt bei diesem Vergleich der Städte diese Art von Wachstum? Ich sage, nein. So interessant Singapur, Shanghai oder Hongkong auch sein mögen – es ist wirklich beeindruckend, wie viel dort gebaut und gebuddelt wird und wie viele Leute dort hinziehen, das ist alles ein Zeichen des Wirtschaftswachstums –, aber ich sage Ihnen ganz freimütig, dass ich bei allem touristischen Respekt in einer solchen Stadt nicht wohnen möchte. Stattdessen möchte ich in Hamburg die Polis, das Modell einer europäischen Stadt, entwickeln, so wie sie über Jahrhunderte als Philosophie entstanden ist, eine Stadt, die sich in wirtschaftlich schweren Zeiten bewährt und in der das Wachstum, wenn es kommt und wir es wollen, der Lebensqualität der dort lebenden Menschen zugute kommt. Genau dieses Ziel haben wir formuliert.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Dazu gehört für mich, zumindest den Versuch zu wagen, scheinbare Widersprüche wie Ökonomie und Ökologie, Wettbewerb oder Solidarität, Tradition oder Innovation, Geborgenheit, Heimatliebe oder kulturelle Vielfalt zu überwinden. Die europäi-

(Erster Bürgermeister Ole von Beust)

sche Stadt hat den Anspruch, einen integrativen Ansatz für die Menschen zu finden – egal, welcher Schicht sie angehören oder aus welchem Land sie kommen, egal, ob sie sich am Wachstum beteiligen wollen oder nicht, was sie kulturell wollen oder nicht –, um jedem seine Chance in dieser europäischen Metropole zu geben. Genau das finden Sie in diesem Papier wieder.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Es wird viele Bereiche umfassen. Sie kennen die Handlungsfelder und ich will nur einige beispielhaft nennen. Der gesamte Bereich Bildung, Wissenschaft, Forschung ist ein wesentlicher Baustein dieses Papiers. Die aktuelle bildungspolitische Diskussion betrifft doch gerade die Frage der Nachhaltigkeit, also Integration für alle, Chancengerechtigkeit. Sie betrifft ebenfalls das heiß umkämpfte Thema zur inhaltlichen, aber auch baulichen Zukunft der Universität, zu Rang und Bedeutung von Wissenschaft und Forschung im Zentrum. Wo soll die Universität sein? Genau um diese Fragestellung, die einen interessanten Diskurs in der Stadt ausgelöst hat, geht es. Ich finde es gut, dass sie in Hamburg diskutiert wird, denn Integration, Wissenschaft und Forschung, Leistung, Chancengerechtigkeit, all das gehört im Bereich Bildung zu nachhaltigem Wachstum und genau diese Dinge gehen wir an.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Das gilt auch für den Bereich der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Herr Dr. Bischoff, Sie haben eine etwas ambivalente Haltung zu dem alten Modell Wachsende Stadt: Einerseits haben Sie den entsprechenden Leitsatz vorgetragen und gesagt, der Plan sei aufgegangen, auf der anderen Seite fanden Sie es ganz furchtbar. Ich konnte nicht ganz nachvollziehen, ob Sie es nun gut oder schlecht finden.

Wir haben seit 2003 auf bestimmte Cluster gesetzt, und zwar auf Hafen und Logistik, Luftfahrt, Medien, IT, Life Science. Die Clusterbildung war mehr oder weniger erfolgreich, in den Bereichen Hafen und Logistik war sie schwierig wegen der Weltwirtschaft, in anderen Bereichen hat sie gut geklappt. Jetzt sind wir dabei, neue Cluster-Schwerpunkte zu entwickeln: erneuerbare Energien, Kreativwirtschaft, Gesundheitswirtschaft, um drei Beispiele zu nennen. Das heißt, auch bei den wirtschaftlichen Schwerpunkten finden Sie Gedanken der Nachhaltigkeit, wobei es darum geht, Vorhandenes zu bündeln, Investitionen anzulocken und in der Metropole gemeinsam weiteres Wirtschaftswachstum in nachhaltigen Bereichen zu generieren. Genau das ist der richtige Ansatz in der Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Das ist, da gebe ich Ihnen recht, Herr Grote, kein Programm, das man Punkt für Punkt abhaken kann, sondern ein Prozess, ein Prozess, der sich,

nebenbei bemerkt, sehr konkret darstellt und bei dem es auch darum geht, die Menschen an ihm zu beteiligen.

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen. Frau Senatorin Hajduk und ich hatten heute ein Gespräch mit Leuten aus Wilhelmsburg, die sehr kritisch waren bei der Frage, ob Hafenquerspanne oder Verlagerung der Wilhelmsburger Reichsstraße, was tatsächlich auch ein kritisches Thema ist. Dabei hat man sich Stück für Stück genau der Frage angenähert, welche Vorteile eigentlich die Menschen davon haben würden. Dass die Wirtschaft das will, ist klar. Die Wirtschaft will zweifellos immer mehr Verkehrswege, das ist relativ leicht nachvollziehbar. Auf der anderen Seite stellt sich die Frage nach den konkreten Auswirkungen. Das heißt, welche Auswirkungen hat das für Wohngebiete, für Industrie? Will ich die Industrie dort, wo ich Stadtentwicklung machen will, in Wilhelmsburg behalten oder will ich Stück für Stück sehen, wie ich dort auch gemeinsam mit den Menschen Wohnen entwickeln kann, so wie es in einem Diskurs in Wilhelmsburg gemacht wurde, der noch nicht abgeschlossen ist, sondern weiter diskutiert wird.

Das erfordert das Ringen um die besten Lösungen, aber unter einer gemeinsamen Philosophie, und zwar folgender: Hamburg als Modell für eine europäische Stadt soll bewusst anders aussehen als viele andere Metropolen und nicht nur auf Boomtown setzen, sondern die Menschen versuchen zu überzeugen, auf Nachhaltigkeit und andere Faktoren wie Kultur und Kreativität zu setzen.

Genau das ist der Geist des von uns erarbeiteten Konzepts. Ich gebe zu, es ist kein Programm, das man Punkt für Punkt einfach abhaken könnte, aber ich glaube, es ist ein guter Ansatz dafür, wie sich Hamburg entwickeln kann, wie ein Prozess beschrieben wird und wo wir nicht nur als schwarz-grüne Koalition, sondern als gesamte Stadt hinkommen sollten. – Danke schön.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Wankum.

Andreas C. Wankum CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wie sehr ein gutes Leitbild die positive Umsetzung einer verantwortungsvollen zukunftsgerichteten Politik befördern kann, hat das Bisherige bewiesen. Nicht zuletzt hat es uns dabei geholfen, erfolgreiche Politik in den letzten sechs Jahren zu betreiben

(Dirk Kienscherf SPD: Deswegen liegen Sie bei 31 Prozent!)

und Hamburg bereits zu einer der wenigen wachsenden Städte in der Bundesrepublik gemacht zu haben.

(Andreas C. Wankum)

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wer etwas von Marketing versteht, weiß, dass man an erfolgreichen Leitbildern, erfolgreichen Slogans festhalten soll, er weiß gleichzeitig aber auch, dass einen nichts daran hindern sollte, diese dem Wandel der Zeit anzupassen. Der Senat hat mit der vorgelegten Drucksache etwas geschaffen, das zweifelsohne würdig ist, an die Stelle des alten Leitbildes zu treten.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wer die Drucksache bereits lesen konnte, muss dem Senat dafür hohen Respekt zollen. Mit den Themen, über die wir heute diskutieren, werden wir uns in Zukunft befassen. Sie werden in der Tat unser politisches Handeln in den nächsten zwei Jahren bestimmen und dabei werden wir die Metropole Hamburg im internationalen Wettbewerb der Metropolen weiterhin richtig positionieren und damit wiederum die Grundlage für ein langfristiges Wachstum schaffen, das sich am Wohle aller Menschen orientiert.

Diese Politik unserer Koalition orientiert sich zum einen, wie bereits gesagt wurde, am Erhalt und an der Stärkung der bisherigen Wirtschaftsbereiche, zum anderen aber auch an der Stärkung anderer Bereiche wie beispielsweise Kreativ- und Gesundheitswirtschaft, regenerative Energien, Bildung und Weiterbildung, Forschung und Lehre. Das Leitbild mit seinen formulierten Visionen, Zielen, Handlungsfeldern und Leitprojekten ist kein Selbstzweck. Es soll dazu dienen, eine Politik zu gestalten, die es den Menschen ermöglicht, ihre erworbenen Fähigkeiten zu ihrem eigenen und zum Wohle aller einzusetzen. "Wachsen mit Weitsicht" heißt, Wohlstand zu erhalten und Wohlstand zu mehren, gleichzeitig aber die Einsicht zu stärken, einen Teil des geschaffenen Wohlstandes zum Wohle anderer einzusetzen, zum Beispiel durch ehrenamtliches Engagement, durch Fortsetzung der Hamburger Tradition von Mäzenatentum, sehr geehrte Frau Heyenn. Es ist kein Geheimnis, dass gerade in Metropolen, in denen kreatives und visionäres Handeln, Bildung, Forschung und Lehre einen hohen Stellenwert einnehmen, diese Eigenschaften besonders stark ausgeprägt sind.

Die Steigerung der internationalen Attraktivität, die Förderung innovativer Wirtschaftsfelder, die Bereitstellung moderner Infrastruktur, nachhaltige Planung und die Förderung kreativer Potenziale sichern die Weiterentwicklung unserer Stadt als Wirtschaftsfaktor. Die Stärkung von Bildung, Wissenschaft und Forschung bietet zukunftsorientierten Unternehmen gut qualifizierte Mitarbeiter und einen interessanten Ansiedlungsstandort. Dass Facebook sich für Hamburg als Niederlassung in Deutschland entschieden hat, ist ebenso wenig ein Zufall wie die Ansiedlung des Fraunhofer-Zentrums.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die heute von der Tourismus-Zentrale bekannt gegebenen Zahlen für 2009 mit fast 8,2 Millionen Übernachtungen und einem Plus von sechs Prozent, die Tatsache, dass wir mit Barcelona und Berlin im Konzert europäischer Metropolen heutzutage auf Augenhöhe sind – da hilft kein Kopfschütteln, da hilft kein Grummeln, Herr Grote –, all das sind überzeugende Ergebnisse unserer Politik, einer nach vorne gerichteten Politik.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Zuruf von *Wilfried Buss SPD*)

Wir werden die dynamische Entwicklung Hamburgs, lieber Herr Buss, weiter stärken, wir werden Menschen, die keine Perspektive zu haben glauben, diese bieten. Offenheit, Kreativität und eine tolerante Politik schaffen eine Atmosphäre, in der zum Beispiel auch gerade Menschen mit Migrantenhintergrund die Chance haben und nutzen werden, um sich zu integrieren.

(Zuruf von *Wilfried Buss SPD*)

Jeder, Herr Buss, der die Drucksache ohne Vorbehalte liest, wird feststellen, dass wir in der Lage sind, die Fragen der Zukunft zu beantworten und uns nicht an Ideologien zu orientieren. Der Bürgermeister hat es eben gesagt. Wer mitbekommt, dass schon wieder nach Logistikflächen gesucht wird, dass die Zahlen von Hapag-Lloyd zum Beispiel deutlich besser sind als befürchtet, wird verstehen, wie gut unsere Politik ist, die wir weiter so betreiben werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Neumann.

Michael Neumann SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr von Beust, Sie haben Ihren Beitrag eingeleitet mit den Worten: So falsch kann das alles nicht sein, wenn Kritik von allen Seiten kommt. Nun mag man das vielleicht noch leichthändig abtun, wenn die Kritik von der Linkspartei und von uns Sozialdemokraten hier im Hause formuliert wird. Aber wenn es ein einhelliges Medienecho auf die Halbbilanz Ihres Senats gibt, das verheerend und vernichtend ist, wenn es eine Umfrage gibt, die einen historisch einmaligen Absturz für Hamburger Verhältnisse prognostiziert, und wenn Ihr Landesvorsitzender, Herr Freytag, der sicherlich ein Hauptgrund für diesen Absturz ist, sagt, all das sei nur ein Kommunikationsproblem, dann haben Sie ein größeres Problem, als Sie es bisher überhaupt wahrgenommen haben.

(Beifall bei der SPD und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

(Michael Neumann)

Die eben von Herrn Wankum benutzte Formulierung, dass das nämlich für Ihre Arbeit in den nächsten zwei Jahren bestimmend sein würde, war symptomatisch.

(Viviane Spethmann CDU: Und dann geht es weiter!)

Das ist eine Aussage, die steht. Für zwei Jahre haben Sie vielleicht noch Zeit, mit Wachstum oder mit Weitsicht zu wachsen, aber mir scheint, der Lack ist ab.

(Hans-Detlef Roock CDU: Den Spruch kennen wir!)

Es wird auch überdeutlich, dass die Debatte nur dadurch an Fahrt gewonnen hat, dass der Bürgermeister selbst das Wort ergriffen hat; ansonsten war das nicht mehr als zweite Garnitur und Langeweile.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Thema hätte es verdient, in einer ordentlichen Regierungserklärung vorgestellt zu werden und nicht in einer Aktuellen Stunde, in der der Bürgermeister das Zwei- bis Dreifache einer Rednerzeit der Opposition für sich beanspruchen kann. Wir haben jetzt fünf Minuten, um darauf zu reagieren

(Viviane Spethmann CDU: Kommen Sie doch mal zur Sache!)

und über eine Drucksache zu sprechen, die keinem Abgeordneten schriftlich vorliegt. All das sind Umgangsformen, die Sie früher normalerweise als unhanseatisch bezeichneten, Herr von Beust. Ich kann das Kompliment zurückgeben. Es ist ein untragbarer Zustand, so eine Debatte hier anzumelden, ohne dass allen Abgeordneten überhaupt die Grundlage dafür zur Verfügung steht. Das geht so nicht und wir werden die Debatte sicherlich noch in einem ordentlichen Rahmen fortsetzen. Ich erwarte dann auch von Ihnen eine Rede, die nicht nur gerade einmal an der Oberfläche kratzt und alle Keywords fürs Internet beinhaltet, sondern eine sachliche, inhaltliche Rede.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Das machen Sie ja jetzt!)

Sie haben die absoluten Schlagworte benutzt, die dazu führen werden, dass Ihre Rede bei Google ganz weit oben ist, doch an Substanz haben Sie, wie leider meist, nichts geliefert. Diese Gelegenheit haben Sie verpasst.

(Beifall bei der SPD)

Sie hatten das Leitbild Wachsende Stadt in Hamburg aufgelegt, aber dieses Leitbild hatte eine erhebliche Schieflage. Es hatte nämlich das Problem der Gerechtigkeitsfrage aufgeworfen. Mit Ihrem Leitbild haben Sie zu viel Gewicht auf Glamour gelegt, beispielsweise die Neugestaltung des Jung-

fernstiegs, und dabei die Lebensqualität der Menschen in den Stadtteilen vergessen, in denen sie wirklich zu Hause sind. Die meisten Menschen sind nicht zu Hause auf dem Jungfernstieg, sondern leben in Stadtteilen wie Jenfeld, Lurup oder Harburg.

Wir Sozialdemokraten haben dem unser Leitbild der menschlichen Metropole entgegengesetzt. Das wurde von manch einem häufig als soziale Stadt missverstanden. Das ist sie ausdrücklich nicht. Auch wir wissen, dass sozialer Fortschritt nur dann finanzierbar ist, wenn auch ökonomischer Erfolg vorhanden ist. Deswegen bejahen wir Unternehmertum, Dynamik und Prosperität, aber es geht eben nicht in erster Linie darum, dass Profit erwirtschaftet wird, sondern dass die Lebensverhältnisse aller Menschen in Hamburg besser werden. Das haben Sie in den letzten Jahren weder in Ihrer Alleinregierung noch unter Schwarz-Grün wirklich erreichen können.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb klingt Ihr Begriff von der schwarz-grünen Kompromissformel "Wachsen mit Weitsicht" wenig dynamisch. Das klingt für mich sehr nach angezogener Handbremse, insbesondere in dem Augenblick, wo wir feststellen müssen, dass wir auf weite Sicht nicht mit Wachstum rechnen können. Das Problem der wachsenden Stadt oder auch Hamburgs – das haben Sie selbst angesprochen – ist nicht das ungezügelte Wachstum, wie es vielleicht in Städten wie Istanbul, Sao Paulo oder Kalkutta der Fall ist. Wir haben ganz andere Probleme, nämlich dass wir in den entscheidenden, für die Menschen wirklich wichtigen Bereichen kein Wachstum erreicht haben.

Sie haben in Ihrer Rede davon gesprochen, dass Hamburg auch ein Vorbild der Polis sein sollte – offensichtlich haben Sie im Schlagwort-Lexikon nachgelesen, um Ihre Rede etwas anzureichern –, und dass es um die soziale Gerechtigkeit in der Stadt ginge. Sie haben aber bis heute nichts zu dem Vorstoß Ihres Sozialsenators gesagt, der die Kopfpauschale flächendeckend einführen will. Ist das ein Beispiel dafür, dass sich Menschen in dieser Stadt, in dieser Republik heimisch fühlen? Aus meiner Sicht ist das der völlig falsche Ansatz. Er führt nämlich dazu, dass eine Stadt, eine Gesellschaft immer stärker gespalten wird und nicht zusammenwächst und nicht zusammen eine Einheit von Polis in Ihrem Sinne bildet.

(Beifall bei der SPD)

Das Gleiche gilt für das ganz konkrete Beispiel der Wohnungsbaupolitik, über die Sie vorhin so nonchalant hinweggegangen sind. Wir hatten in den Neunzigerjahren über eine Viertelmillion Sozialwohnungen in Hamburg, heute haben wir weniger als 100 000. Wir haben den Problemfall Wissenschaftsstiftung. Erst einmal wird groß verkündet,

(Michael Neumann)

man wolle sie finanziell unabhängig machen, dann wird sie gestrichen. Herr Meyer-Wellmann hat in der Hamburger Ausgabe der "Welt" zu Recht gesagt, Hamburg sei eine Stadt ohne Kompass.

(Glocke)

Abschließend will ich das der GAL nicht vorwerfen. Die GAL macht nicht die Politik für die Mehrheit der Menschen. Ich will es aber der CDU vorwerfen. Sie müssten einen anderen Anspruch haben. Aus unserer Sicht fehlt Ihnen die Linie und darüber wird auch dieses Placebo nicht hinwegtäuschen.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Eva Gümbel GAL: Frau Präsidentin, meine ...

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Dr. Gümbel, ich will Sie nur ganz kurz unterbrechen. Sie können mich gerne arbeitslos machen, aber das Ankündigen Ihres Auftritts, auch wenn Sie schon hier vorne stehen, überlassen Sie bitte mir. – Frau Dr. Gümbel hat das Wort.

Dr. Eva Gümbel (fortfahrend): – Selbstverständlich. Ich wollte Sie keineswegs arbeitslos machen,

(*Michael Neumann SPD*: Nicht noch einen Präsidenten verlieren!)

im Gegenteil, wir freuen uns, dass Sie den Vorsitz haben.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Neumann, zum wiederholten Male sprechen Sie von der Spaltung der Gesellschaft. Mit diesem Thema versucht die SPD, ihre Politik voranzutreiben. Unsere Antwort auf das, was Sie als Spaltung der Gesellschaft bezeichnen, ist die Bildungsgerechtigkeit. Ich freue mich sehr, dass es auch Ihnen gelungen ist, unserem gemeinsamen Bildungskompromiss zuzustimmen, und dass wir in der Bürgerschaft eine große fraktionsübergreifende Mehrheit gefunden haben, um das gemeinsame Lernen durchzusetzen. Zu diesem Thema werden wir am Mittwoch unsere Sondersitzung haben.

(Beifall bei der GAL)

Die Schulbildung ist aber nur der erste Schritt. Der zweite Schritt, den wir gemeinsam gehen werden, ist, wie der Bürgermeister angesprochen hat, das erste vom Senat definierte Handlungsfeld in der Drucksache "Wachsen mit Weitsicht", nämlich die Fortentwicklung der Wissenschaft. Das ist sehr wesentlich, denn es geht darum, den Menschen, die wir erfolgreich durch die Schule geführt haben, weiter die Möglichkeit zu bieten, mehr Wissen zu generieren, damit sie in einer sich verändernden Gesellschaft eine Chance auf Arbeit haben.

Herr Bischoff, Sie brauchen sich jetzt gar nicht Ihr biblisches Haupt zu raufen. Sie tun immer so, als wäre die einzig mögliche Antwort auf die Wirtschaftskrise, den Hartz-IV-Satz anzuhängen.

(*Michael Neumann SPD*: Oh, Westerwelle!)

Wir wollen aber, dass die Leute erst gar nicht in diese Situation kommen. Wir wollen in einer wissensbasierten Gesellschaft die Leute befähigen, durch gute Ausbildung, mit guten Chancen und aus eigenem Antrieb ihr Einkommen erwirtschaften zu können. Wenn es nicht gelingen sollte, sie dann gut abzufedern, steht auf einem anderen Blatt.

(Beifall bei der GAL)

Wie Sie alle wissen, sind in den Achtzigerjahren die Hochschulen aufgrund der eingeschränkten Hochschulfinanzierung schlecht ausgestattet gewesen. Jetzt gab es die Exzellenz-Initiativen und in Hamburg haben wir leider in der Vergangenheit nicht so gut abgeschnitten, wie wir uns das alle gewünscht hätten.

(*Ingo Egloff SPD*: Die Wissenschaftssenatorin ist auf dem letzten Platz!)

Der Senat hat zwei Maßnahmen eingeleitet, zum einen die Landesexzellenz-Initiative, die mit 18 Millionen Euro finanziert wird. Hier kann man sich mit Projekten bewerben, um die Antragsreife zu erlangen. Wir sind guter Hoffnung, dass es beim nächsten Mal – die nächste Runde startet jetzt – gut klappen wird. Auch bei der bereits angesprochenen Wissenschaftsstiftung – die wir gegründet und keineswegs gestrichen haben, wie hier irgend jemand irrtümlicherweise behauptet hat – kann man sich bewerben.

Wie Wissenschaft hier gut funktionieren kann, kann man am CliSAP sehen. Hier haben sich 44 Fachbereiche zusammengeschlossen und betrachten die Frage des Klimawandels aus ihren verschiedenen Blickwinkeln, vom Stadtsoziologen bis hin zum Physiker. Überall, wo über Klimawandel gesprochen wird, sind die Leute von CliSAP mit dabei. Da werden Stichworte wie Vernetzung und Interdisziplinarität gelebt, das ist die Zukunft im Wissenschaftsbereich und das müssen wir auch an anderen Stellen erreichen.

Eine sehr hervorragende außeruniversitäre Einrichtung in Hamburg, um die uns die Welt beneidet, ist das Ihnen allen bekannte DESY. Das DESY besitzt mit der sogenannten Röntgen-Lasertechnologie eine Art von Megamikroskop, mit dem es gelingt, einmalige Welten, in die man bisher noch nicht hat schauen können, auf Nanoebene zu betrachten. Das wird in ganz viele andere Technikbereiche ausstrahlen, angefangen bei der Frage der Flugzeuglacke, die so gestaltet werden müssen, dass die Flugzeuge leichter werden, also ökologischer, bis hin zur Frage, Herr Tschentscher, was Infektionen sind. Wir werden ein Zentrum für

(Dr. Eva Gümbel)

Infektionsforschung gründen, um diese Synergien zu bündeln. Für die Studierenden ist es aber wichtig, dass wir die Studiengebühren sozialverträglich ausgestaltet haben. Der Bologna-Prozess muss so umgestrickt werden, dass der Geist von Bologna wieder erfahrbar werden kann, das heißt, die Studiengänge müssen entrümpelt werden, die Welt aus Sicht der Studierenden darf nicht mehr nur noch aus Credit Points bestehen. Nicht zuletzt sind wir dabei, das Hochschulgesetz zu evaluieren. Die Ergebnisse bleiben abzuwarten und die Schlüsse, die wir daraus ziehen werden, werden wir dann vortragen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, Sie sind jetzt leider gerade hinausgegangen und hören die Antworten leider nicht, obwohl Sie das Wort ergriffen haben.

Sie haben Bezug genommen auf die europäische Stadt, ein guter Bezug, aber man muss bedenken, dass die große zivilisatorische Aufgabe gerade der europäischen Stadt die Integration der verschiedenen sozialen Gruppierungen ist. Diese Aufgabe ist umso wichtiger, als die Wirtschaftskrise und die globalisierungsbedingten Veränderungsprozesse ohne politische Gegensteuerung Desintegrationstendenzen verschärfen. Die Desintegration hat in Hamburg bedenkliche Ausmaße angenommen. Sie scheinen sich der Problematik nicht bewusst zu sein, wie heftig die soziale Zerklüftung ist und dass die Stadtgesellschaft ihre Integrationsfähigkeit verliert.

Ihre Gegensteuerung, wie sie in dem Leitbild zum Ausdruck kommt, ist bis auf die Ansätze bei der Schulreform oder beim Stadtentwicklungsprogramm und vielleicht noch außer dem einen oder anderen Ansatz sonst völlig unzureichend. Aber insgesamt ist Ihre Halbbilanz schlecht und Ihre Leitbildvisionen sind ungeeignet, dieses große Problem sozialer Zerklüftung und gesellschaftlicher Entsolidarisierung zu lösen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

Nehmen wir Ihr Leitprojekt "Nachhaltiges Hamburg". Ich beziehe mich einmal auf die Ökologie, auf den Punkt Umwelthauptstadt. Das Kohlekraftwerk Moorburg ist ein GAU, den Sie durch nichts hinwegreden können. Dieses Kohlekraftwerk belastet obendrein auch noch ein sozial besonders benachteiligtes Stadtgebiet. Die kinderreichen Stadtteile Wilhelmsburg, Veddel, Rothenburgsort, Billstedt sind gesundheitsschädlichen Umweltfakto-

ren, wie Lärm, Verkehr und Luftbelastung, schon jetzt in besonderem Ausmaß ausgesetzt. Hier haben die Menschen eine geringere Lebenserwartung und ein größeres Risiko als anderswo in Hamburg, an Krebs oder Herzinfarkt zu sterben. Gerade in diesen Stadtteilen wird das Kohlekraftwerk Moorburg zu einer erheblichen Steigerung der Risikofaktoren führen. Dabei lassen Sie keinerlei nachhaltigen Ansatz erkennen, ob es irgendeine Art Ausgleich für diese Sonderbelastungen geben wird.

Oder nehmen wir Ihr Leitprojekt "Hamburg, Metropole des Wissens". Glauben Sie wirklich, dass die Hamburger Hochschulen sich gut entwickeln und ihrer Verantwortung für die gesamte Gesellschaft gerecht werden können, wenn sie sich durch Studiengebühren, also durch ein soziales Ausleseverfahren, abschotten und wenn sie überdies undemokratisch organisiert sind, wenn die Mitbestimmungsrechte aller beteiligten Gruppen so mit Füßen getreten werden, wie es der Fall ist? Es gibt keine blühende Wissenschaftslandschaft ohne sozial offenen Zugang und ohne Demokratie.

Frau Gundelach hat leider – ich betone, leider – eine schallende Ohrfeige erhalten,

(Ingo Egloff SPD: Genau!)

die den gesamten Senat trifft, aber, wie ich befürchte, auch die gesamte Stadt Hamburg. Nehmen wir Ihr Handlungsfeld "Förderung innovativer Wirtschaftsfelder und Beschäftigungswachstum". Hier haben Sie nicht einen Gedanken darauf verschwendet, wie der Erosion des Arbeitsmarkts – der steigenden Erwerbslosigkeit, der dramatischen Ersetzung von Lohnverhältnissen, die ein unabhängiges Leben ermöglichen, durch prekäre, geringfügig und absolut unterbezahlte Beschäftigung, der Entwertung von Qualifikationen – entgegengewirkt werden kann. Von einer aktiven Arbeitsmarktpolitik oder von einer Qualifizierungsoffensive, wie sie notwendig wäre, findet man in Ihrem Maßnahmenkatalog nicht auch nur die geringste Spur. Dabei ist die Erosion des Arbeitsmarktes eine der größten Gefahren für die Integration der Gesellschaft. Hier versagen Sie auf der ganzen Linie.

(Beifall bei der LINKEN)

Bemerkenswerterweise fehlt ein Handlungsfeld – jetzt spreche ich die GAL an – vollständig: die Stärkung der Grund- und Bürgerrechte. Seit zwei Jahren schiebt der Senat die Reform der in großen Teilen verfassungswidrigen Polizeigesetze vor sich her. Das ist ein untragbarer Zustand und ein Grund dafür, dass einige der Grund- und Bürgerrechte, so die Versammlungsfreiheit und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, in Hamburg seit Langem in trauriger Verfassung sind. Eine solidarische, integrative und auch dynamische Gesellschaft setzt jedoch selbstbewusste Bürgerinnen

(Christiane Schneider)

und Bürger voraus, die aktiv an der politischen Meinungs- und Willensbildung teilnehmen und ihre Rechte frei von Kontrolle und Bevormundung wahrnehmen. Ihr beredtes Schweigen auf diesem Gebiet ist ein Armutszeugnis.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Herr von Frankenberg für noch genau drei Minuten.

Egbert von Frankenberg CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! In Ihrer Kritik, Frau Schneider, haben Sie so allgemein kundgetan, was Sie immer schon einmal sagen wollten, darauf will ich jetzt gar nicht näher eingehen.

(Ingo Egloff SPD: Das würde Sie auch intellektuell überfordern!)

Was den Hinweis auf den Jungfernstieg angeht, denke ich, dass wir als Hamburger alle irgendwie auf dem Jungfernstieg zu Hause sind. Und wir haben hier keine Stadtteile vergessen, das will ich ausdrücklich betonen.

(Beifall bei der CDU und bei Horst Becker und Dr. Eva Gümbel, beide GAL)

Wir führen gerade die Stadtteile zusammen, das haben wir in der vergangenen Legislaturperiode gemacht und es ist auch bei "Wachsen mit Weitsicht" das Ziel, dass wir die Stadtteile zusammenführen und nicht auseinanderdividieren. Das ist ganz klar.

(Beifall bei der CDU und bei Horst Becker und Dr. Eva Gümbel, beide GAL)

Dafür stehen die Programme "Sprung über die Elbe" und "Lebenswerte Stadt". Das ist das, was wir in der Vergangenheit getan haben, daran werden wir weiter arbeiten und das ist auch das Programm.

Die beste Sozialpolitik ist erst einmal eine exzellente Bildungspolitik. Dazu gehören die Kitas als Bildungseinrichtung, wir haben uns in der Schule viel vorgenommen und ich möchte ausdrücklich meinen Dank aussprechen, dass wir hier gemeinsam eine Linie gefunden haben. Das wird unsere Stadt ganz klar weiter voranbringen. Dazu gehören auch die Hochschulen und das duale Ausbildungssystem, das sind alles Schwerpunkte, die weiterhin von Bedeutung sind. Wir wollen Hamburg als gerechte und lebenswerte Stadt weiterentwickeln und dazu ist dieses Programm eine sehr gute Grundlage. Auch die Kritik, dass es keinen roten Faden gebe, greift nicht. Erst einmal vorweg gesagt: Rot ist sowieso vorbei.

(Beifall bei der CDU)

Es ist gerade die Stärke des Programms, dass verschiedene Bausteine ineinandergreifen. Die Welt

ist nicht einfacher geworden, es gibt unterschiedliche Probleme und hier wird der Versuch unternommen, verschiedene Antworten zu finden. Das ist die Handlungsanleitung, die wir uns für die nächsten Jahre vorgenommen haben. Auch der insgesamt hohe Zuspruch, den Hamburg weiterhin hat, belegt eindeutig die Attraktivität des Standortes. Für uns ist, was die Sozialpolitik angeht, klar, dass "Wachsen mit Weitsicht" bedeutet, gerade in schwierigen Zeiten soziale Verantwortung für die gesamte Stadt zu übernehmen. Das wollen wir machen, wir regieren gerade nicht mit dem Rotstift, sondern wir versuchen, Zuwachs zu begrenzen und nicht mit dem Rasenmäher zu kürzen. Wir haben gerade in schwierigen Zeiten die soziale Verantwortung besonders großgeschrieben. Damit treten wir an und das liegt uns auch ganz besonders am Herzen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wir wollen, dass die Menschen sich in unserer Stadt wohlfühlen. Dazu gehören Familienförderung, Kitas und optimale Gesundheitsversorgung, aber ein ganz wichtiges Thema ist auch die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Gerade da gibt es eigentlich viele Antworten, das heißt nicht nur Sprachförderung, sondern auch mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Die wollen wir auch fördern, unsere Botschaft lautet:

(Glocke)

– Ich komme zum Ende.

Sie werden gebraucht, das haben wir auch klar gesendet. Insofern denke ich, dass wir mit "Wachsen mit Weitsicht" einen ordentlichen Schritt nach vorne kommen und dass uns das in der Zukunft auch deutlich weiterhelfen wird.

(Beifall bei der CDU und bei Horst Becker GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Damit ist die Aktuelle Stunde für heute beendet. Ihre Wortmeldung, Herr Kienscherf, kann ich leider nicht mehr berücksichtigen. Wir setzen die Aktuelle Stunde morgen mit dem dritten Thema fort.

Ich rufe den Punkt 2 der Tagesordnung auf, Drucksache 19/5154, Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde

– Drs 19/5154 –]

Der Stimmzettel liegt Ihnen vor. Er enthält je ein Feld für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Ich bitte Sie, den Stimmzettel jeweils mit nur einem

(Vizepräsident Wolfhard Ploog)

Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig. Bitte nehmen Sie nun Ihre Wahlentscheidung vor.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

Ich darf Frau Thomas und Herrn Hakverdi bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das ist erkennbar der Fall, ich schließe dann die Wahlhandlung. Das Wahlergebnis wird ermittelt, ich werde es Ihnen im Laufe der Sitzung bekanntgeben.

Meine Damen und Herren! Mein weiterer Wunsch besteht fort: Soweit Sie Nebengespräche führen möchten, tun Sie dies doch bitte draußen in der Lobby. Hier stört es ein wenig, wir wollen mit der Sitzung fortfahren.

Wir kommen zum Punkt 36 der Tagesordnung, Drucksache 19/5339, Antrag der Fraktion DIE LINKE, Die Handelskammer "freut sich doppelt" – Die Hamburger Jugendlichen haben es doppelt so schwer.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Die Handelskammer "freut sich doppelt" – Die
Hamburger Jugendlichen haben es doppelt so
schwer
– Drs 19/5339 –]**

Wer wünscht das Wort? – Frau Heyenn, bitte.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben diesen Antrag "Die Handelskammer 'freut sich doppelt' – die Hamburger Jugendlichen haben es doppelt so schwer" gestellt, weil wir meinen, dass es sich bei dem doppelten Abiturientenjahrgang, wenn man einmal von der Schulreform absieht, um eines der größten, wenn nicht sogar um das größte bildungspolitische Problem in Hamburg in diesem Jahr handelt.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Monika Schaal SPD*)

Dem steht gegenüber, dass der Senat kein Problembewusstsein dafür entwickelt hat. Wie stellt sich die Ausbildungsplatzsituation in Hamburg dar? Im "Ausbildungsreport" wird ausgeführt, dass bis Herbst 2009 in Hamburg circa 13 500 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen wurden. Das ist angesichts von 15 600 Absolventinnen und Absolventen allgemeinbildender Schulen auf den ersten Blick eine sehr gute Zahl, aber es gibt ein Problem. Fast die Hälfte – genau 44 Prozent – der Lehrstellen gingen an Nischthamburger. Es haben nur 7500 Hamburger Jugendliche einen Ausbildungsplatz in Hamburg bekommen. Das ist weniger als die Hälfte der Schulabgänger aus dem Som-

mer 2009 und der "Ausbildungsreport" spricht von einer paradoxen Ausbildungssituation.

Einerseits gibt es ein relativ gutes Ausbildungsplatzangebot und andererseits besteht eine große Ausbildungsnot bei Hamburger Jugendlichen. Offiziell liest sich das so:

"[Es gibt] jedoch weiterhin erhebliche Probleme mit der Ausbildungsversorgung der Jugendlichen, die in Hamburg ihren Schulabschluss erworben haben."

Hamburg ist deshalb bundesweit führend im Berufsvorbereitungsjahr. Zu diesem traurigen Rekord heißt es im "Ausbildungsreport":

"Laut Berufsbildungsbericht 2009 weist Hamburg von allen Bundesländern den höchsten Anteil von BVJ-Schülern bezogen auf 1000 Absolventinnen und Absolventen aus den allgemeinbildenden Schulen auf."

Insgesamt sind im Jahr 2009 circa 6500 der 15 600 Schulabgänger aus allgemeinbildenden Schulen im Übergangssystem geparkt worden, das sind 42 Prozent. Dieses Übergangssystem zeichnet sich laut dem nationalen Bildungsbericht 2006 aus durch

"[...] (Aus-)Bildungsangebote, die unterhalb einer qualifizierten Berufsausbildung liegen beziehungsweise zu keinem [...] Ausbildungsabschluss führen."

Das Übergangssystem ist ein Unsicherheitssystem, das will ich auch begründen. Im Bericht des Konsortiums Bildungsberichterstattung "Bildung in Deutschland" von 2006 heißt es:

"Für zwei Fünftel der Ausbildungsanfänger beginnt ihr Start ins Berufsleben mit Unsicherheit und ohne konkrete Berufsbildungsperspektive. Diese Sachlage verlangt den Jugendlichen ein hohes Maß an motivationaler Stabilität ab. Man muss befürchten, dass je länger die Unsicherheit anhält, Jugendliche an Ausbildungsmotivation verlieren und resignieren."

Wir haben in Hamburg jetzt schon eine bedrohliche Zahl von Jugendlichen – man spricht immer von U25, von Menschen unter 25 Jahren –, die obdachlos sind; das ist eine Folge davon.

"Hier könnte ein wichtiges Arbeitskräftepotenzial für die Zukunft verspielt und sozialer Ausgrenzung Vorschub geleistet werden",

so der Report. Das ist schon in vollem Gange.

Im Klartext heißt es, je mehr Jugendliche das Abitur machen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass Haupt- und Realschüler und vor allem weit mehr Realschüler als in den vergangenen Jahren im Übergangssystem landen und keine Perspektive haben. Die Verdrängung hat sich mit

(Dora Heyenn)

zunehmender Tendenz schon seit Jahren auf dem Ausbildungsmarkt gezeigt. Nachdem gesagt wurde, es seien noch soundso viele Ausbildungsplätze offen und man verstehe gar nicht, warum die Jugendlichen sich da nicht melden würden, habe ich mir das im Netz einmal angesehen. Dann habe ich zum Beispiel gefunden, dass eine Bäckereifachverkäuferin in Harburg gesucht wurde, Voraussetzung für den Ausbildungsplatz: Abitur. Oder eine Friseurin in Eppendorf, Voraussetzung: Abitur. So kann das natürlich nicht gehen. Diese Tendenz wird sich dieses Jahr noch sprunghaft verstärken.

Die Handelskammer freut sich doppelt, worauf eigentlich? Durch den doppelten Abiturjahrgang besteht für Handel und Handwerk ganz klar die Chance, Besserqualifizierte, sprich Abiturienten statt Realschüler, in Ausbildungsverträge zu bringen. Die bessere Wettbewerbsfähigkeit, mit der das G8 argumentativ begleitet wurde, mag für die Firmen gelten, aber für die jungen Leute ist es ein gnadenloser Wettbewerb um Studienplätze und um jeden Ausbildungsplatz. Das ist absolut inakzeptabel.

(Beifall bei der LINKEN und bei Dr. Monika Schaal und Dr. Martin Schäfer, beide SPD)

Für Hamburg kommt hinzu, dass wir in 2009 mit einem Minus von 9,2 Prozent den größten Rückgang an neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen von allen westdeutschen Bundesländern hatten. Das wirkt sich verstärkend darauf aus, dass es erhebliche Probleme mit der Ausbildungsversorgung der Jugendlichen gibt, die in Hamburg ihren Schulabschluss erworben haben. Nun kommt der doppelte Abiturjahrgang noch hinzu. Mit dem Bologna-Prozess zog eine neue Ideologie ein. Sie lautet: schneller, schlanker, wettbewerbsfähiger.

2002 beschloss der Senat, bestehend aus CDU, Schill-Partei und FDP, unter der Verantwortung des Schulsenators Lange Hals über Kopf, das achtjährige Gymnasium einzuführen. Jetzt plötzlich tauchen Probleme in diesem Zusammenhang auf, denen keine Maßnahmen oder Lösungen des Senats gegenüberstehen. Von den 15 000 Schulabgängern in 2009 machten 6900 das Abitur. Für den Sommer 2010 wird von 20 000 Absolventen der allgemeinbildenden Schulen und 12 000 Abiturientinnen und Abiturienten ausgegangen. Die erste Konsequenz wäre gewesen, bei doppelt so vielen Abiturienten zwar nicht doppelt so viele, aber erheblich mehr Studienplätze zu schaffen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist nicht passiert. Die Wissenschaftssenatorin konzentriert alle ihre Energie auf Verlagerungspläne der Universität, die außer ihr nur noch der Oberbaudirektor Walter befürwortet. Die Ausstattung und Anpassung der Studiengänge und Studienplätze an die selbst geschaffenen erhöhten Bedarfe hat nicht stattgefunden. Das bedeutet

schlicht, dass keine Verantwortung für die Senatsbeschlüsse übernommen wurde. Es hilft überhaupt nicht, wenn Ole von Beust meint, es fiele keinem ein Zacken aus der Krone, wenn er woanders studiere, und auch gleich noch Greifswald nennt. Auf die eigene Vita reflektiert bedeutet es natürlich Wasser predigen und selbst Wein trinken. Der Vorsitzende der Elternkammer, Hans-Peter Vogeler, hielt dem Bürgermeister zu Recht entgegen, dass dieser Vorschlag eine erhebliche finanzielle Belastung der Familien und jungen Menschen zur Folge habe, die von vielen gar nicht leistbar sei. Damit würde eine weitere Hürde zur Aufnahme eines Studiums aufgebaut, die letztendlich wieder eine soziale Auslese darstelle.

Für die Jugendlichen, die nach der Schule nicht studieren wollen, finden wir Hinweise der Schulbehörde im "Ausbildungsreport Hamburg 2009" zum doppelten Abiturientenjahrgang. Darin heißt es:

"Das Thema ereilt Hamburg mit dem Abschluss des Schuljahres 2009/2010."

Ich wiederhole: ereilt. Es bricht sozusagen schicksalhaft über Hamburg herein. Was ereilt Hamburg denn eigentlich? 2010 werden sich zusätzlich circa 4500 Abiturienten im Übergang von der Schule in die Ausbildung beziehungsweise in das Studium befinden und das ist noch nicht alles. Wenn im Jahr 2011 durch den doppelten Abiturientenjahrgang in Niedersachsen circa 24 000 zusätzliche Abiturienten entlassen werden, wird sich die Konkurrenz um Ausbildungs- und Studienplätze in Hamburg noch einmal erheblich verschärfen. Frage ist, ob der Senat, die Wissenschafts- und die Bildungsbehörde das im Blick haben und was sie tun. Kritisch wird es für Schulabgänger mit einem schwachen Realschulabschluss und für die Hauptschüler. Sie sind und bleiben die Verlierer, allerdings zahlenmäßig noch viel stärker als bisher. Unter ihnen wird es wiederum die Jungen und hauptsächlich die Jungen mit Migrationshintergrund treffen.

Wir haben es also mit einer außergewöhnlich schwierigen Situation zu tun und außergewöhnliche Situationen erfordern eigentlich außergewöhnliche Maßnahmen. Aber der Senat hat die Folgen des eigenen politischen Handelns aus dem Blick verloren, er hat Eltern, Jugendliche und Lehrer allein gelassen. Der Senat hat so gut wie nichts gemacht. Wenn wir es genau betrachten, wurde zusätzlich nur ein einziges Teil gemacht. Für die Berufsorientierung in der gymnasialen Oberstufe wurde von der Behörde eine DVD herausgegeben. Diese DVD soll den Schülerinnen und Schülern der gymnasialen Oberstufe helfen, sich zu bewerben. Das ist nicht nur entschieden zu wenig, das ist gar nichts. Das neue "Rahmenkonzept für die Reform des Übergangssystems Schule – Beruf" hat keine Maßnahmen zur Folge, die den Jugendlichen des Doppeljahrgangs helfen können. Betrachtet man

(Dora Heyenn)

die Kooperation und Vernetzung zu diesem Komplex, kommt man genau zu dem gleichen Schluss: Es ist alles langfristig und jetzt wirkt gar nichts.

Die Kammern betreiben in dem Aktionsbündnis weiterhin Appellpolitik. Auch wenn sie 1130 zusätzliche Ausbildungsplätze einwerben, verbessern sie die Ausgangssituation zum Sommer 2010 nicht. Im Saldo können wir alle froh sein, wenn nicht wesentlich weniger Ausbildungsplätze angeboten werden als im vorigen Jahr. Das wird der Situation nicht gerecht, die Verantwortung kann man auch nicht nur auf die Kammern abschieben. Wenn es zu wenige Ausbildungsplätze im dualen System gibt, dann ist der Staat gefordert. Die Ausbildungsplatzkrise kann man nicht dem Markt allein überlassen, auch nicht den Eltern und auch nicht den Jugendlichen. Es ist doch absurd, erst die Schulzeit zu verkürzen, doppelt so viele Jugendliche aus der Schule zu entlassen und sie dann sich selbst zu überlassen.

Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt, um noch zu retten, was zu retten ist. Wir bitten die Bürgerschaft um Unterstützung, damit der Senat umfassende Informationen zu diesem Thema erstellt und sofortige Maßnahmen zur Milderung der schlimmsten Ungerechtigkeiten für den doppelten Abiturjahrgang auf den Weg bringt. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat sodann Herr Freistedt.

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Na, da sind wir gespannt!)

Marino Freistedt CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen in der Bürgerschaft! Fehlendes Problembewusstsein werfen Sie dem Senat vor. Dann haben Sie aber mit Sicherheit nicht mitbekommen, was sich in den letzten Wochen und Tagen zum Beispiel im Schulbereich abgespielt hat, denn das war tatsächlich eine der Aufgaben, mit denen wir uns auf den Weg zur Primarschule gemacht haben. Sie haben es selbst erwähnt,

(Dora Heyenn DIE LINKE: Aber doch nicht mit dem doppelten Abiturjahrgang!)

sagen aber gleichzeitig, der Senat habe kein Problembewusstsein. Es ist nicht richtig, das hier in einen Topf zu werfen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wir sehen es im gemeinsamen Interesse unserer Schülerinnen und Schüler, der Lehrerschaft, aber auch der Eltern als Verpflichtung an, mit der Einführung der Primarschule künftig ein verbessertes Umfeld zu schaffen, denn unser Ziel ist es, eine

bessere und gerechtere Bildung für alle Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt zu gewährleisten.

Die heutige Debatte knüpft genau daran an; sie ist angestoßen worden von der Linkspartei und widmet sich ebenfalls der Bildungssituation, aber da muss man doch etwas differenzierter urteilen. Es war eine mutige Entscheidung vonseiten der CDU im Jahr 2002, in der ersten Regierung von Ole von Beust, ein achtjähriges Gymnasium zu fordern und die erste Gesetzesinitiative in der damaligen Dreierkoalition zu beschließen. Diese Verkürzung der gymnasialen Schulzeit in Hamburg und auch im Saarland war wegweisend für viele westdeutsche Bundesländer, die zunächst intensiv auf Hamburg geblickt haben und sich später erst zu solch einem Schritt entschließen konnten. Nicht zuletzt haben wir als CDU die Arbeitsmarktchancen der Abiturienten im internationalen Maßstab im Blick gehabt. Wir wollten diese insbesondere auch in der EU verbessern, denn schon damals zeichnete sich ab, dass viele Hochschülerinnen und -schüler unserer Nachbarstaaten wesentlich jünger waren als die deutschen Universitätsstudenten. Dieses galt und gilt teilweise heute auch noch, insbesondere für die Absolventen an den Hochschulen.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Dann müssen Sie auch Plätze schaffen!)

Auch Abiturienten, die nicht den Weg zu Wissenschaft und Forschung antreten wollten, sahen sich als Auszubildende häufig jüngeren Menschen gegenüber. Wir haben den nicht leichten Weg der Verkürzung gewählt, um jungen Erwachsenen den Berufseinstieg zu erleichtern. Dieses hatten wir uns als Verpflichtung vorgenommen. Damit sind wir auch dem Drängen der Wirtschaft nachgekommen. Dies sage ich nicht einfach so, sondern ich verweise auf die Vorleistungen und unsere Reformanstrengungen, die wir im Interesse der Arbeitsplatzsicherheit, im Interesse der Universitäten und in der Hoffnung auf weitere notwendige schulische Reformen damals durchgesetzt haben. Wir sind jetzt, wenige Tage nach dem schriftlichen Abitur des doppelten Abiturjahrgangs 2009/2010, ein knappes halbes Jahr vor dem Beginn des neuen Ausbildungsjahres und weniger als acht Monate vor dem Beginn des Studiums an deutschen und ausländischen Hochschulen, Akademien und Fachhochschulen, in einer Situation, wo wir zum wiederholten Male über die Chancen und Vorteile, die Bedingungen und Konsequenzen der G8-Einführung debattieren. Dieses ist nicht unsere erste Debatte.

Die jetzigen Abiturienten haben an ihren Schulen in den letzten Jahren sicherlich einige Veränderungen miterleben müssen. Den G8-Schülerinnen und -schülern haben wir zusätzliche Kurse angeboten, um mit ihren ein Jahr älteren Mitschülern ohne Nachteile mithalten zu können. Ihnen, aber insbesondere auch den vielen Lehrkräften und beson-

(Marino Freistedt)

ders den Mittel- und Oberstufenkoordinatoren sowie den übrigen Schulleitungsmitgliedern sei von dieser Stelle noch einmal herzlich gedankt für diese Riesenaufgabe, der sie sich in den letzten Jahren gestellt haben.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Eltern haben sich vielfach für die Belange ihrer Kinder eingesetzt und die damalige Behördenleitung hat ebenso wie die jetzige Behördenleitung einen großen Strauß von Fragen und Antworten bewältigen müssen. Ich danke beiden Behördenleitungen für diesen nicht immer leichten Einsatz.

Seit 2002 bereiten sich Staat, Wirtschaft und Wissenschaft auf den in diesem und wahrscheinlich auch in den nächsten Jahren noch anhaltenden stärkeren Zugang zu Ausbildungs- und Studienplätzen gewissenhaft vor. Das vom Ersten Bürgermeister initiierte Aktionsbündnis Bildung und Beschäftigung umfasst die Agentur für Arbeit, die Kammern, also auch Handwerkskammer und Handelskammer, die Sie eben indirekt gescholten haben, den Unternehmensverband Nord, Gewerkschaften sowie drei Behörden, die BSB, die Behörde für Wissenschaft und Forschung sowie die Behörde für Wirtschaft und Arbeit. In vielen Gesprächen mit Vertretern der Behörden und insbesondere der Kammern konnten wir uns davon überzeugen, dass nicht nur das Problembewusstsein vorhanden war, sondern auch aktiv an der Bewältigung des Auftrags gearbeitet wurde, mehr Plätze in Studium und Ausbildung zu schaffen.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das stimmt nicht!)

Die Freie und Hansestadt Hamburg geht mit gutem Beispiel voran. 250 zusätzliche Ausbildungsplätze stehen im öffentlichen Dienst zur Verfügung. 1000 zusätzliche Plätze werden in der Hamburger Wirtschaft durch Aktivitäten der Handelskammer angeworben, 400 Plätze sind schon fest angeworben worden. Das erfolgreiche duale Bildungsangebot der Handwerkskammer stellt zusätzlich in diesem Jahr allein 100 duale Ausbildungsplätze zur Verfügung. Zum Beispiel ist ein Betriebswirtschaftsstudium in Verbindung mit einem attraktiven Berufsabschluss nach Handwerksordnung sicherlich für Hamburg eine zukunftssichere Sache. Über 2600 Ausbildungsplätze werden auf der Ausbildungsmesse EINSTIEG in dieser Woche angeboten. Gehen Sie doch da gerne hin und schauen sich die Angebote an.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Ich brauche keinen Ausbildungsplatz!)

– Habe ich das gerade richtig gehört? Sie wollten keine Ausbildungsplätze haben? Gehen Sie dahin und überzeugen sich, dass diese Angebote tatsächlich gemacht werden, anstatt sich hier hinzu-

stellen und zu sagen, es gebe keine. Das stimmt doch nicht.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und der GAL – Dora Heyenn DIE LINKE: Das reicht doch nicht!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Hochschulpakt I haben sich die Universitäten Hamburgs verpflichtet, 1200 zusätzliche Studienplätze einzurichten. Ebenfalls werden Hochschulen benachbarter Bundesländer infolge dieses Hochschulpaktes I ihr Studienangebot vergrößern. Dort wird erst in späteren Jahren mit einem Anwachsen des Studentenberges gerechnet. Damit steigen in diesem Jahr die Chancen, einen Studienplatz nicht nur in Hamburg, sondern auch in den anderen Bundesländern zu finden. Allerdings möchte ich es hier nicht versäumen, auch das Engagement der Hochschulen zu loben und sie nachdrücklich zu ermuntern, weiterhin Studienplätze, übrigens natürlich auch insbesondere im Bachelor-Bereich, zu schaffen. Dieses gilt, lassen Sie mich das auch offen bekennen, für das Lehramtsstudium. Auch hier haben wir jetzt gehört, dass es positive Ansätze gegeben wird.

Ich darf noch etwas sagen zu Ihrer Bemerkung eben, dass nur in Hamburg zu wenig Plätze für die ansässigen Studenten bereitstünden. Wir hatten in den Flächenländern Deutschlands schon immer das Problem, dass dort Studienplätze gesucht wurden. Und die Leute in den entsprechenden Flächenländern haben sich aufgemacht und sind zu den Universitäten hingezogen. Warum soll das für Hamburg nicht gelten?

(Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Heyenn?

Marino Freistedt CDU: Ja.

Zwischenfrage von Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Freistedt, im Jahre 2010 werden zusätzlich 4500 Abiturienten aus der Schule entlassen. Glauben Sie, dass diese 250 Ausbildungsplätze in der Behörde und die 1200 zusätzlichen Studienplätze an der Universität, die Sie aufgezählt haben, wirklich reichen, um die Jugendlichen mit einem Studienplatz oder einem Ausbildungsplatz zu versorgen?

Marino Freistedt (fortfahrend): Frau Heyenn, darf ich Ihnen mitteilen, dass die bisherige durchschnittliche Quote der Abiturienten, die direkt nach dem Abitur studieren, nicht 100 Prozent beträgt,

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das habe ich auch nicht gesagt! – Mehmet Yildiz DIE LINKE: Sie haben die Frage nicht verstanden!)

(Marino Freistedt)

sondern bei 30 bis 40 Prozent liegt. Insofern gibt es in Hamburg und den benachbarten Bundesländern sicherlich genügend Studienplätze. Ich stehe auch zu dem Wort des Ersten Bürgermeisters, dass es natürlich auch Situationen geben wird, dass Hamburger Studenten in benachbarte Länder gehen müssen. Aber das machen die in den Flächenländern, in Rheinland-Pfalz oder in Bayern, auch; die haben doch nicht in jedem Dorf eine Universität. Also das ist für Studenten, für Anfänger, durchaus zumutbar.

(Zuruf von *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Vielleicht können Sie sich gleich noch einmal melden, dann können wir eine angeregte Diskussion führen und wir werden sicherlich auch an anderer Stelle noch einmal diskutieren.

Die medizinischen Fakultäten, um darauf noch einmal zurückzukommen, werden sehr gut von Hamburg unterstützt. Ärztliche Studiengänge werden ebenfalls benötigt, daneben aber auch die Ausbildung im Kranken- und Pflegebereich. Auch private Anbieter im Pflegebereich sollten sich an den Anstrengungen der Kliniken, die in der öffentlichen Hand sind, ein Beispiel nehmen und jetzt und in den nächsten Jahren Ausbildungsplätze einrichten. Denn hier schaffen wir für Berufseinsteiger, also auch für unsere Schülerinnen und Schüler, die einen mittleren Bildungsabschluss haben oder zunächst keinen Hochschulabschluss anstreben, Plätze. Uns sind diese Jugendlichen ebenso wichtig wie diejenigen, die direkt ein Studium aufnehmen.

Lassen Sie mich noch einen Blick auf die Jugendlichen werfen, denen unsere ganze Aufmerksamkeit gehören muss: benachteiligte Jugendliche ohne Ausbildungsplatz. Diesen Jugendlichen bieten wir, obwohl sie keinen oder nur einen schwachen Schulabschluss haben und bisher nicht vermittelt werden konnten, in einem Extraprogramm 500 außerbetriebliche Ausbildungsplätze bei Bildungsträgern an. Weitere 100 werden zusätzlich ganz bewusst in der Altenpflege geschaffen. Kein Abschluss ohne Anschluss, mit dieser Devise startete vor einigen Jahren die Schulbehörde die grundlegende Erneuerung der beruflichen und der allgemeinen Bildung. Die jetzige Regierung setzt diesen Gedanken um.

Sehr viel Geld fließt in diese schulischen und außerschulischen sowie betrieblichen und wissenschaftsorientierten Bildungsgänge. Die aktuelle Diskussion ist ein beredtes Zeugnis für den Einsatz im Sinne einer guten Allgemeinbildung. Wir lassen unsere Abiturienten nicht allein. Engagement ist gefragt, es wird eingefordert und die Absolventen unserer Gymnasien sind bereit, mit ihrem Wissen und Können, mit ihren Hoffnungen und Möglichkeiten, einen guten Start in ein neues Leben zu beginnen. Hamburg gestaltet dieses aktiv mit. Die Regierung aus CDU und GAL ist auch in dieser

Frage gut aufgestellt. Reden wir die Situation nicht schlecht, sondern setzen wir uns alle dafür ein, in einen intensiven Dialog mit der Wirtschaft einzutreten, verteufeln wir diese nicht. Die Arbeitsplätze für Migranten, für Schulabgänger aus schwierigen sozialen Verhältnissen sind uns wichtig und die können nur dort geschaffen werden. Legen wir im Interesse unserer Jugendlichen ideologische Scheuklappen ab und arbeiten wir gemeinsam mit der Wirtschaft, der Wissenschaft und dem Senat an der Förderung von Arbeits- und Studienplätzen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Rabe.

Ties Rabe SPD:* Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte zeigt eigentlich, wo das Problem der Schulpolitik liegt. Wir hören eine große Absicht und einen großen Gedanken, Beschleunigung und so weiter, aber die Antwort, die Frau Heyenn auf ihre einfache Nachfrage erhielt, wie das funktioniert, war beschämend. Da waren fast alle Darstellungen von Marino Freistedt zum Glück im Futur formuliert: wir werden, wir wollen, wir sollten und wir könnten. Aber was passiert wirklich?

(Zuruf von *Dr. Eva Gümbel GAL*)

Genau diese Verkürzung der Schulzeit an den Gymnasien ist ein Musterbeispiel für die Probleme der Schulpolitik und sie zeigt, warum Eltern misstrauisch werden, wenn sie nur das Wort Schulreform hören, und sie haben recht. Da beginnen wir eine Reform und arbeiten eigentlich nach dem Motto "learning by doing". Erst einmal fängt man an und dann wird während des Prozesses gemerkt, dass da etwas nicht funktioniert, man habe keine Kantinen, die müssten irgendwie gebaut werden. Das mit den Stundeleinen klappt nicht, da müsse etwas getan werden. Dann kommt 2007 ein Brief hinterher, man hätte jetzt – Klammer auf: nach fünf Jahren – festgestellt, dass es doch sehr anstrengend sei an den Schulen. Es wird empfohlen, die Pausen etwas zu verlängern. Dazu kam noch der Ratschlag, Doppelstunden einzuführen. Ein typisches Gebastel: Man beginnt mit großen Worten, dann klappt nichts, keiner kümmert sich darum und dann wird erst im Prozess nachgesteuert.

Eigentlich war schon 2002 klar: Irgendwann werden diese Kinder alle aus der Schule kommen. Wer hätte das gedacht? Vermutlich sind es 20 000 Schülerinnen und Schüler, die in diesem Sommer die Schule verlassen, davon vermutlich bis zu 13 000 Abiturienten. Glauben Sie nicht die Zahl, Frau Heyenn, von 12 100, die die Schulbehörde geschrieben hat. Drei weitere kleine Anfragen haben die Zahl schon auf 13 000 hochgetrieben und wenn wir weitermachen, werden wir noch mehr fin-

(Ties Rabe)

den, die Schulbehörde muss nur suchen. Das wissen diese 20 000 Schülerinnen und Schüler vermutlich schon seit acht Jahren und ihre 40 000 Eltern auch. Wer das nicht wusste, waren offensichtlich die Schulbehörde und die Schulsenatoren, denen fiel das nicht von selbst auf.

Im letzten Jahr begann eine Debatte, die auch die SPD mit angeschoben hat.

(Egbert von Frankenberg CDU: Das ist doch Legendenbildung, das stimmt doch gar nicht!)

Wir hatten eine Kleine Anfrage gestellt und gefragt, was Sie denn eigentlich taten. Die Antwort auf die Kleine Anfrage war in der Tat verheerend. Frau Heyenn, Sie haben das schön dargestellt, es war tatsächlich bei den konkret benannten Maßnahmen erwähnt worden, dass es jetzt einen Power-Point-Vortrag gäbe für die Schulen, in dem über die umfangreichen Berufsmöglichkeiten der Schüler informiert werden sollte. Das war die einzige richtig greifbare Maßnahme. Wir haben noch einmal nachgefragt, wie es eigentlich mit den Studienplätzen sei. 2004 gab es in Hamburg für Studienanfänger 10 928 Studienplätze. 2009, fünf Jahre später, 319 mehr, das sind 11 247 – alles Zahlen der Wissenschafts- und Schulbehörde.

Aber in diesen fünf Jahren, in denen 319 Studienplätze mehr geschaffen worden sind, stieg allein die Zahl der Hamburger Abiturienten um 1400, und zwar ohne G8 und doppeltem Abiturjahrgang, einfach deswegen, weil wir ständig mehr Abiturienten haben. Da soll mir keiner erzählen, dass da irgendwas gewachsen sei, ganz im Gegenteil treffen die Abiturienten auf weniger Studienplätze als ihre Kolleginnen und Kollegen noch vor fünf Jahren.

(Egbert von Frankenberg CDU: Das stimmt doch alles nicht!)

Das alles muss man sich dabei einmal ansehen.

Was wird dann empfohlen? Es war darauf hingewiesen worden, Greifswald. Ich habe das Unvergnügen als Vater von drei Kindern, mein erstes Kind jetzt zu finanzieren, es studiert in Kiel, muss ja sein. Wenn man sich das ausrechnet, heißt das 20 000 Euro pro Nase, wenn jemand fünf Jahre studiert.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Damit kommst du nicht aus!)

Ich vermisste ein wenig eine Broschüre aus der Schulbehörde, die den Eltern empfiehlt, wie sie diese 20 000 Euro erübrigen sollen, statt des Ratsschlags, dass die Kinder doch in Greifswald, Bayern oder Thüringen studieren sollten. Ich glaube, das sind keine ernsthaften Auswege.

Die SPD hat deshalb im Juli letzten Jahres einen Antrag gestellt, es müsse mehr Studienplätze und mehr Ausbildungsplätze geben und man müsse

prüfen, ob die Abiturprüfungen nicht entzerrt werden könnten – also ein ganzes Bündel von Maßnahmen. Was haben der Senat und die Regierungsfractionen gemacht? Sie haben den Antrag abgelehnt, das konnte man beinahe schon erwarten.

Wenn man wenigstens etwas getan hätte. Nach einer Weile traf man sich mit der Handelskammer und sagte, man wolle jetzt zusammen 1130 Ausbildungsplätze auf den Weg bringen. 5000 neue Abiturienten gegenüber 1130 Ausbildungsplätzen – man hat bei diesen Rechenkunststücken schon den Eindruck, dass auch einige Planer in der Schulbehörde zu kurz zur Schule gegangen sind.

Dass sich die Wirtschaft über ein Überangebot an Ausbildungssuchenden jetzt freut, ist kein Wunder. Aber besser wäre es gewesen, wenn die Abiturienten sich darauf gefreut hätten, dass sie jetzt die Schule verlassen und in Hamburg eine Perspektive finden. Noch besser wäre es, wenn nicht nur die Abiturienten sich freuen könnten, sondern wenn vor allem die anderen Schülerinnen und Schüler sich freuen würden, denn die wahren Leidtragenden des doppelten Abiturjahrgangs sind vermutlich die Haupt- und Realschüler in Hamburg. Sie werden nämlich jetzt – darauf hat Frau Heyenn richtig hingewiesen – auf die Konkurrenz bei der Ausbildungsplatzsuche treffen und das ist eine Konkurrenz, der sie kaum gewachsen sind. Sie sind diejenigen, die jetzt in den Warteschleifen oder in der Arbeitslosigkeit landen und um ihre Zukunft bangen müssen. Das weiß die Schulbehörde auch. Auf besagte Kleine Anfrage – übrigens nachzulesen in der Drucksache 19/3162 – und die Frage, was denn die Schulbehörde sonst noch für Maßnahmen auf den Weg gebracht habe, um diesem doppelten Abiturjahrgang gerecht zu werden, heißt es zu den Berufsschulen:

"Hierfür stehen im beruflichen Schulwesen Vollzeitbildungsgänge zur Erlangung von beruflichen Teilqualifizierungen [...] zur Verfügung."

Im Schuljargon ist das vielleicht unverständlich, aber genau das ist eine der beruflichen Warteschleifen, die wir seit einem Jahr geißeln und immer sagen, das dürfe nicht sein, das solle abgeschafft werden.

Es ist besonders spannend, dass gerade diese empfohlene Maßnahme bei der Konsolidierungsberatung des Senats genannt wird als ein Bereich, der eingespart werden solle, und zwar nicht irgendwann in weiter Ferne, sondern genau jetzt, wo der doppelte Abiturjahrgang kommt, werden beispielsweise im Berufsvorbereitungsjahr 170 Plätze gestrichen. Da kommt der Abiturjahrgang, es setzt der Verdrängungsprozess ein und Sie streichen. Da muss man ehrlicherweise sagen, dass man diese Planung beim besten Willen nicht mehr Planung nennen kann, dazu ist sie zu chaotisch. Wer wis-

(Ties Rabe)

sen will, warum Eltern und Schüler sich beim Wort Schulreform in Hamburg mittlerweile ängstlich abwenden, der muss sich diese Geschichte des doppelten Abiturjahrgangs ansehen.

DIE LINKE fordert nun, dass der Senat über seine Aktivitäten Rechenschaft ablegen soll. Das unterstützen wir selbstverständlich. Es kann nicht schaden, auch wenn eine ehrliche Antwort über diese Rechenschaften vermutlich auf eine halbe Seite passen würde. Sinnvoller wäre es aber gewesen, wenn der Senat wirklich etwas Konkretes unternehmen hätte, um Hamburgs Schülerinnen und Schülern eine Zukunft zu geben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Herr Gwosdz.

Michael Gwosdz GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Heyenn, Herr Rabe, Sie haben jetzt große Worte darüber geschwungen, dass es kein Problembewusstsein aufseiten des Senats und der schwarz-grünen Koalition gäbe, insbesondere kein Problembewusstsein, sagten Sie, Frau Heyenn, für das Unsicherheitssystem der Warteschleifen.

(Zuruf von Dora Heyenn DIE LINKE)

Wir hätten das angeblich nicht im Blick. Sie haben da sehr weit ausgeholt, nicht nur bezogen auf den doppelten Abiturjahrgang, sondern Sie haben generell gesagt, für das Unsicherheitssystem der Warteschleifen gäbe es kein Problembewusstsein. Sie wissen genau, dass wir als einen der ganz wesentlichen Bestandteile unserer Schulreform auch die Reform des Übergangssystems von der Schule in den Beruf im Blick haben. Das Konzept ist bereits verabschiedet, die Umsetzung läuft gerade.

Es gibt Ziele wie die Erhöhung der Bildungsbeteiligung, die Lernerfolge und die Ausbildungsreife zu verbessern und die Übergänge von Schule in den Beruf mehr zu vernetzen.

Nur noch kurz ein paar Stichworte, weil wir es schon häufiger im Schulausschuss diskutiert haben. Es gibt Konzepte für eine nachhaltigere und bessere Berufsorientierung, eine Fokussierung der Angebote auf Jugendliche ohne hinreichende Qualifikationen. Ein ganz wesentliches Element, damit die Warteschleifen keine verschwendete Lebenszeit sind, ist auch die Einführung von anrechnungsfähigen Qualifikationen. Das alles ist in der Mache und es wirkt sich in dieser Situation auf den doppelten Abiturjahrgang aus.

Sie formulieren außerdem, dass acht Jahre vergangen seien und wir jetzt angeblich eine Situation hätten, in der das völlig überraschend mit dem doppelten Abiturjahrgang käme.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Ereilt!)

– Ereilt ist eine interessante Formulierung, aber völlig überraschend ist Unsinn.

Klar wissen wir seit acht Jahren, dass dieser doppelte Abiturjahrgang kommt, aus unterschiedlichen Sichtweisen; beim Kollegen Freistedt aus der Sichtweise der Regierung, bei uns ein paar Jahre aus der Sichtweise der Opposition. Wir wissen natürlich auch, dass es rund 5000 Abiturientinnen und Abiturienten mehr gibt. Nur weil Senatorinnen und Senatoren wie Gedaschko, Goetsch und Gundelach ohne großes Getue Hamburg auf diese Situation vorbereiten, heißt das noch lange nicht, dass es kein Problembewusstsein gibt und nichts geschieht.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Was geschieht denn?)

Eigentlich hat Marino Freistedt auch schon einiges von dem erwähnt, was jetzt geschieht.

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Nö!)

Aber ich wiederhole es gern noch einmal: Es wird seit langem daran gearbeitet, Rahmenbedingungen in Hamburg zu schaffen, um dem erhöhten Bedarf an Ausbildungsplätzen für den doppelten Abiturjahrgang zu kompensieren. Es gibt das Aktionsbündnis "Bildung und Beschäftigung", die Mitglieder erwähne ich nicht mehr. Wir haben ungefähr 5200 Abiturientinnen und Abiturienten mehr zu erwarten, es werden allein 1300 zusätzliche Ausbildungsplätze im Bereich der Handelskammer geschaffen, es werden 250 Ausbildungsplätze bei der Stadt geschaffen. Es gibt 100 zusätzliche Angebote im dualen Bildungsangebot, beim Bachelor, bei der Handwerkskammer. 400 dieser zusätzlichen Ausbildungsplätze hat die Handelskammer bereits eingeworben. Und auf die Messe nächste Woche mit den 2600 Ausbildungsplatzangeboten hat Marino Freistedt schon verwiesen. Das alles sind Maßnahmen, die bereits greifen und die zeigen, dass daran gearbeitet wird.

Ein weiterer Punkt, den Sie in Ihrem Antrag fordern zur Vorbereitung auf die Situation: Sie möchten eine Studien- und Ausbildungsplatzbilanz, in der auch das Nachfragepotenzial nach den Studienplätzen aus den fünf norddeutschen Ländern abgefragt werden soll. So etwas lässt sich allerdings nicht beziffern, weil sich die Abgänger mehrfach auf unterschiedliche Studienplätze bewerben, weil wir gleichzeitig in Hamburg Bewerbungen aus anderen Bundesländern, auch aus Süddeutschland, haben. Deswegen ist so eine Bilanz erst einmal gar nicht möglich.

In Bezug auf das Studium in Hamburg steigt die Zahl der Studienanfängerplätze stetig seit 2005/2006 um rund 1000 Plätze. Diese zusätzlichen Bedarfe an Studienplätzen, die wegen des doppelten Abiturjahrgangs entstehen, sind bereits durch den Hochschulpakt 2020 abgedeckt, allerdings bundesweit, denn Sie wissen, dass auch andere Bun-

(Michael Gwosdz)

desländer mit dem doppelten Abiturjahrgang folgen. Deswegen ist es auch eine Aufgabe, der sich alle Bundesländer gemeinsam stellen und nicht Hamburg allein. Die Universitäten und Hochschulen in Hamburg planen auch, zum nächsten Studienjahr 2010/2011 800 weitere Studienanfänger aufzunehmen. In der Laufzeit von 2011 bis 2015 wird es dann in der Summe rund 4400 zusätzliche Studienanfänger im ersten Hochschulemester an Hamburgs Universitäten geben, wenn sie sich denn bewerben. Insofern werden die äußeren Rahmenbedingungen für die Aufnahme des Studiums verbessert.

Ein Punkt, der sehr wichtig ist und immer ignoriert wird und vielleicht auch ein Hintergrund dieser Diskussion ist, ist die Frage, ob man denn unbedingt in Hamburg studieren muss oder eventuell auch in andere Städte gehen kann. Ich selbst habe das auch gemacht, sonst wäre ich nicht in Hamburg. Wir haben gar keine Möglichkeit, Hochschulzugangsberechtigungen nach einer Landeskinder-Regel zu vergeben. Wir können mehr Studienplätze in Hamburg schaffen und dann können sich natürlich auch Hamburgerinnen und Hamburger darauf bewerben, aber es wäre verfassungswidrig, wenn wir die Hamburger Abiturientinnen und Abiturienten bevorzugen würden. Die Studienplätze werden nach Leistung vergeben und so ist das auch in der Vergangenheit gewesen. Von 9812 Studienanfängerinnen in Hamburg im Jahr 2008 waren es ganze 3721 Studienanfängerinnen, die ihre Hochschulzugangsberechtigung auch hier in Hamburg erworben haben. Das zeigt umgekehrt übrigens auch, dass hohe Mobilität – es sind über 6000 Menschen aus anderen Städten – bei Studierenden völlig selbstverständlich ist und nicht irgendetwas Obskures, das man hier als diffuses, abstruses Argument diffamieren müsste.

(Dr. Monika Schaal SPD: Braucht man bloß das nötige Kleingeld!)

– Man kann auch durchaus arbeiten. Ich hatte auch keine Unterstützung und bin nach Hamburg gegangen. Ich habe hier gearbeitet und mir das Studium in Hamburg selbst finanziert; das ist eine Möglichkeit.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Dora Heyenn DIE LINKE: Bei Bachelor und Master wollen Sie noch arbeiten?)

Ich gebe zu, dass dies damals allerdings unter anderen Studienbedingungen gewesen ist; mit einem Diplomstudiengang hat man mehr Möglichkeiten. Darüber müssen wir natürlich nachdenken bei der Verbesserung der Konsequenzen, die aus der Einführung der Reform des Bachelor- und Master-Studiensystems gezogen werden, nämlich dass es durchaus möglich sein soll, dass Studierende sich nicht nur 60, 70 Stunden in der Universität mit dem Studium beschäftigen, sondern auch die Chance haben, andere Erfahrungen zu sammeln.

Ein weiterer Punkt, auf den Marino Freistedt noch nicht eingegangen ist, ist Ihre Forderung, zusätzliche Wohnheimplätze zu schaffen. Das ist in der Argumentation und Logik sehr interessant, denn Sie fordern auch zusätzliche Maßnahmen für die Hamburger Abiturienten, den doppelten Abiturjahrgang hier. Sie kritisieren gleichzeitig Hinweise darauf, dass für das Studium das gesamte Bundesgebiet zur Verfügung stehe. Wenn nun die Forderung lautet, die Hamburgerinnen und Hamburger sollten hier studieren, warum dann eigentlich zusätzliche Wohnheimplätze für sie?

(Dora Heyenn DIE LINKE: 2011 kommt Niedersachsen!)

– Genau, Niedersachsen kommt.

Es ist aber der Bürgerschaft auch schon mitgeteilt worden in einer Antwort auf eine Große Anfrage, dass es unter anderem einen Neubau durch das Studentenwerk von rund 500 Plätzen in Studentenwohnanlagen gibt. Es haben auch weitere private Investoren Anträge gestellt für zusätzliche Studentenwohnungen und insofern gibt es auch ein steigendes Angebot an Studentenwohnheimplätzen in Hamburg. Gleichzeitig allerdings, das ist auch Fakt, ist so eine Investition in Studentenwohnheime langfristig, Vorfinanzierung, Planung und Bau dauern Jahre. Also kann man aus der heutigen Situation heraus natürlich nicht für den doppelten Abiturjahrgang, der in diesem Herbst möglicherweise das Studium aufnimmt, noch in diesem Bereich reagieren.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Greifswald!)

Zusätzliche Plätze sind geschaffen worden und im Bau, in Bezug auf den jetzigen doppelten Abiturjahrgang hilft dies allerdings wenig.

Ein weiterer Punkt aus Ihrem Antrag ist die Frage nach möglichen Planungen des Senats zur Entlastung der Eltern für den Fall, dass ein Kind auswärts ein Studium beziehungsweise eine Ausbildung aufnimmt. Hier muss man darauf verweisen, dass Studienfinanzierung wie BAföG eine Zuständigkeit des Bundes ist und keine Hamburger Regelung.

Was ich überhaupt nicht verstehe, ist Ihre Forderung nach ausgewiesenen zusätzlichen Ausgaben für den doppelten Abiturientenjahrgang, weil ich nämlich insgesamt die Logik des Antrags nicht verstanden habe. Ich kann aus Ihrer Begründung noch ein wenig nachvollziehen, dass es einen Bericht geben solle, der sich an die Öffentlichkeit wendet, um zu informieren. Wenn man die Punkte aus dem Antrag durchliest, fragt man sich, warum er nicht "Große Anfrage" titulierte ist, denn letztendlich stellen Sie nur Fragen. Gut, vielleicht ist es richtig in einem Bericht für die Öffentlichkeit, nur was nützt es ihr, wenn detailliert nachgewiesen wird, wo, aus welchem Haushaltstitel eventuell eine Maßnahme ergriffen und finanziert wird.

(Michael Gwosdz)

Ein sehr wichtiges Argument in der Debatte ist, dass der doppelte Abiturjahrgang zu einem Verdrängungswettbewerb nach unten führe. Um dem und um dem demografischen Wandel zu begegnen, um Hamburg generell besser vorzubereiten, unternimmt man aber eine Vielzahl von Anstrengungen, die auch dem doppelten Abiturjahrgang zugute kommen, aber eben nicht nur seinetwegen unternommen werden, wie zum Beispiel die Reform des Übergangssystems. Insofern kann man nicht trennscharf sagen, welcher Cent exakt im Haushalt ausgegeben wird im Hinblick auf einen doppelten Abiturjahrgang oder generell, um den Schülerinnen und Schülern ihre Chancen bei der Suche nach einem Studien- oder Ausbildungsplatz zu verbessern.

Wir arbeiten grundlegend und nachhaltig an einer Neuausrichtung des Übergangssystems zwischen Schule und Beruf und verringern die Warteschleifen. Wir schaffen Ausbildungsperspektiven, kein Abschluss ohne Anschluss. Wir reagieren auf den Verdrängungswettbewerb nach unten, der generell existiert und nicht erst eine Erscheinung des Doppeljahrgangs ist.

Schülerinnen und Schüler, die noch keinen Ausbildungsplatz haben...

(Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Erlauben Sie eine Zwischenfrage von Frau Heyenn?

Michael Gwosdz GAL: Erlaube ich.

Zwischenfrage von Dora Heyenn DIE LINKE:* Sie haben eben darauf hingewiesen, dass der Senat die Chancen für die Auszubildenden erhöhen will. Ich habe hier ganz frisch von der Bundesagentur für Arbeit die aktuelle Bilanz. Hier steht, dass von 2008 bis 2009 in Hamburg 1366 weniger Ausbildungsverträge geschlossen wurden. Sie haben darauf hingewiesen, ich habe auch darauf hingewiesen, ebenso Herr Rabe, dass die Kammern sich bemühen, 1120...

(Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Frau Heyenn, Sie wollten eine Frage stellen.

Dora Heyenn DIE LINKE: Nach der neuen Geschäftsordnung darf ich so etwas sagen.

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Dann ist es aber eine Bemerkung.

Dora Heyenn (fortfahrend): Sind Sie wirklich der Meinung, wenn unter dem Strich weniger Ausbil-

dungsplätze dabei herauskommen als 2008, dass das eine Verbesserung der Chancen beim doppelten Abiturjahrgang ist?

Michael Gwosdz (fortfahrend): Wenn die Kammern, wie schon mehrfach referiert, 1300 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, dann verbessert sich die Situation natürlich für die Jugendlichen, die dieses Jahr auf den Markt kommen, wenn es über 1000 zusätzliche Ausbildungsplätze gibt. Es verbessern sich natürlich die Chancen, wenn 800 zusätzliche Studienplätze geschaffen werden und es verbessern sich natürlich die Chancen für die Jugendlichen, die jetzt im Herbst auf den Markt kommen, wenn 250 Ausbildungsplätze zusätzlich beim Senat und in den Behörden geschaffen werden. Das ist völlig selbstverständlich.

Zusätzlich mit dem Sofortprogramm des Senats werden außerdem weitere 500 außerbetriebliche Ausbildungsplätze bei Bildungsträgern gefördert, um gerade den besonders von Verdrängung bedrohten schwächeren Jugendlichen mehr Chancen zu geben. Es wurden auch bereits die weiteren 100 schulischen Ausbildungsplätze erwähnt, die in der Altenpflege geschaffen wurden. Nicht zuletzt auch eine Maßnahme, die für zusätzliche Plätze gerade bei den schwächeren Jugendlichen sorgt, ist der stete Ausbau der Produktionsschulen, in denen wir 500 weitere Plätze schaffen werden.

Insofern sind wir dabei, die Rahmenbedingungen zu schaffen, um allen Jugendlichen, unabhängig von ihren Schulabschlüssen, eine berufliche Zukunft zu ermöglichen und dem Verdrängungswettbewerb, den Sie zu Recht anmahnen, entgegenzuwirken, denn schließlich braucht Hamburg alle Talente und auch die des doppelten Abiturjahrgangs. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Bevor ich Herrn Dr. Bischoff das Wort erteile, eine Bitte. Wenn Sie eine Zwischenfrage stellen wollen oder eine Bemerkung, dann machen Sie das bitte beim Aufruf deutlich.

Ich darf um Entschuldigung bitten, Frau Heyenn, es war nicht deutlich geworden, dass Sie eine Bemerkung machen wollten und keine Frage stellen. Kommen wir uns da nicht in die Quere, aber eines von beiden geht nur, oder man macht eines nach dem anderen. Dies nur, um künftigen Missverständnissen vorzubeugen, wir wollen hier keine Unlustgefühle aufkommen lassen. – Das Wort hat Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Gwosdz und Herr Freistedt, Sie haben sehr gründlich ausgeholt und uns noch einmal die ganze Geschichte der

(Dr. Joachim Bischoff)

Verkürzung der Ausbildung an den Gymnasien vorgestellt. Das war aber nicht unser Problem. Auch wenn Sie das jetzt vielleicht so unterstellt haben, es war wirklich in diesem Zusammenhang nicht unser Problem, alles schlechtreden zu wollen. Dieser Antrag ist nicht so umfangreich, wie kommen Sie immer auf Ihre Schlussfolgerungen?

(Marino Freistedt CDU: Dann loben Sie doch mehr!)

– Warum muss ich loben?

In diesem Antrag, Herr Freistedt, geht es schlicht und einfach darum, wie man es im Einzelnen beurteilt; das werden Sie und Herr Gwosdz doch nicht abstreiten können. Schon seit einigen Jahren, ohne das Problem des doppelten Abiturjahrgangs, gelingt einem beträchtlichen Teil der Jugendlichen der Übergang in Ausbildung, Beruf und Studium nur mit deutlicher Unterstützung durch öffentliche Förderung.

(Michael Gwosdz GAL: Und deshalb reformieren wir das System!)

– Ich finde es gut, dass Sie das noch einmal gesagt haben. Sie haben gesagt, Sie arbeiteten nachhaltig und grundlegend daran.

Wir haben von Beginn an immer wieder gesagt, dass wir das auch unterstützen. Sie werden nirgendwo finden, dass wir sagen, Sie sollten die Reform der schulischen Ausbildungsvorbereitung bleiben lassen. Wir wollen natürlich gern mitreden und sehen, auf welche Art Sie das gestalten. Wir wollten von Beginn an gern von Ihnen sehen, dass Sie das Problem des doppelten Abiturjahrgangs in diese grundlegende Arbeit mit einbeziehen. Wir haben einen Konsens, dass einiges im Argen ist in diesem Übergangsfeld, das wird durch den doppelten Abiturjahrgang unbestreitbar noch etwas schwieriger werden. Jetzt sagen Sie, Sie arbeiteten nachhaltig an der Verbesserung. Den Antrag sollte man im Schulausschuss und im Wissenschaftsausschuss noch einmal beraten, um sich verständigen zu können. Es geht darum, dass wir bereit sind, dies mit Ihnen mitzutragen und nicht nur, wie Herr Rabe zu Recht sagte, alles immer durch Kleine oder Große Anfragen abfragen zu wollen. Wir möchten gern von Ihnen zwei Punkte wissen, Herr Gwosdz oder Herr Freistedt.

Der erste Punkt: Kann man noch irgendetwas machen, um die Probleme zu kompensieren, die mit dem doppelten Abiturjahrgang auf die Stadt und die verschiedenen Bereiche zukommen. Das ist ein ganz normaler, vernünftiger Aspekt, den man über eine Ausschussberatung vorbereiten kann.

Der zweite Punkt: Hier bin ich sehr misstrauisch, denn um diese grundlegende Erweiterung und Reform des Übergangs von Ausbildung zum Beruf zu schaffen, müssten wir doch verlässliche Zahlen bekommen. Das heißt, wir können nicht immer nur

durch erneute Kleine Anfragen versuchen, neue Zahlen zu bekommen. Zu Recht hat meines Erachtens der Rechnungshof festgestellt, um den Übergang von Schülerinnen und Schülern aus dem schulischen System bewerten zu können, würden Daten benötigt, die valide, vollständig und vergleichbar sind. Die Behörde für Schule und Berufsbildung ist leider momentan nicht in der Lage, diesen Anforderungen Rechnung zu tragen. Es ist ein einfaches ökonomisches Einmaleins. Wenn ich nicht genau frage, wo die Leute nachher hingehen, wo sie verbleiben – bei einem Drittel weiß die Behörde das einfach nicht –, dann kann man die Mittel, die in diesem Bereich eingesetzt werden, eben nicht effizient einsetzen.

Um diese beiden Punkte geht es, ob man jetzt noch zusätzlich kurzfristig etwas machen kann und ob man endlich zu verlässlichen Daten kommen kann, um das mit kritischer Sichtweise ein Stück voranzubringen. Deshalb bitten wir Sie, diesen Antrag an den Schulausschuss und den Wissenschaftsausschuss zu überweisen. Dann können wir sehen, ob wir dann ein Stück weiterkommen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Herr Dr. Bischoff, habe ich das richtig verstanden, dass Sie den Antrag federführend an den Schulausschuss und mitberatend an den Wissenschaftsausschuss überweisen möchten? Dann werden wir das nachher zur Abstimmung stellen. Dieser Antrag ist gestellt – dies zur Kenntnis aller Fraktionen.

Das Wort hat Herr Lemke.

Dittmar Lemke CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! In dieser zweiten Runde muss es noch einmal darum gehen, einige Punkte zurechtzurücken, die gesagt wurden. Ich fange bei Frau Heyenn an; ich fand es ein bisschen gespenstisch, wie Sie das dargestellt haben. Sie folgen da einem populistischen Opportunismus,

(Dr. Monika Schaal SPD: Na, na, na!)

den ich nicht verstehen kann. Herr Dr. Bischoff hat es eingeschränkt, aber Sie haben es so dargestellt, dass jetzt ein Szenario aufgebaut würde, dass eine Riesenwelle von Abiturienten auf den Ausbildungsmarkt zurolle, die nicht bewältigt werden könne. Hier haben Sie einfach von den Lebenswegen der jungen Menschen völlig unrealistische Vorstellungen. Das ist eindimensionales Denken.

Es wurde schon von Marino Freistedt angesprochen, wie unterschiedlich doch die Autobiografien nach Beendigung der Schulzeit sind.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Herr Lemke, entschuldigen Sie bitte die Unterbrechung.

Meine Damen und Herren! Es ist deutlich zu laut hier. Ich habe bereits einige Male darum gebeten, Diskussionen nach draußen zu verlagern. Auch bei der Senatsbank darf ich um Ruhe bitten. Ich wollte gern dafür sorgen, dass wir ein bisschen mehr Ruhe im Hause haben. Das gilt auch nach wie vor für die Diskussionsgruppen im hinteren Teil des Saales. – Vielen Dank, Herr Lemke, Sie haben das Wort.

Dittmar Lemke (fortfahrend): – Vielen Dank.

Nicht scharren und nicht murren, Herr Buss, ich erzähle Ihnen jetzt etwas über diese Lebenswege. Es ist vollkommen richtig, dass ein Teil der Jugendlichen eine Ausbildung in Hamburg beginnt und der Anteil der Abiturienten, die eine Ausbildung beginnen, seit Jahren ansteigt. Das sind alles Zahlen, die seit langem bekannt sind. Aber es gibt auch eine Menge junger Menschen, die eine Ausbildung außerhalb Hamburgs anfangen.

(Dora Heyenn *DIE LINKE*: Das ist ja auch in Ordnung!)

Es gibt die unterschiedlichsten Motive, die zu dieser Entscheidung führen, weil es zum Beispiel Ausbildungsgänge gibt, die in Hamburg gar nicht angeboten werden und man auch erstklassige Ausbildungsmöglichkeiten außerhalb Hamburgs findet.

Einige Jugendliche bewerben sich um ein Studium in Hamburg, andere bewerben sich um ein Studium in anderen Städten. Herr Rabe, wenn ich das ansprechen darf, Sie hatten die Universität Kiel erwähnt, hier sei eines Ihrer Kinder. Ich wette einfach mal, es ist nicht deshalb die Universität Kiel gewählt worden, weil es in Hamburg keinen Studienplatz gab, sondern sie ist deshalb gewählt worden,

(Ties Rabe *SPD*: Weil die Eltern beide Geld verdienen!)

weil es dort für ein bestimmtes Fach sehr gute Bedingungen gab. Ich vermute, es wird irgendwo im naturwissenschaftlichen Bereich gewesen sein.

Es gibt doch nicht nur Greifswald und Kiel, es gibt zum Beispiel auch eine sehr gute Universität in Lüneburg, mit dem Nahverkehrszug von Hamburg aus zu erreichen.

(Michael Gwosdz *GAL*: Was ist denn mit dem BAföG?)

Es gibt auch noch ganz andere Lebensläufe. Wir dürfen das Freiwillige Soziale Jahr nicht vergessen, die Bundeswehr fällt mir ein. Bei der Bundeswehr an der Helmut-Schmidt-Universität kann man auch studieren, da studieren neuerdings auch eine Menge junger Frauen. Den Zivildienst dürfen wir

nicht vergessen. Es gibt eine ganze Menge ausbildungsähnliche Verhältnisse, Volontariate und das ist eine gewaltige Vielfalt.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Das Wort hat allein Herr Lemke. Bei der Gelegenheit, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Kienischerf?

Dittmar Lemke *CDU*: Nein.

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Sie haben das Wort, Herr Lemke.

Dittmar Lemke (fortfahrend): Deswegen wird es auch die Riesenwelle, die Sie prognostizieren, nicht geben. Richtig ist aber natürlich, dass es eine Erhöhung der Anzahl der Studienplatzbewerber geben wird, das ist vollkommen richtig, und es wird auch eine Erhöhung der Anzahl der Bewerber um einen Ausbildungsplatz geben. In dem Punkt sind wir uns einig.

(Norbert Hackbusch *DIE LINKE*: Das hat aber lange gedauert!)

– Ja. Man muss aber eben auch einmal sehen, wie die Realität ist. Die verantwortlichen Akteure im Senat, aber nicht allein dort, haben die erforderlichen Maßnahmen getroffen. Ich wiederhole das jetzt an dieser Stelle nicht, weil es alles schon gesagt worden ist.

Die Handelskammer und die Handwerkskammer, die beide für G8 eingetreten sind, sind hier ebenfalls in der Pflicht, denn wer A sagt, muss auch B sagen. G8 führt ganz klar dazu, dass es einen Doppeljahrgang geben muss, das war allen bekannt. Hier sind auch eine Menge Dinge getan worden.

(Dirk Kienscherf *SPD*: Was ist denn getan worden? – Vizepräsident Wolfgang Joithen von Krosigk übernimmt den Vorsitz.)

Ich möchte noch auf das Stichwort Verdrängungswettbewerb eingehen. Dieser Wettbewerb ist kein Thema, das jetzt durch den Doppeljahrgang entsteht, sondern den Verdrängungswettbewerb hat es schon immer gegeben. Es ist auch bereits angesprochen worden, dass Jugendliche aus Mecklenburg-Vorpommern auf den Hamburger Ausbildungsmarkt drängen. Sie hatten hier gute Chancen aufgrund der Qualitäten, die sie in der Schule erworben haben. Wir können diese Jugendlichen auch nicht daran hindern, sich in Hamburg auf Ausbildungsplätze zu bewerben. Ich würde sogar sagen, dass die Jugendlichen aus Mecklenburg-Vorpommern in Hamburg willkommen sind.

(Vereinzelter Beifall bei der *CDU*)

(Dittmar Lemke)

Dieser Wettbewerb lässt aber aufgrund der stark zurückgehenden Bewerberzahlen von dort nach. Das hat auch überhaupt nichts mit dem Doppeljahrgang zu tun. Es gab schon viele andere Verdrängungswettbewerbe. Als in den Achtzigerjahren zum Beispiel

(Jan Quast SPD: Was interessiert uns das heute?)

die Abiturienten anfangen, sich plötzlich für den Beruf des Bankkaufmanns und des Versicherungskaufmanns zu interessieren, war das auch schon der Fall.

Nun stellt sich doch die Frage, wie man diesen Verdrängungswettbewerb entschärfen kann. Man kann ihn entschärfen, indem man eine höhere Anzahl an Ausbildungsmöglichkeiten schafft, das ist ausführlich von Herrn Gwosdz dargestellt worden und es ist geschehen. Es gibt natürlich auch noch andere Möglichkeiten, diesen Verdrängungswettbewerb zu entschärfen und zwar, indem man sich besonders den lernschwächeren Schulabgängern widmet. Da haben wir die Produktionsschulen, die Berufsvorbereitungsjahre, das Sofortprogramm und da kann man definitiv nicht behaupten, dass dort nichts geschehen wäre. Im Gegenteil, der Senat hat sich schon sehr intensiv mit diesem Thema befasst und dort etwas getan.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Der von Ihnen, Herr Dr. Bischoff, geforderte Bericht schafft keinen einzigen Ausbildungsplatz und hilft uns bei diesem Thema überhaupt nicht weiter. – Danke.

(Beifall bei der CDU und bei Michael Gwosdz GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte der Überweisung des Antrags der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 19/5339 an den Schulausschuss zustimmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag einstimmig an den Schulausschuss überwiesen.

Ich gebe das Wahlergebnis der Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde bekannt. Es gab 84 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen, keine ungültigen Stimmzettel. Insgesamt wurden 98 Stimmzettel abgegeben. Damit ist Patricia Hauto zur Deputierten der Justizbehörde gewählt.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 19, Drucksache 19/5300, Vorlage des Rechnungshofs: Jahresbericht 2010 des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2008.

[Vorlage des Präsidenten des Rechnungshofs: Jahresbericht 2010 des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2008 – Drs 19/5300 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion federführend an den Haushaltsausschuss und mitberatend an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss sowie den Sozialausschuss überweisen.

Wird das Wort gewünscht? – Frau Ahrons, Sie haben das Wort.

Barbara Ahrons CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion ist dem Rechnungshofpräsidenten, Herrn Dr. Meyer-Abich, und seinem Kollegium wie schon in der Vergangenheit sehr dankbar für den alljährlichen Bericht über die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg.

Heute geht es um den Jahresbericht 2010, der sich mit dem Jahr 2008 beschäftigt. Es gibt in diesem Bericht wieder eine Vielzahl an Feststellungen, Beanstandungen und Vorschlägen, fast 50 an der Zahl, die aufzeigen, dass Hamburg in vielen Bereichen seine Einnahmen steigern und seine Ausgaben reduzieren kann. Der Rechnungshof sagt auch konkret, auf welche Weise, mit welchen Maßnahmen das erfolgen soll. Sparen, Kosten senken, Einnahmen sichern und wirtschaftlich handeln – das sind die maßgeblichen Vorgaben. Der Bericht schafft uns Abgeordneten die notwendige Transparenz, um zu sehen wie mit dem Geld unserer Stadt umgegangen wird. Er versetzt uns nämlich in die Lage, unserem verfassungsmäßigen Auftrag nachzukommen, das Handeln und Haushalten des Senats zu kontrollieren.

Gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise und der Verschuldung der öffentlichen Haushalte steht der Senat in der Verantwortung, vorsichtig und pfleglich, also wirtschaftlich, mit den ihm überlassenen Steuermitteln umzugehen. Vor diesem Hintergrund muss jeder, aber auch jeder Spielraum genutzt werden, um neben Sparmaßnahmen alle Möglichkeiten dafür zu nutzen, den Haushalt zu konsolidieren und zu stabilisieren. Ob und wie das geschieht, unterliegt unserer Kontrolle und darum ist der Jahresbericht des Rechnungshofs für uns ein sehr wichtiges Instrument. Ich halte es auch für bemerkenswert, dass der Senat den Empfehlungen des Rechnungshofs überwiegend folgt und danach handelt.

Das zeigt sich heute zum Beispiel sehr deutlich an dem Thema Straßen. Der Rechnungshof hat auf die Problematik der Bau- und Straßenunterhaltung aufmerksam gemacht und, um finanzielle Nachteile für die Stadt zu vermeiden, empfohlen, sich noch stärker um die Unterhaltung und Instandsetzung

(Barbara Ahrons)

zu kümmern. Wir wissen, dass dieser Winter in seiner Dauer und Härte für uns alle überraschend kam und sehr große Schäden hinterlassen wird, das ist schon überall zu sehen. Darum hat der Senat aktuell zur Beseitigung dieser Winterschäden und zur Grundinstandsetzung der Straßen ein Sofortprogramm erlassen und kurzfristig 10 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

(Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker* und *Dr. Eva Gümbel*, beide GAL)

Hier zeigen die Empfehlungen also unmittelbare Wirkung.

An anderer Stelle ist es hingegen nicht immer ganz so einfach. Immer wieder ärgere ich mich über Vorfälle, bei denen wirtschaftliches Handeln eigentlich selbstverständlich sein sollte. Wenn man wissen will, ob staatliche Leistungen auch wirksam sind, muss man diese zum Beispiel erst einmal erproben und dann den Erfolg kontrollieren. Bei einem vom Rechnungshof geprüften Fall scheint das einfach nicht zu klappen. Es geht um die Einrichtung zur Förderung von Jugendlichen an der Schnittstelle von der Schule in den Beruf, also beim sogenannten Übergangsmanagement. Hierzu gibt es in Hamburg Berufsvorbereitungsschulen, Produktionsschulen, außerschulische Beratungs- und Integrationsangebote und Ausbildungsprogramme, die sich um dieses Produkt kümmern und sehr wichtige Arbeit leisten. Es herrscht aber überhaupt keine Transparenz darüber, ob das Ziel, nämlich junge Menschen in Arbeit zu bringen, mit den bestehenden Einrichtungen und Programmen überhaupt erreicht wird und wenn ja, in welcher Höhe. In diesem Bereich gibt es derzeit keine Kontrolle, keine Daten, keine Belege und keine Erprobung. Das Ganze soll nun von der Behördenseite auch noch ausgeweitet werden, ohne dass uns – der Bürgerschaft – der finanzielle Rahmen bekannt ist. So geht es natürlich nicht.

Ein anderer Fall ist Dataport. Dieser Betrieb hat in der Vergangenheit erhebliche Überschüsse generiert. Der genaue Betrag allerdings konnte nicht ermittelt werden, weil es erhebliche Mängel im Rechnungswesen gab – und das bei Dataport. Hierdurch könnte der Stadt zwischen 2005 und 2008 ein wirtschaftlicher Schaden in Höhe von 12 Millionen Euro entstanden sein. Das muss natürlich auch geändert werden, damit Steuergelder nicht irgendwo verrieseln. Zum wirtschaftlichen Handeln der öffentlichen Hand gehört es auch, dass Entscheidungen nur auf einer gesicherten Grundlage getroffen werden können. Wenn ich ein Vorhaben plane, dann muss ich wissen, wie hoch die Kosten und der Nutzen sind, welche Details mir bekannt sind beziehungsweise was noch unsicher ist. Um mich am Ende zu entscheiden, muss ich dann eine sorgfältige Abwägung vornehmen und das tut die Stadt leider nicht immer. Oftmals fehlt bei Projek-

ten die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung oder Erfolgskontrollen.

Ein Fall ist mir besonders aufgefallen, und zwar das Bildungszentrum "Tor zur Welt" im Rahmen der Bildungsoffensive Elbinseln. Eigentlich mit einer Kostengrenze von rund 28 Millionen Euro belegt, hat der erste Preisträger des ausgeschriebenen Wettbewerbs diese um rund 42 Prozent überschritten. So kommt man auf sage und schreibe fast 40 Millionen Euro.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Unglaublich!)

Damit wurden in diesem Fall Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit deutlich missachtet. Politische Vorgaben hinsichtlich Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Exzellenz sind doch auch dann zu erfüllen, wenn man sich innerhalb des Kostenrahmens bewegt.

Diese Fälle sind alle nicht schön und bedürfen sofortiger Änderung. Die Auswirkungen der Finanzkrise zusammen mit der der Wirtschaftskrise haben sich aber erst am Ende des Jahres 2008 vollständig gezeigt, das heißt, wir sprechen überwiegend über Fälle, die der Senat zeitlich früher auf den Weg gebracht hat. Zudem handelt es sich, wenn Sie sich die Gesamtsumme anschauen, summa summarum nur – in Anführungsstrichen – um einen Bruchteil des Hamburger Haushaltsvolumens. Man kann dem Senat daher nicht vorwerfen, Steuergelder im großen Stil zu verschwenden. Es heißt aber auch "Wer den Pfennig nicht ehrt, ist des Talers nicht wert" und in diesem Sinne muss schon bei einer verhältnismäßig kleinen Summe ganz genau hingeschaut werden, auch und gerade in finanziell so schwierigen Zeiten, wie wir sie jetzt haben.

Wir werden den Rechnungshofsbericht im Unterausschuss beraten, sicherlich dann noch einmal hier debattieren und wenn Sie einmal hinschauen, haben wir heute ein Novum, dass nämlich Teile des Rechnungshofsberichts auch an den Sozialausschuss und den Familienausschuss gehen werden. Ich begrüße außerordentlich, dass man sich im Vorwege, bevor der Unterausschuss tagt, auch einmal mit seinen Themen befasst. – Danke.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich begrüße auch ganz herzlich den Präsidenten des Rechnungshofs, Herrn Dr. Meyer-Abich.

Der Senat betreibt keine nachhaltige Haushaltspolitik, das ist die zentrale Botschaft des Jahresberichts 2010 des Rechnungshofs. Dem Senat mangelt es an Ausgabendisziplin, er schert sich oft

(Dr. Monika Schaal)

nicht einmal um das Haushaltsrecht, missachtet viel zu oft die Rechte des Parlaments und vernachlässigt darüber hinaus auch die Substanz der Stadt teilweise sträflich.

Bereits in seinem Jahresbericht 2009 hat der Rechnungshof kritisiert, dass die Universitätsgebäude und öffentliche Grünanlagen verkommen, weil ihre Instandsetzung jahrelang unterfinanziert war. Aktuell geht es um Naturschutzgebiete und mit geradezu hellseherischen Fähigkeiten hat der Rechnungshof jetzt ein Problem aufgespießt, das uns im wahrsten Sinne des Wortes vor den Füßen liegt: die Schlaglöcher. Der CDU-geführte Senat lässt Hamburgs Straßen verkommen, weil er die Mittel für Straßenunterhaltung und -instandsetzung tendenziell immer abgesenkt hat. Infolge mangelnder Unterhaltung verliert das Straßennetz jährlich 55 Millionen Euro an Wert und schlägt noch nicht einmal mit 40 Prozent der ursprünglichen Herstellungskosten zu Buche. Geht das so weiter, sagt der Rechnungshof, haben wir in 27 Jahren Straßen, die gar nichts mehr wert sind. Wegen mangelnder Instandsetzung in den Vorjahren werden die Reparaturen auch aktuell sehr viel teurer werden. Der Rechnungshof schätzt 25 Prozent, der Deutsche Städte- und Gemeindebund rechnet aktuell sogar mit drei- bis viermal so hohen Kosten für die Beseitigung der Winterschäden. Wo das Geld herkommen soll, ist unklar. Was hier beschlossen werden soll, das wird bei Weitem nicht reichen.

Für einen Senat, der stets nach Triple A strebt, eine ausgesprochen ausgeprägte Nachhaltigkeitsrhetorik pflegt, international wahr- und wichtig genommen werden will und neuerdings auch neben Wachstum Weitsicht im Wappen führt – wie wir heute schon diskutiert haben –, für diesen Senat ist der mangelhafte Zustand unserer Straßen blamabel.

(Beifall bei der SPD)

Die Ursachen sind mental bedingt. Senatsmitgliedern macht es offensichtlich mehr Spaß, neue Gebäude einzuweihen, Bändchen durchzuschneiden oder Grün- und Naturschutzgebiete zu übergeben. Das ist ja auch etwas Schönes. Bei der Instandhaltung allerdings handelt es sich um Aufgaben, die dann weniger sexy sind, denn Gebäude und Straßen, die in Ordnung sind und funktionieren, erregen auch nicht so viel öffentliches Interesse. Wenn dann aber der Putz bröckelt, die Wege einsinken und die ersten Autos durch die Schlaglöcher rumrennen, ist es ganz schlimm.

Was künftig gebraucht wird, ist nicht nur ausreichende Finanzierung für die Instandhaltung, sondern eine ergebnisorientierte Steuerung und ein ordentliches Instandsetzungsmanagement. Etwas Vergleichbares haben wir schon im letzten Jahr hinsichtlich des Stadtgrüns gefordert. Wie das im Einzelnen aussieht, werden wir im Rechnungsprü-

fungsausschuss bereden, der erst im Juni tagt. Vorher geht das – und das ist in der Tat ein No-vum, Frau Ahrons – dann schon in die Ausschüsse, was ich sehr gut finde.

Ein weiteres Dauerthema sind die Kostenüberschreitungen bei Baumaßnahmen. Auch diese haben uns bereits letztes Jahr beschäftigt, und zwar nicht nur im Rechnungsprüfungsausschuss. Die SPD-Fraktion hat aufgrund einer Großen Anfrage bereits herausgefunden, dass von 217 Bauprojekten 63 Bauprojekte insgesamt 800 Millionen Euro teurer geworden sind als geplant. Wenn man das ganze Geld hätte, hätten wir sicher keine Probleme. Insofern freut es uns natürlich, dass der Rechnungshof diese Fälle Stück für Stück zeitnah analysiert, seine Prüfungen sind daher sehr aktuell. Noch offen ist die Untersuchung des ZOB Bergedorf, die die BSU selbst in Auftrag gegeben hat. Hier sollen sich Hinweise für die strukturellen Ursachen der Kostenüberschreitung ergeben. Wir sind sehr gespannt.

Einiges lässt sich allerdings aus den vorliegenden Untersuchungen bereits ableiten. Der Bau des Auswanderermuseums BallinStadt mit Investitionskosten von 12,5 Millionen Euro wurde nicht konkret veranschlagt. Bei Baubeginn fehlten etatreife Bau- und Kostenunterlagen, der Bau wurde trotz gesperrter Mittel begonnen und zudem hatte die Behörde dann die Bürgerschaft nicht über Planänderungen informiert und so den Grundsatz von Haushaltsklarheit und -wahrheit verletzt. Auch der Finkenwerder Knoten wurde ohne etatreife Bau- und Kostenunterlagen veranschlagt, wie sich bei der Prüfung zeigte. So wurden infolge mangelnder Ausschreibungsreife Leistungen in Höhe von 1,4 Millionen Euro dem Wettbewerb entzogen.

Bei der Prüfung der IBA GmbH hat sich dann herausgestellt, dass die BSU die Bürgerschaft bei den Etatentscheidungen unzureichend über die Konkretisierung der veranschlagten Kosten informiert hat. Ob die bisher eingesetzten 23 Millionen Euro von insgesamt geplanten 100 Millionen Euro überhaupt bis jetzt zieladäquat eingesetzt wurden, wurde bisher nicht geprüft.

Wäre der Bürgerschaft vielleicht konkreter dargestellt worden, was geplant ist, hätten wir den Kahlschlag von 3 000 Bäumen noch stoppen können. Ausgerechnet einer grünen Umweltsenatorin ist dieser Kahlschlag offensichtlich total egal. Dem Finanzsenator ist es offensichtlich auch noch nicht aufgegangen, dass sich der Verlust von 3 000 Bäumen in der Hamburger Bilanz negativ mit 300 000 Euro niederschlägt, denn es ist ein Wertverlust, wenn diese Bäume abgeholzt werden. Über Kosten von Ersatzanpflanzungen haben wir noch nichts gehört, hiervon ist auch noch nicht die Rede. Wir werden einen Eventpark bekommen, dessen Unterhaltung dann wieder Geld kostet, siehe oben, aber was es im Einzelnen bedeutet, wie

(Dr. Monika Schaal)

viel Geld da auf uns zukommt, wissen wir auch nicht. Nachhaltig und weitsichtig wäre doch, von vornherein über den Sinn von Nachnutzungen nachzudenken und deren Kosten darzustellen.

Auch das IBA DOCK wurde mit 8 Millionen Euro fast doppelt so teuer wie geplant, obwohl man hätte wissen können, dass Bauen auf dem Wasser eben teurer ist als Bauen auf dem Land. Es ist ohnehin fraglich, ob die Idee eines aufschwimmenden Gebäudes angesichts der horrenden Kosten die richtige Anpassungsstrategie an den Klimawandel ist. Hauptsache aber, es ist spektakulär – das ist dem Senat bekanntlich immer ein paar Moneten mehr wert.

(Beifall bei Karin Timmermann SPD)

Der Ausbau der Sengelmannstraße ist ein weiteres Beispiel dafür, wie die Stadt durch eine rechtzeitige Wirtschaftlichkeitsplanung hätte Geld einsparen können, hier hätte man 400 000 Euro einsparen können. Bei der Erweiterung des Bernhard-Nocht-Instituts sind die Kosten bereits während der Planungs- und Bauzeit um 10 Millionen Euro aus dem Ruder gelaufen. Die Behörden haben ihre Steuerungs- und Kontrollaufgabe einfach nicht wahrgenommen und die Bürgerschaft wurde trotz weitgehender Planänderung im Verfahren zum wiederholten Male nicht eingeschaltet.

Die Erörterung des Jahresberichts findet Ende Juni statt und ich kann Ihnen bis dahin den Bericht nur ans Herz legen und Ihnen empfehlen, ihn durchzulesen. Die 50 Einzelprüfungen sind teilweise sehr spannende Berichte. Abschließend möchte ich mich beim Präsidenten des Rechnungshofs, dem Kollegium und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Rechnungshofs sehr herzlich für die Vorlage dieses Jahresberichtes bedanken.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich möchte Sie ermuntern: Weiter so, das tut der Stadt gut. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Karin Timmermann SPD: Warum klatschen die da drüben nicht?)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Waldowsky.

Andreas Waldowsky GAL:* Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Vorlage des Jahresberichts 2010 des Rechnungshofs ist für uns Grüne in gewisser Weise ein besonderer Moment. Zum ersten Mal berührt er jetzt einen Zeitraum, in dem auch Grüne Regierungsverantwortung getragen haben. Deshalb können wir uns das leider nicht mehr so leicht machen wie Frau Dr. Schaal, die sich da doch recht selbstsicher zurückgelehnt hat, die vermeintlichen und vielleicht auch wirklichen Fehler des Senats geißelt und den Eindruck

erweckt, als ob eine SPD-regierte Landesregierung solche Probleme nicht kennen würde.

Wir lesen leider Gottes wieder Ähnliches wie wir es auch in den letzten Jahren lesen mussten: Verstöße gegen die Wirtschaftlichkeit, gegen das Budgetrecht der Bürgerschaft und auch wieder, dass Wirtschaftlichkeitsprüfungen gar nicht erst vorgelegt worden sind. Diese Probleme begleiten uns weiter und wir Abgeordnete müssen dort weiter die Finger in die Wunde legen.

(Ingo Egloff SPD: Sagen Sie doch noch mal was zur HafenCity!)

Wir lesen vor allen Dingen auch Kritik, die uns Grünen weh tun muss. Ich nenne hier beispielhaft die Kritik an der mangelnden Nachhaltigkeit, am Substanzverzehr des Hamburger Vermögens; der Straßenbau, das Thalia-Theater oder auch die Bauten der Universität waren genannt. Treffen muss uns auch – und das können wir so nicht stehen lassen – die Kritik am Ausbau des Radwegenetzes oder der Umgang mit den Problemen bei Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf. Als vierten Punkt will ich noch die Lehrerkapazitäten an Gesamtschulen nennen, die nicht optimal ausgenutzt werden. All das muss aus grüner Sicht dringend nachgearbeitet werden, das können wir so nicht akzeptieren.

Der Substanzverzehr beim Straßenbau – das haben meine Vorredner schon benannt – beträgt 55 Millionen Euro pro Jahr, das ist eine wahnsinnige Summe.

(Thomas Böwer SPD: Wo ist denn die GAL?)

Wir haben dies dann auch noch beim Hochschulbau, bei der Hamburg Port Authority und bei anderen Dingen. Wir können es uns aber vielleicht nicht so leicht machen wie Frau Dr. Schaal. Wir Haushaltspolitiker müssen alle überlegen, ob diese Kritik des Landesrechnungshofs uns nicht dazu bringen muss, Haushaltspolitik neu zu denken. Wenn wir wirklich – auch im Sinne der Doppik, des neuen Haushaltswesens – den Substanzverzehr vermeiden und tatsächlich das öffentliche Vermögen erhalten wollen, dann müssen wir die Haushalte vollkommen neu aufstellen, weil wir natürlich für den Straßenbau, die Hochschulen, den Schulbau und für vieles andere sehr viel mehr Geld bereitstellen müssen.

Es wäre schön, wenn da sozusagen ein Ruck durch die Bürgerschaft gehen würde. Deshalb eignet sich das Thema eigentlich gar nicht für eine einfache Polemik der Opposition, sondern wir sollten versuchen, wie wir da fraktionsübergreifend ein Umdenken zumindest einleiten können; das wäre schon einmal sehr viel.

Anders als Frau Dr. Schaal gesagt hat, sollte die Substanz dessen, was wir lesen durften, zumin-

(Andreas Waldowsky)

dest formal erst einmal von uns im Rechnungsprüfungsausschuss geprüft werden, der sich im Juni dann an drei, vielleicht sogar an vier Abenden damit beschäftigen wird. Erfahrungsgemäß muss man natürlich einräumen, dass die Kritik des Landesrechnungshofs, die wir bisher in den letzten Jahren erlebt haben, in der Sache immer fundiert war. Wir dürfen insofern leider Gottes davon ausgehen, dass das nicht ganz falsch ist, was wir dort lesen mussten. Die GAL hat aber für sich immer den Anspruch erhoben, eine nachhaltige und solide Haushaltspolitik zu machen. Diesen Anspruch geben wir auch in Regierungsverantwortung nicht auf. Deshalb werden wir weiter unsere Kontrollrechte als Bürgerschaftsabgeordnete ganz konsequent wahrnehmen und es weiterhin nicht zulassen, dass es Verstöße gegen das Budgetrecht gibt, öffentliche Gelder verschwendet werden oder keine Kontrolle der Wirksamkeit staatlichen Handelns durchgeführt wird. Dies werden wir weiter nicht akzeptieren und insofern eine engagierte Politik als Haushaltspolitiker in der Bürgerschaft machen. – Vielen Dank.

(Beifall bei *Horst Becker* GAL und bei der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Waldowsky, die Worte hör' ich wohl, aber gerade bei Ihnen fehlt mir eindeutig der Glaube. Ich hoffe auch auf die Unterstützung von Frau Ahrons, damit wir nicht nur einen kleinen Schritt gehen, sondern die Sachen auch noch an weitere Ausschüsse überweisen. Ich plädiere ganz hart dafür – was Sie angedeutet haben –, dass sich qualitativ etwas ändern muss. Wir können diesen Rechnungshofsbericht nicht so behandeln wie das vielleicht in den zurückliegenden Jahren der Fall war.

(Zuruf von der CDU)

– Ist ja gut, wenn Sie dem so zustimmen.

Es wird, damit ich nicht missverstanden werde, immer notwendig sein, die Ausgaben- und Einnahmenpolitik der öffentlichen Hand durch den Rechnungshof hinterfragen und kontrollieren zu lassen. Das wäre die Wiederkehr des Immergleichen. Wenn man sich das aber gerade in den letzten Jahren anschaut und dann vielleicht doch in der Eröffnungsdebatte an ein, zwei Punkten etwas tiefer gräbt, dann muss man sagen, dass wir nicht so weitermachen können. Das geht, Frau Dr. Schaal, auch aus meiner Sicht nicht nur mit einer Schuldzuweisung an den Senat – auch wenn er da sicherlich einen Großteil Schuld hat –, sondern wir müssen auch die Bürgerschaft, also uns selbst, prüfen, ob wir eigentlich mit der Landeshaushaltsordnung und mit der Härte, wie dort Wirt-

schaftlichkeitsanalysen bei der Bewilligung von Projekten eingefordert werden, das nicht anders regeln müssen als bisher. Denn wenn da Fehler passieren, dann liegen sie eben auch erst bei einmal bei uns, in den Ausschüssen und im Plenum.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenigstens an einem Punkt will ich das konkret verdeutlichen, an dem berühmten Zustand der Straßen. Da haben wir einen Investitionsrückstau wie bei den Schulgebäuden oder den Parks und Grünflächen. Es sind jahrelang nicht genügend Mittel zur Verfügung gestellt worden, um die Substanz zu erhalten. Ich rede gar nicht darüber, ob die 10 Millionen Euro nach dem schweren Winter nun reichen oder nicht, sondern wir müssen in diesem Punkt der Infrastruktur Hamburgs zu einem anderen Verfahren kommen. Wir können es auch der Bevölkerung gegenüber nicht vertreten zu sagen, die Schulgebäude seien nun eben marode, mit 4,2 Milliarden Euro müssen wir da ein neues Sondervermögen aufnehmen und dann haben wir kurz danach dasselbe Problem beim Straßenbau oder bei den Parks und Grünanlagen.

Das heißt, es muss sich grundlegend etwas ändern und ich möchte mich noch einmal stark für das machen, worauf der Rechnungshof zu Recht verweist, dass nämlich mit der Einführung der Doppik, was wir uns eigentlich auf die Tagesordnung gesetzt haben, die ergebnisorientierte Steuerung eine zentrale Bedeutung hat. Das bedeutet allerdings – darin müsste Konsens bestehen, obwohl wir da in der Praxis wohl ein Problem haben –, dass die Voraussetzung für eine an den Zielen orientierte Steuerung darin besteht, zunächst einmal eindeutige Ziele zu benennen, um eine Erfolgskontrolle durchführen zu können. Der Rechnungshof gibt vor, und ich finde das gut, es könne zum Beispiel ein Ziel sein, bis zu einem bestimmten Zeitpunkt und mit verbindlichem Finanzvolumen alle oder einen definierten Teil der Straßen in einen ordnungsgemäßen Zustand zu bringen. Das ist eben etwas anderes, als mit einem Notfonds zu arbeiten. Dann – und ich sehe mit Begeisterung, Herr Waldowsky, dass Sie das gut finden – müssen wir uns aber auch einigen, unabhängig davon, wer in der Rolle der Opposition und der Regierung ist, wie es mit den Zielen, den Produkten und der Steuerung aussieht. Ich habe jedenfalls den Eindruck, dass wir da noch ziemlich weit auseinander liegen.

Auch wir in der Bürgerschaft müssen bestimmte Veränderungsschritte machen. Ein Schritt geht in Richtung Landeshaushaltsordnung, da müssen wir sowieso prüfen, ob wir das nicht schärfer fassen sollten; der zweite besteht darin, bei der Umstellung auf die Doppik genau zu prüfen, wo wir Ziele definieren können, die dann auch eine ergebnisorientierte Steuerung ermöglichen.

(Dr. Joachim Bischoff)

Frau Ahrons hat darauf hingewiesen – ich hatte es vorhin selbst angesprochen, aber das kommt gar nicht von der Opposition –, dass es natürlich ein Drama ist, wenn die Behörde für Schule und Berufsbildung im Grunde viel Geld ausgibt, aber nicht über valide vergleichbare Daten verfügt und insofern selbst gar nicht weiß, was sie da eigentlich hin und her schiebt. Das ist ein Zustand, der dringlich geändert werden muss.

Ich möchte jetzt nur noch ein weiteres Beispiel anführen. Aus Sicht unserer Fraktion ist einer der wichtigeren Punkte das sogenannte Ambulantisierungsprogramm. Das bedeutet die Auflösung stationärer Wohnformen, um betroffenen Bürgerinnen und Bürgern die Chance zu eröffnen, in einem adäquaten Umfeld zu leben. Dieses Programm ist im Jahr 2005 aufgelegt worden und es waren seinerzeit, wenn ich das richtig erinnere, 770 Wohnplätze geplant. Der Senat hat berichtet, dass es Ende 2008 noch nicht einmal 400 waren. Wir haben also in diesem wichtigen Bereich bis 2008 gerade einmal knapp 400 Wohneinheiten erreicht und selbst das wird nun vom Rechnungshof infrage gestellt. Er hat eine Stichprobe gemacht und kommt zu dem Schluss, dass in dieser Zahl Doppelzählungen und dergleichen Unschärfen enthalten sind.

(Egbert von Frankenberg CDU: Deswegen wird das ja auch an den Sozialausschuss überwiesen!)

– Ja, aber ich will das nur noch einmal betonen, auch wenn es Sie jetzt nervt.

Ich bin für Erfolgskontrolle, um das klar zu sagen, und ich bin auch dafür, dass wir im Rechnungsprüfungsausschuss und im Haushaltsausschuss hinterfragen, warum eigentlich die entsprechende Behörde darauf verzichtet hat, mit ihren Trägern, auch mit der SAGA et cetera, klare Zielvereinbarungen zu treffen. Das müssen wir schon machen, auch wenn Sie jetzt brummen, Herr Ohlsen, sonst hätten wir aus dieser Arbeit überhaupt nichts gelernt.

Ich komme zum letzten Punkt und auch das könnte ich jetzt an den Straßen deutlich machen. Es geht darum, dass für Landesbetriebe und Landes-einrichtungen, aber auch für öffentliche Unternehmen, Zielvereinbarungen vorgegeben sein müssen. Es gibt sogar auf OECD-Ebene einen Kodex, der Grundsätze der Corporate Governance für Unternehmen in Staatsbesitz aufstellt. Sie können sagen, das sei Pipifax, aber wir brauchen das. Für die vielen öffentlichen Unternehmen und für Landesbetriebe brauchen wir Zielvereinbarungen und wir brauchen Unternehmensleitbilder.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Entschuldigen Sie, Herr Dr. Bi-

schoff. Ich bitte doch die Redegruppen hinten, hinauszugehen oder das Reden einzustellen. Dann haben wir nämlich etwas mehr Ruhe im Saal und können der Rede entsprechend konzentriert folgen. Ich bedanke mich.

Dr. Joachim Bischoff (fortfahrend): Dafür plädiere ich und das ist dann ein bisschen mehr als einfach nur das Abarbeiten im Rechnungsprüfungsausschuss. Auch das ist eine wichtige Aufgabe, aber wir müssen uns auch mit der Landeshaushaltsordnung beschäftigen und mit Zielen, Controlling, Steuerung im Rahmen der Doppik. Wir müssen prüfen, warum die Behörde so etwas nicht umsetzt, wenn es festgelegt worden ist. Und es ist unsere Aufgabe, darauf hinzuwirken, dass in den 360 Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen in öffentlicher Hand endlich klarere Unternehmensleitbilder und Zielvorstellungen in die Praxis umgesetzt werden.

Abschließend möchte ich sagen, Herr Ohlsen, was mich in diesem Rechnungshofsbericht am meisten erschüttert hat, ist die Aussage zur Hamburg Port Authority.

(Olaf Ohlsen CDU: Na, unglaublich!)

Der Rechnungshof hat festgestellt, dass der Senat in der mittelfristigen Finanzplanung – im Gegensatz zu seinen Erklärungen gegenüber der Bürgerschaft – aus dem Teilbörsengang erzielte Erlöse nicht zusätzlich zur Finanzierung der allgemeinen Hafenstruktur verwendet, sondern sie in anderen Bereichen einsetzt, und dass diese Hamburg Port Authority im Grunde gar keine Chance hat, auf eigenen Füßen zu stehen. Das heißt, das Konzept "Hafen finanziert Hafen" – das muss ich jetzt einmal sagen – basiert auf völlig falschen Voraussetzungen. Das müsste uns wirklich zu denken geben, dass eine solche Vorlage von der Bedeutung für die sogenannte Herzkammer der Stadt das Plenum so einfach passiert hat.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/5300 federführend an den Haushaltsausschuss und mitberatend an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss sowie den Sozialausschuss zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag einstimmig an die entsprechenden Ausschüsse überwiesen worden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 33, Drucksache 19/5153 in der Neufassung, Antrag der SPD-Fraktion: Ist Hamburgs Altenpflege "überprofessionalisiert"?

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk)

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Ist Hamburgs Altenpflege "überprofessionalisiert"?**

– Drs 19/5153 (Neufassung) –]

Wünscht jemand das Wort? – Herr Kienscherf wünscht das Wort.

(Jörn Frommann CDU: Wir Sozialdemokraten!)

Dirk Kienscherf SPD:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenige Wochen, nachdem Senator Wersich mit seinem berüchtigten 10-Punkte-Streich-Papier zu Recht bei Betroffenen und Trägern für Empörung gesorgt hat,

(Ekkehart Wersich CDU: Märchenstunde!)

hat der Senator in einem Interview in einer großen Hamburger Tageszeitung noch einmal nachgelegt. Wenige Wochen, nachdem er den Hamburgern Personal- und Leistungsabbau androhte, indem er davon sprach, neue Hürden im Sozialen aufzubauen und Menschen von berechtigten Leistungen auszugrenzen, hat Senator Wersich in einem Interview unter der Überschrift "Nachbarn und Freunde als Altenpfleger" noch einmal seine Sicht des Sozialen dargestellt und auch damit noch einmal für Empörung gesorgt, als er die Feststellung traf, dass es in Hamburg zu einer Verstaatlichung des Zwischenmenschlichen und zu einer Überprofessionalisierung des Sozialen gekommen sei.

Sowohl die Streichliste, aber auch dieses Interview verfolgen ein Ziel: Es ist das Ziel des Senators und wahrscheinlich der Regierungsfractionen, die Sozialpolitik neu auszurichten, die Rolle des Staates neu zu definieren und neu zu definieren, welche Menschen in dieser Stadt zukünftig eigentlich noch Hilfe erfahren können und welche Menschen liegengelassen werden. Sie, Herr Senator, nennen das salbungsvoll neue Balance. Wir Sozialdemokraten, aber auch die Menschen in dieser Stadt, nennen es einfach sozialen Kahlschlag.

(Beifall bei der SPD)

Das sind keine Halbwahrheiten, sondern wir kommen konkret zum Interview, Herr Senator.

Der Senator stellt fest, als es um den Bereich Pflege geht, dass es hier, ich habe es eben schon erwähnt, zu einer Verstaatlichung des Zwischenmenschlichen gekommen sei. Da frage ich den Senator und Sie, Frau Gregersen: Wie empfinden Sie das in dieser Stadt? Ist es so, dass Angehörige sich nicht um die zu Pflegenden kümmern? Ist es so, dass man den Nachbarn, die Unterstützung benötigen, nicht hilft? Ist es so, dass sich die Menschen voneinander abwenden und sich letztendlich nicht mehr um den Nächsten kümmern? Ist es in dieser Stadt so, wie der Senator behauptet?

Herr Senator, Ihre Behörde kommt im Jahr 2005 zu einem eigenen Ergebnis. Sie stellt fest, dass es weit über 40 000 Pflegebedürftige in dieser Stadt gibt, dass davon rund 30 000 im eigenen Haushalt gepflegt werden und von diesen 30 000 wiederum über 50 Prozent ausschließlich von ihren Angehörigen. Und da frage ich Sie: Ist das der Ausdruck der Verstaatlichung des Zwischenmenschlichen? Wir sagen ganz klar, das ist der Ausdruck der Hilfsbereitschaft der Hamburger, denn sie sind es, und das schreibt Ihre Behörde, die nach wie vor die Hauptlast der Pflege tragen, und sie sind es, die es verdient haben, von uns allen gewürdigt zu werden.

(Beifall bei der SPD)

Und Sie, Herr Senator, machen das Gegenteil. Das ist letztendlich ein Schlag in das Gesicht derjenigen, die sich tagtäglich um diese Menschen kümmern. Aber Wertschätzung und Anerkennung bedürfen natürlich nicht nur die ehrenamtlich in diesem Bereich Tätigen, sondern auch die, die tagtäglich damit ihr Geld verdienen, sich tagtäglich aber auch dafür aufopfern, dass Menschen in dieser Stadt eine menschenwürdige Pflege erfahren.

Aber auch hier scheint Senator Wersich eine andere Lebenswirklichkeit zu erfahren. Sie antworten auf die Frage dieser Zeitung, was man denn anders machen könne, wir bräuchten in dieser Stadt oder im sozialen Bereich und in der Pflege keine Studierten oder man müsse nicht studiert haben, um Menschen im Haushalt oder beim Einkauf zu helfen.

(Frank Schira CDU: Das stimmt!)

– Herr Schira, das stimmt, das ist richtig.

Aber ich frage Sie ganz ehrlich, Herr Schira, und Sie müssten es doch wissen – der Senator müsste es eigentlich auch wissen, das hoffen wir jedenfalls –: Wo in dieser Stadt werden studierte Pflegefachkräfte beim Einkaufen oder als Haushaltshilfe eingesetzt? Die Antwort ist doch, das passiert nirgendwo in dieser Stadt.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Herr Kienscherf, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Gwosdz?

Dirk Kienscherf SPD: Aber immer doch.

Zwischenfrage von Michael Gwosdz GAL: Herr Kienscherf, inwiefern ist es eine Missachtung des Einsatzes von Menschen, die ihre eigenen Angehörigen pflegen, wenn Senator Wersich, wie Sie selbst sagen und im Antrag zitieren, darauf hinweist, dass es ein großes Problem ist für Menschen mit pflegebedürftigen Eltern, Beruf und Familie zu vereinbaren. Wieso ist das eine Missach-

(Michael Gwosdz)

tung dieser Angehörigen, wenn er ausdrücklich darauf hinweist, dass dies ein großes gesellschaftliches Problem sei? Ist es nicht viel eher ein Ausdruck des Respekts und ein Hinweis auf ein großes gesellschaftliches Problem?

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Dirk Kienscherf (fortfahrend): – Herr Gwosdz, ich bin erst beim vorderen Teil des Interviews und da geht es im Bereich der Pflege auch um Angehörige und darum,

(*Antje Möller GAL*: Das ist keine Antwort auf die Frage!)

dass er festgestellt hat, dass es in Hamburg zu einer Verstaatlichung des Zwischenmenschlichen gekommen ist. Dies ist nicht der Fall, damit fällt er diesen Menschen in den Rücken. Dass der Senator später sagt, es gäbe dort Probleme und man müsse die Vereinbarkeit mit dem Beruf verbessern, ist allerdings wiederum dem geschuldet, dass er nicht bereit ist, mehr Geld in den Pflegebereich zu investieren und dass dieser Senat in andere Bereiche mehr Geld stecken muss. Es geht nicht um sozialen Ausgleich, sondern um die Prestigeobjekte, über die wir in den letzten Monaten diskutiert haben; das ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich eines noch einmal ganz deutlich sagen: Herr Wersich, Sie behaupten, dass sich die hochqualifizierten Pflegekräfte damit beschäftigen würden, beim Einkaufen oder im Haushalt zu helfen. Die Reaktionen der hamburgischen Pflegegesellschaften, von Caritas und Diakonie, waren eindeutig. Die haben gesagt, das könnten sie sich gar nicht leisten, das gebe es nicht und sie würden gerne vom Sozialsenator erfahren, wo das denn passiere. Kein Pflegedienst, keine stationäre Einrichtung in dieser Stadt kann es sich leisten, solche Kräfte so zu beschäftigen, Herr Senator. Solche Äußerungen führen aber dazu, dass Sie wieder einmal einen ganzen Berufsstand in Misskredit bringen und nicht anerkennen, welche erheblichen Leistungen diese Menschen tagtäglich leisten.

(Beifall bei der SPD – *Egbert von Frankenberg CDU*: Das ist doch Unsinn! Bleiben Sie doch mal auf dem Teppich!)

– Herr von Frankenberg, Sie können sich gleich melden und etwas dazu sagen, aber reden Sie nicht einfach dazwischen.

Herr Senator, bevor Sie sich so äußern, sollten Sie sich – wir haben da jedenfalls noch Hoffnung – sehr genau überlegen, warum Sie das machen. Sie haben das gemacht, weil Sie erklärt haben, wir könnten zukünftig die Pflege und die Sozialleistungen so nicht mehr finanzieren. Und da besteht ein großer Unterschied zu dem, was wir unter verantwortungsvoller Sozialpolitik verstehen. Wir glau-

ben, dass unsere Gesellschaft gerade in schwierigen Zeiten und vor dem Hintergrund von Veränderungen bereit sein muss, Gelder in bestimmte Bereiche zu leiten, und der Bereich der Gesundheitswirtschaft und des Sozialen ist für uns Sozialdemokraten ein besonders wichtiger Bereich.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen darüber nachdenken, wie wir mit dem demografischen Wandel umgehen. Wie gehen wir damit um, dass in dieser Stadt mehr Menschen leben, die ein hohes Alter erreichen, und dass sich teilweise die Pflegezeiten verlängern, und wie gehen wir insbesondere damit um – da kommen wir zum Thema Frauen –, dass immer mehr Frauen berufstätig sind, was wir uns alle wünschen, die letztendlich aber ausfallen werden, wenn es darum geht, ihre Angehörigen zu pflegen. Es kann keine Lösung sein zu sagen, Nachbarn und Freunde sollen die Altenpflege alleine wuppen; das können sie nicht und das ist eine fahrlässige Forderung.

(Beifall bei der SPD – *Olaf Ohlsen CDU*: Das glauben doch nicht mal die Sozialdemokraten, was Sie da erzählen!)

– Bleiben Sie ganz ruhig, kommen Sie einfach nach vorne und dann können Sie sich beteiligen.

Es ist richtig, wenn die Hamburgische Pflegegesellschaft schreibt, dass vor einer Entprofessionalisierung der Pflege und des sozialen Bereichs gewarnt und dass aus ihrer Sicht genau der umgekehrte Weg beschritten werden müsse, denn vor dem Hintergrund des demografischen Wandels müsse eine Professionalisierung der Pflege erfolgen

(*Olaf Ohlsen CDU*: Das kann man nicht mehr ertragen!)

und wir müssten über eine neue Zusammenarbeit zwischen Ehrenamt und professioneller Pflege nachdenken. Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der SPD)

In dem Zusammenhang spielen natürlich unter anderem die Pflegestützpunkte eine ganz große und wichtige Rolle. Wenn wir uns den Koalitionsvertrag noch einmal ansehen, den Schwarz-Grün beschlossen hat, dann haben Sie das doch damals erkannt, denn Sie wollten mindestens 30 Pflegestützpunkte in Hamburg aufbauen. Auch Sie – jedenfalls die Fraktion der GAL, der nehme ich das eher ab – waren sich darüber einig, dass nur eine wohnortnahe Beratung und nur wohnortnahe Pflegestützpunkte letztendlich den Aufbau sozialer Netze gewährleisten können. Wir alle wissen leider, dass aus diesen 30 Pflegestützpunkten ganze acht geworden sind, aber mit acht Pflegestützpunkten werden Sie es nicht schaffen, die notwendigen sozialen Netze aufzubauen. Über Ihre ablehnende Haltung an diesem Punkt müssen Sie noch einmal nachdenken und endlich bereit sein, den

(Dirk Kienscherf)

Weg zu gehen, den Sie zunächst vorgegeben hatten. Wir brauchen in dieser Stadt mehr Pflegestützpunkte und stärkere Unterstützung der ehrenamtlichen Pflege.

Die SPD fordert Sie deshalb mit ihrem Antrag auf, den Rahmenplan zur Pflege zu aktualisieren und darüber Auskunft zu geben, wie es denn wirklich konkret aussieht

(Rolf Harlinghausen CDU: Da hören wir doch lieber eine Rede von Horst Schlämmer!)

mit dem Einsatz von studierten Fachkräften, bei der Pflegequalität und wie es insbesondere in zehn Jahren aussehen wird. Sie müssen dem Parlament endlich einmal konkrete Informationen vorlegen. Wir wollen mit Ihnen im Ausschuss darüber diskutieren. Aber wir wollen keine Diskussion weiterführen, in der es darum geht, Menschen von sozialen Leistungen auszuschließen, und wir wollen nicht, dass die Gesellschaft dazu genötigt wird, nicht mehr das Ihrige dazu zu tun, um allen Menschen in dieser Stadt ein menschenwürdiges Altern zu ermöglichen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Frau Jürs.

Vera Jürs CDU:* Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren der SPD, wie so vieles in Ihrer Oppositionsarbeit ist auch dieser Antrag, den wir jetzt debattieren, substanzlos und in den Sachfragen wenig hilfreich.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Anstatt sich an der notwendigen gesellschaftlichen Diskussion über eine mit den Seniorinnen und Senioren solidarischen Gesellschaft zu beteiligen, schüren Sie unter den Pflegebedürftigen Ängste. Dies als Instrument politischer Auseinandersetzung einzusetzen, zeigt die Ratlosigkeit Ihrer momentan politisch Verantwortlichen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Nur gut, dass wir einen Sozialsenator haben, der für Pflegebedürftige klare Ideen und Konzepte hat.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Sie von der SPD behaupten, es würden keine Maßnahmen ergriffen, um die Ausbildung von Pflegekräften zu fördern. Wahr ist, dass der CDU/GAL-Senat das "Bündnis für Altenpflege" auf den Weg gebracht hat. Sie von der SPD behaupten, der Senat weigere sich, den Rahmenplan für pflegerische Leistungen vorzulegen. Entweder wissen die Antragsteller es wirklich nicht oder sie leugnen es, dass der Landespflegeausschuss bereits im

Herbst 2009 eine Zeitplanung für die Fortschreibung vorgelegt hat; ein Entwurf soll im März vorgelegt werden.

(Zurufe von der SPD)

– Sie waren eben dran. Können Sie jetzt bitte einmal ruhig sein?

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Sehr geehrte Antragsteller! Sie haben auch über die Presse den Eindruck zu erwecken versucht, der Senator wünsche, in Zukunft für pflegerische Leistungen Familie und Nachbarn zulasten der Pflegedienste einzuspannen. Dabei hat Senator Wersich bereits am 16. Januar dieser Interpretation klar widersprochen. Die von ihm notwendig angestoßene Diskussion geht doch nicht darum, medizinische Pflege in Laienhände zu legen; niemand will das. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Diskussion muss schon darüber geführt werden, ob wir weiter in einem Wohlfahrtsstaat leben möchten, und das schließt die Hilfe des Ehrenamtes mit ein, oder ob wir in einem Wohlversorgungsstaat leben möchten.

(Zurufe von der SPD: Ah, ah!)

– Moment, hören Sie doch erst einmal zu, Krakeeler.

(Beifall bei der CDU und der GAL und bei Elisabeth Baum DIE LINKE)

In einem Wohlversorgungsstaat zu leben heißt, dass die geringste Handhabung für andere teuer bezahlt werden muss. Das Stellen von Tabletten, Handreichungen in der Körperpflege, Haushaltshilfen sind doch keine Leistungen, die allesamt von Pflegediensten erbracht werden müssen. In einer solidarischen Gesellschaft sollte es doch möglich sein, dass auch Familienangehörige und Nachbarn zur Unterstützung pflegebedürftiger Menschen beitragen. Wie emotional kalt und unliebenswert wird es, wenn alles nur noch erkauf werden muss. Daher begrüßt meine Fraktion ausdrücklich die vom Senat bereits eingeleiteten Maßnahmen, das Ehrenamt zu fördern. Hierzu gehören zum Beispiel die neu eingerichteten Pflegestützpunkte ebenso wie unterstützende Kursangebote für ehrenamtliche Senioren. Ein Ausbau dieser Angebote ist vorgesehen.

Sie fordern ferner in Ihrem Antrag, die Möglichkeit beruflicher Freistellung von Angehörigen für die häusliche Pflege auf den Weg zu bringen. Entweder wissen die Damen und Herren von der SPD es nicht oder sie möchten es die Öffentlichkeit anders glauben machen, dass es seit dem 1. Juli 2008 bereits geltendes Recht ist, für die Organisation häuslicher Pflege bis zu zehn Tage von der Arbeit freigestellt zu werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sinn und Zweck dieses Antrages sind für mich aus den genannten

(Vera Jürs)

Gründen nicht erkennbar. Ich glaube, die Antragsteller haben ihre Hausaufgaben nicht gemacht

(Zuruf von der CDU: Mal wieder nicht! – Jörn Frommann CDU: Skandalös! – Olaf Ohlsen CDU: Skandal!)

und mit heißer Nadel einen Antrag geschrieben. Ich bedaure aber ausdrücklich, dass in der öffentlichen Auseinandersetzung mit den Ängsten von Pflegebedürftigen politische Stimmung gemacht wird. Die Seniorinnen und Senioren unserer Stadt erwarten mit Recht, dass wir für sie Sachpolitik machen. Dieser Antrag dient leider nicht dazu, deswegen werden wir ihn selbstverständlich ablehnen. – Danke.

Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Gregersen.

(Carola Veit SPD: Das toppt sie jetzt!)

Martina Gregersen GAL:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Senator Wersich hat mit seinem Interview eine wichtige und notwendige Debatte angestoßen,

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

nämlich eine Debatte darüber, wie wir mit der Tatsache umgehen wollen, dass der Pflege- und Hilfsbedarfsanteil älterer Menschen in den kommenden Jahren kontinuierlich ansteigen wird, gleichzeitig aber das Pflege- und Unterstützungspotenzial, vor allem das familiäre, weiter abnehmen wird. Diese Debatte ist zu führen. Die Ursachen dafür werden wir wohl alle kennen, sinkende Geburtenraten, Veränderungen in den Familienstrukturen oder auch steigende Erwerbstätigkeit von Frauen, denn leider ist Pflege immer noch zu fast 70 Prozent Frauenarbeit. Deshalb müssen wir die Unterstützung in der Pflege auf eine breitere Basis stellen und wir müssen dabei auch die Strukturen überdenken. Es wäre doch fatal, wenn die Politik erst damit anfangen würde, wenn die Folgen des demografischen Wandels schon da sind; die Politik muss vorher handeln. Deshalb müssen wir Antworten finden,

(Olaf Ohlsen CDU: Richtig!)

wie in Pflege und Altenhilfe eine vernünftige Balance zwischen Pflegekräften einerseits und Verantwortung der Zivilgesellschaft andererseits aussehen kann, wer zukünftig welche Aufgaben übernehmen soll und welche Rolle Ehrenamtliche und Nachbarn bei der Pflege und Unterstützung einnehmen können. Um es gleich ganz deutlich zu sagen, die Zielsetzung, informelle Netzwerke aus Freunden, Bekannten und Nachbarn auch im Kontext von Pflege und Altenhilfe zu stärken, findet unsere volle Unterstützung. Die spannende Frage, die heute noch nicht abschließend geklärt werden

kann, ist jedoch, wie uns dies gelingen wird. Klar ist auch, dass nachbarschaftliche Hilfe Grenzen hat, aber das hat Senator Wersich auch benannt.

Zu Ihrem Antrag: Ein bisschen mehr Weitsicht wäre bei diesem Thema wirklich schön gewesen. Aus grüner Sicht ist die Tatsache besonders ärgerlich, dass Ihre Fraktion bürgerschaftliches Engagement in Zusammenhang mit Sparpotenzialen stellt; Sie werden dieser Sache in diesem Fall wirklich nicht gerecht.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Ärgerlich finde ich aber auch Ihre Weigerung, die Anstrengungen des Senats zur Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation in der Altenpflege auch nur zu Kenntnis zu nehmen. Es ist gerade einmal zwei Monate her, dass das "Bündnis für Altenpflege" eine erste positive Bilanz gezogen hat.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Die Zahl der Auszubildenden ist um 40 Plätze und damit um 15 Prozent gestiegen; 45 arbeitslose Menschen haben eine Ausbildung in der Altenpflege begonnen. Vielleicht sollten Sie sich diesen Bericht noch einmal ansehen, bevor Sie nur kritisieren.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Im Übrigen weigert sich der Senat auch nicht, die Rahmenplanung für die pflegerische Versorgungsstruktur zu aktualisieren; Frau Jürs hat es eben angesprochen. Die Prognosen werden alle fünf Jahre erstellt und das macht auch Sinn. Und da die letzte Rahmenplanung aus dem Jahr 2005 stammt, sollte Ihnen klar sein, dass die Fortschreibung aktuell erfolgt, und Sie wissen auch, wie sie erfolgt.

Sie fragen in Ihrem Petition, welche Kenntnisse der Senator beziehungsweise die zuständige Fachbehörde über ambulante Pflegeeinrichtungen hat, in denen "haushaltsnahe Hilfen" von Pflegefachkräften durchgeführt werden und wie diese mit den Pflegekassen abgerechnet werden können.

Ich nehme an, sie reden hier nicht von Pflegeeinrichtungen, sondern von ambulanten Pflegediensten, und beantworte Ihnen diese Frage gern.

Die Abrechnung hauswirtschaftlicher Leistungen erfolgt im Rahmenplan von SGB-XI-Leistungen. Diese Leistungen können, je nach Fallkonstellation, von Pflegefachkräften, hauswirtschaftlichem Personal oder aber auch von Hilfskräften erbracht werden. Genau das ist doch der Punkt. Ambulante Pflegedienste bieten eben nicht nur Grund-, Behandlungs- und Krankenpflege an, sondern auch hauswirtschaftliche und ergänzende Leistungen.

Gerade diese zuletzt genannten Bereiche stellen wir infrage. Müssen denn wirklich professionelle

(Martina Gregersen)

Dienstleister Dinge leisten, die auch von anderen übernommen werden können und die nicht von Profis erbracht werden müssen? Wir sagen: nein. Im Bereich der haushaltsnahen Dienstleistungen wie Einkaufen, Begleitungen im Alltag, Vorlesen oder Spielen kann Nachbarschaftshilfe greifen, eine entlastende Funktion einnehmen und den Einsatz ambulanter und externer Pflegedienste ersetzen, aber auch nur da. Dort, wo medizinische Leistungen und Pflege im engeren Sinne erfolgen, ist weiterhin der Einsatz ausgebildeter Fachkräfte nötig, dafür sind wir auch.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Die wirklich spannende Frage ist doch aber, wie wir nachbarschaftliche Hilfe und bürgerschaftliches Engagement stärken können und wie groß ihr Potential in Hinblick auf die Altenpflege ist. Wenn man die öffentliche Diskussion den Winter über verfolgt hat, könnte man durchaus den Eindruck haben, dass gar nicht mehr viel aktiviert werden muss. Viele Bürger haben lautstark beklagt, dass ältere Menschen bei der Glätte nicht gut aus dem Haus kämen – ich habe aber keine Klagen darüber gehört, dass es zu viel sei, die Einkäufe für ältere Nachbarn oder Verwandte zu übernehmen. Es mag da also durchaus ein großes Potenzial vorhanden sein.

Ein Schlüssel zur Aktivierung der Nachbarschaft liegt ganz sicher im Ausbau gemeinschaftlicher Wohnmodelle. Eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin zeigt, dass die Quoten bezüglich des Engagements bei dieser Wohnform gegenüber herkömmlichen Wohnformen um ein Vielfaches höher liegen, nämlich bei 51 Prozent gegenüber 34 Prozent.

Ein weiterer Ansatzpunkt, der eher zur Stärkung organisierter Formen des bürgerlichen Engagements beitragen könnte, sind lokale Bündnisse für Familien.

(Carola Veit SPD: Gibt es doch in Hamburg gar nicht!)

Eine Auswertung des Deutschen Jugendinstituts kam zu dem Ergebnis, dass bisher nur vereinzelt Projekte zur Unterstützung Pflegebedürftiger realisiert wurden. Das ist sicherlich noch ausbaufähig,

(Carola Veit SPD: Wo denn?)

da haben Sie recht.

Untersuchungen zeigen, dass der Anteil derer, die nicht verwandte Personen pflegen, mit dem Alter zunimmt. Umso wichtiger ist es, in organisierten Formen bürgerschaftlichen Engagements keine Altersgrenzen aufzubauen. Natürlich versuchen wir außerdem, auch junge Menschen dafür zu gewinnen.

Wichtig ist auch, eine Kultur der Anerkennung für bürgerschaftliches Engagement zu schaffen durch

Wertschätzung, Ermutigung oder das öffentliche Sichtbarmachen. Neben Dank, Auszeichnungen und Ehrungen sollten wir aber vielleicht auch über weitere Unterstützung nachdenken, wie die geldwerte Anerkennung, die zum Beispiel Fahrtkosten oder Versicherungen abdecken könnte. Formen der direkten Vergütung sind auch denkbar, werden von uns aber zum Teil auch kritisch gesehen, weil sie die Gefahr bergen, einen Niedriglohnsektor zu schaffen.

Sie haben die Pflegestützpunkte angesprochen. Wir haben in Hamburg nur acht von ihnen. Wir hatten mehr vor, aber man sollte erst einmal einen Teil errichten und, bevor man Hamburg mit einem Riesennetz von Pflegestützpunkten überzieht, schauen, wie sie angenommen werden, ob sie funktionieren und ob der Bedarf größer ist. Dann steht einem weiteren Ausbau nichts im Wege.

Ausgangspunkt für weitere Diskussionen sollte es sein, bürgerschaftliches Engagement und Nachbarschaftshilfe nicht als Sparpotenzial zu betrachten, sondern als Chance, die Lebensqualität Pflegebedürftiger zu verbessern. Ich denke, es lohnt sich, die von Senator Wersich angestoßene Diskussion weiterzuführen. Wir werden das in der Koalition gern tun und ich fordere auch die Opposition dazu auf, allerdings nicht auf der Grundlage Ihres Antrags, der der Sache nicht gerecht wird und der eher eine Anfrage wäre. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Fragt man die Menschen, was ihnen am wichtigsten ist, bekommt man überwiegend zur Antwort: die Gesundheit. Ich finde, an etwas, was den Menschen am wichtigsten ist, sollte der Staat nicht sparen.

Ich finde auch, dass es keine Markt- und Wettbewerbsbedingungen in der Daseinsvorsorge geben sollte. Wir verurteilen daher nach wie vor die Privatisierung der Krankenhäuser und der Pflegeheime in Hamburg und die Umbenennung der Daseinsvorsorge in Gesundheitswirtschaft mit den dazugehörigen Strategien hin zur Profitmaximierung.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Folgen werden wir alle in den nächsten Jahren schmerzlich zu spüren bekommen. Deswegen ist es schon entlarvend, wenn Herr Senator Wersich in einem Interview verkündet, wie er sich Pflege in der Zukunft vorstellt. Das klingt dann so, als würden mal eben in den nächsten zehn bis 15 Jahren so viele Mehrgenerationenhäuser in Hamburg entstehen, dass auf Hilfe angewiesene Menschen durch die Nachbarschaft gut versorgt und umhegt werden. Von wem denn eigentlich, frage ich mich,

(Kersten Artus)

welche Menschen schweben denn dem Senator so vor? Hartz-IV-Empfängerinnen vielleicht, die erwerbslos eine Etage höher wohnen und den ganzen Tag sowieso nichts zu tun haben oder Alleinerziehende, die neben Hausaufgaben machen und Essen kochen pflegebedürftige Menschen versorgen? Oder sollen dann die Rentner und Rentnerinnen zum Einsatz kommen, die zwar bis zum 67. Lebensjahr arbeiten mussten, sich aber jetzt nichts Schöneres und Erfüllenderes vorstellen können, als für andere einzukaufen, sauberzumachen und vielleicht noch die Fingernägel zu schneiden?

Der Bund hat ein Aktionsprogramm für Mehrgenerationenhäuser aufgelegt, es umfasst bundesweit 500 Projekte. Zehn davon befinden sich in Hamburg und der näheren Umgebung. Das dürfte für das Versorgungskonzept von Herrn Wersich schon einmal nicht ausreichen. Herr Wersich erzählt den Bürgern und Bürgerinnen in Bezug auf die Mehrgenerationenhäuser also nur ein schönes Märchen, vorausgesetzt, der Eindruck, den ich aus diesem Interview gezogen habe, stimmt so.

Ein weiteres Märchen ist auch, dass sich die Gesellschaft derart verändere, dass sie sich keine professionelle Pflege mehr leisten könne. Was soll denn damit gesagt werden? Zunächst einmal – Herr Kienscherf hat das schon ausgeführt – entwertet der Senator so, wie er den Bogen in dem Interview gespannt hat, die professionelle Pflege. Das hat zu Recht zu großer Empörung und Protesten bei den betroffenen Beschäftigten geführt.

Es soll damit wohl aber auch gesagt werden, dass die Pflege nicht mehr zu finanzieren sei, weil die Menschen immer älter werden. Das soll wohl implizieren, dass die Ausgaben zu sehr steigen. Das Problem sind aber nicht die Ausgaben, das Problem sind die Einnahmen. Dadurch, dass dieses Land immer mehr menschliche Ressourcen durch die Massenerwerbslosigkeit verschleudert, fehlen den Kassen Einnahmen. Ich behaupte daher das Gegenteil: Wir brauchen einen Ausbau der professionellen Pflege und wir brauchen verbindliche und attraktive Programme, damit sich mehr junge Menschen in diesem Beruf engagieren und nicht schon nach wenigen Jahren wieder aussteigen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Das ist übrigens nicht nur ein Beitrag, um den demografischen Wandel zu begleiten, sondern auch ein Beitrag gegen die Massenerwerbslosigkeit.

Das dritte Märchen ist das von der Wirtschaft, die erkannt hat, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf relevant ist und sie sich auf die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit pflegebedürftigen Eltern einstellen wird. Die Wirtschaft hat sich noch nicht einmal auf die Bedürfnisse von Eltern eingestellt – von wenigen Ausnahmen abgesehen –, und sie hat sich erst recht nicht auf Beschäftigte eingestellt, die ihre Eltern pflegen möchten. Sie

wird sich auch nicht darauf einstellen, wenn sie nicht dazu gezwungen wird. Ich glaube der Rechenkalkulation von Herrn Wersich nicht, dass immer knapper werdende Arbeitskräfte diesen Effekt auslösen. Immer knapper werdende Arbeitskräfte führen zu Überstunden und zu einer Auslese, aber nicht zu sozialerem Engagement von Arbeitgebern. Wenn die Arbeitgeber bald ganz aus der Pflicht genommen werden, Beiträge einzuzahlen, werden sie dieses Geld doch nicht dafür verwenden, Vakanten aufzufangen, um durch Pflegezeiten abwesende Beschäftigte zu ersetzen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wenn die Arbeitskosten weiter sinken, wird dadurch kein einziger Arbeitsplatz gehalten oder geschaffen. Die Erfahrung zeigt vielmehr, dass, wenn die Arbeitskosten sinken, Wettbewerbe über Preispolitik gefahren werden. Wenn die Waren immer billiger werden, bedeutet das ruinösen Wettbewerb und weitere Entlassungen.

Ein paar Gedanken noch zum Ehrenamt. Ich glaube, alle hier im Raum befürworten und unterstützen ehrenamtliches Engagement. Keine Organisation kommt ohne aus, die ganze Gesellschaft kommt ohne nicht aus. Es erreicht aber seinen Wert erst dadurch, dass es freiwillig gemacht wird, dass man es nicht kalkuliert und dass es nicht etwas ersetzt, um Kosten zu sparen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Rentner und Rentnerinnen bewusst als kostenloses oder billiges Ersatzpflegepersonal einzuplanen lehnen wir ab, denn dann wird wertvolle Zeit verschenkt, um die Auswirkungen des Pflegenotstands anzugehen.

Wir schlagen deswegen immer noch eine Bürger- und Bürgerinnenversicherung vor. Alle zahlen ein, je nach Einkommen. Das ist solidarisch. Die Pflege muss weiter professionalisiert werden. Die Berufe gehören besser bewertet, die harte Arbeit besser entlohnt. Das stärkt die Zivilgesellschaft.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wenn der Senat so weiter macht, dann darf er mit unserem härtesten Widerstand rechnen und mit dem der Menschen, mit denen Sie Ihre Zivilgesellschaft ausbauen möchten.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Wersich.

Senator Dietrich Wersich: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Artus, Herr Kienscherf, ich finde es schade, dass Sie ein Zukunftsthema unserer Gesellschaft – demografischer Wandel und sozialer Zusammenhalt – in einer

(Senator Dietrich Wersich)

kleinkarierten, sinnverdrehenden und gestrigen Art und Weise abhandeln.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Sie haben damit genau das Gegenbeispiel zu unserem neuen Leitbild "Wachsen mit Weitsicht" abgegeben.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Das Interview wurde vor dem Hintergrund geführt, dass wir in 15 Jahren bei etwa 5 Millionen weniger Arbeitskräften rund 7 Millionen Rentner mehr in Deutschland haben werden. Diesem Wandel müssen wir uns stellen. Im ganzen Interview ist kein einziges Wort zur Altenpflege gefallen.

(*Michael Neumann SPD*: Ja, ja, wer sich rechtfertigt...!)

Das Wort Altenpflege steht einzig in der Überschrift und die ist nicht von mir.

Ich sage aber auch gern etwas zur Altenpflege. Wenn wir uns vorstellen, dass wir 7 Millionen Menschen mehr im Rentenalter haben und gleichzeitig 5 Millionen Menschen weniger im Erwerbsalter, dann heißt das doch, dass Pflege knapper werden wird. Wir werden Pflege konzentrieren müssen, sie wird wertvoller und teurer sein. Das sind die Konsequenzen, wenn man soziale Marktwirtschaft verstanden hat. Pflege wird künftig wertvoller und teurer sein; ich rede keineswegs, wie mir unterstellt wird, davon, dass sie billiger und beliebiger werden wird.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Ein Wort zu Frau Artus. Sie haben ja recht, wenn Sie in Frage stellen, ob sich Unternehmen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wirklich schon auf ihre Fahnen geschrieben haben; wir arbeiten auch daran. Wenn wir aber in 15 Jahren 5 Millionen Menschen weniger auf dem Arbeitsmarkt haben, dann werden wir erleben, dass sich die Menschen – mehr als heute – ihre Arbeitsplätze aussuchen können. Wenn aber der Faktor Personal zur Mangelware wird, müssen sich die Unternehmen auf die Bedürfnisse ihres Personals einstellen, auch das ist soziale Marktwirtschaft. Deswegen glaube ich, dass Unternehmen künftig bedeutend mehr für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf tun werden, einfach weil sie im Wettbewerb um junge Arbeitskräfte auf einem knapper werdenden Arbeitsmarkt erfolgreich sein wollen.

Herr Kienscherf, Sie haben unterstellt, ich hätte gesagt, wir könnten soziale Arbeit in Zukunft nicht mehr bezahlen. Lesen Sie das Interview einmal durch, dort steht genau das Gegenteil. Die Frage wird meines Erachtens vor allem sein, wer überhaupt die Arbeit macht und weniger, wer sie bezahlt, denn Geld wird vielleicht ausreichend da sein. Ich glaube gar nicht, dass wir ein finanzielles

Problem haben werden. Angesichts des Verhältnisses von Arbeitenden und Rentnern wird aber sehr wohl die Frage sein, wer diese Arbeit machen wird. Genau deswegen habe ich gesagt, dass wir in unserer Gesellschaft eine neue Balance brauchen zwischen dem, was der Staat und professionelle Kräfte übernehmen und dem, was an Verantwortung in der Zivilgesellschaft und Nachbarschaft wahrgenommen wird.

Abschließend noch einmal zu dem sozialpolitischen Bild. Ich habe nicht davon gesprochen, dass in Hamburg das Soziale verstaatlicht werde, ich habe von unserem Sozialstaat in den vergangenen 100 Jahren gesprochen. Wir haben da sehr wohl eine Verstaatlichung erlebt. Wir haben im sozialen Bereich Sonder- und Spezialsysteme für behinderte Menschen, psychisch Kranke, Kinder und Alte aufgebaut. Diese Systeme haben mit dazu beigetragen, dass Menschen in Spezialeinrichtungen betreut und aus der Mitte der Gesellschaft ausgegrenzt wurden. Es ist doch gerade Sinn der UN-Behindertenrechtskonvention, diesen Prozess umzukehren und die Menschen endlich wieder in die Mitte der Gesellschaft zu holen. Für dieses In-die-Mitte-der-Gesellschaft-Holen brauchen wir Nachbarschaft und Netzwerke, die von den Bürgern in den Stadtteilen getragen werden. Die Stärkung dieses sozialräumlichen Ansatzes, die Förderung von Nachbarschaften und das Stabilisieren von Netzwerken ist das gemeinsame Credo von CDU und GAL. Das ist Sozialpolitik mit Weitsicht.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kienscherf.

Dirk Kienscherf SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Senator, ich will auf ein, zwei Punkte eingehen.

(*Harald Krüger CDU*: Habe ich befürchtet!)

Wenn Sie sich als Sozialsenator tatsächlich hinstellen

(*Ekkehart Wersich CDU*: Er ist doch Sozialsenator!)

und behaupten, wir hätten in den letzten 100 Jahren das Zwischenmenschliche verstaatlicht und das habe dazu geführt, dass Menschen an den Rand der Gesellschaft gedrängt worden seien, dann frage ich mich schon, ob Sie eigentlich wissen, welche Verhältnisse in diesem Land vor 100 Jahren geherrscht haben, wie viele Menschen nicht gepflegt wurden und kurz nach Erkrankung gestorben sind, wie viele Menschen nicht gefördert wurden und wie viele behinderte Menschen gar keine Chance in der Gesellschaft erhalten haben. Ich finde das, was Sie hier sagen, schon zynisch.

(Dirk Kienscherf)

(Beifall bei der SPD – *Michael Neumann SPD*: Das ist noch höflich formuliert!)

Wir hatten gerade im Bereich der Pflege – das wissen Sie doch ganz genau – einen großen Aufschrei in den Siebzigerjahren, als uns bewusst wurde, dass es dramatisch aussieht, wenn Pflegebedürftige von Angehörigen gepflegt werden, wie es in den Heimen aussieht und dass wir mehr Geld in das System geben müssen. Wie sah es denn aus bei behinderten Menschen, die bei ihren Familien untergebracht waren und um die sich keiner richtig kümmern konnte? Da hat der Sozialstaat erst Zukunftschancen ermöglicht; da können Sie doch nicht sagen, wir hätten diese Menschen an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Wir haben ermöglicht, dass diesen Menschen überhaupt Entwicklungsmöglichkeiten geboten wurden, das müssten Sie als Sozialsenator endlich begreifen.

(Beifall bei der SPD – *Michael Neumann SPD*: Sehr richtig!)

Eines verstehe ich zudem überhaupt nicht. Herr Kerstan und auch Sie von der CDU haben uns vorhin Ihr Leitbild "Wachsen mit Weitsicht" präsentiert. Der Senator hat uns gerade über die demografische Entwicklung belehrt, über das Verhältnis von älter werdenden Menschen und Arbeitskräften. Vielleicht habe ich Ihr Leitbild falsch gelesen, vielleicht habe ich Sie auch einfach nur falsch verstanden, Herr von Frankenberg. Sie scheinen davon auszugehen, dass Hamburg, weil es so wunderbar attraktiv ist, auch weiterhin einen enormen Zuwachs an jungen Familien und Fachkräften haben wird. So steht es zumindest in Ihrem Leitbild. Daran denkt der Senator jetzt offensichtlich nicht, wenn er behauptet, Hamburg müsse mit einer dramatischen Reduzierung an Fachkräften rechnen. Das ist doch nicht stringent in der Argumentation; da hätten wir mehr erwartet.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch etwas zum Thema Mehrgenerationenhäuser sagen. Das, was man unter dem Begriff eigentlich versteht, wird hier gar nicht geleistet. Was wir aber sehr wohl in unserer Stadt haben, sind generationenübergreifende Wohnprojekte; Sie haben selber eines eingeweiht. Ich habe einmal nachgefragt, was denn in diesen Projekten eigentlich passiert und wie sich ihre Struktur von der in Mehr- oder Einfamilienhäusern unterscheidet. Da konnte der Senat keine Auskunft geben; es lagen ihm dazu keine Daten vor. Sie wissen also gar nicht, wie es in solchen generationenübergreifenden Projekten aussieht. Diese mögen durchaus sinnvoll sein, sie werden aber nicht die Lösung des Pflegeproblems bringen können. Damit stehen Sie sich aus der Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Gerade das ist das Gefährliche. Wir wissen um den demografischen Wandel und wir haben das

gesellschaftspolitische Ziel – von uns allen beschlossen und von den Menschen anerkannt –, Menschen länger in ihren eigenen Wohnungen leben zu lassen. Das wollen wir alle und das kostet Geld. Wir als Gesellschaft müssen dazu bereit sein, dieses Geld auch aufzubringen.

Nun erfahre ich, dass der Hamburger Sozialsenator sagt, beim Thema Pflege werde Geld nicht das Entscheidende sein; das erstaunt mich. Die Hamburgische Pflegegesellschaft sagt, die Pflege sei nach wie vor unterfinanziert. Die Caritas in Hamburg sagt, die Pflege stehe vor einem riesigen Finanzierungsproblem. Selbst die CDU auf Bundesebene sagt, dass wir die Pflege so nicht mehr lange werden finanzieren können. Der Hamburger Sozialsenator aber stellt sich hin und sagt, es liege nicht am Geld, nur an den Menschen.

Da frage ich Sie doch einmal ganz ernsthaft: Wenn es nicht am Geld liegt – da kommt Ihre soziale Marktwirtschaft ins Spiel –, kann es dann nicht darum gehen, die Arbeitsbedingungen der Menschen in der Pflege zu verbessern, ihnen endlich mehr Geld zu zahlen und ihre Arbeit entsprechend zu würdigen? Dann werden wir in der Pflege kein Problem haben, man muss nur wollen. Sie wollen diesen Weg aber nicht gehen und versuchen hier, ein Ausstiegsszenario zu installieren. Das müssen wir ablehnen und das muss jeder ablehnen, der eine gute, menschenwürdige Pflege in dieser Stadt gewährleisten und eine ehrliche Diskussion darüber führen möchte. Wir wollen das. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr, dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wer sich dem Antrag der SPD-Fraktion aus Drucksache 19/5153 in der Neufassung anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zu Punkt 25 der Tagesordnung, Drucksache 19/5257, dem Bericht des Wirtschaftsausschusses: Aufhebung der Freizone Hamburg.

**[Bericht des Wirtschaftsausschusses über die Drucksache 19/4916:
Aufhebung der Freizone Hamburg (Senatsmitteilung)
– Drs 19/5257 –]**

Auf eine Debatte ist einvernehmlich verzichtet worden.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft von der Drucksache 19/5257 Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 32, Drucksache 19/5152, Antrag der SPD-Fraktion: Das kultu-

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden)

relle Erbe der Hansestadt erhalten und bewahren
– kein Ausverkauf der Kunstschatze!

[Antrag der Fraktion der SPD:

Das kulturelle Erbe der Hansestadt erhalten und bewahren – kein Ausverkauf der Kunstschatze!

– Drs 19/5152 –]

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Frau Dr. Oldenburg, bitte.

Dr. Christel Oldenburg SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In den letzten Wochen ist in Hamburg eine heftige Diskussion darüber entbrannt, ob Museen ihre Kunstwerke verkaufen dürfen. Worum geht es?

Ende letzten Jahres hat der Stiftungsrat der Kunsthalle Direktor Gaßner beauftragt, zwecks Schuldentilgung eine Liste mit entbehrlichen Kunstwerken zu erstellen. Was sich auf dieser Sitzung des Stiftungsrats genau zugetragen hat, darüber gibt es unterschiedliche Versionen. Wenn man verschiedenen Berichten traut, haben dort Stiftungsratsmitglieder – oder wenigstens ein Stiftungsratsmitglied – in Erwägung gezogen, Bilder des berühmten Künstlers Gerhard Richter zu verkaufen mit der Begründung: Erstens besitze die Kunsthalle mehrere Werke dieses Künstlers, zweitens könne man mit ihnen Höchstpreise von mehreren Millionen Euro erzielen und drittens – und da wird es dann schon wirklich merkwürdig – sei Richter in der Kunstszene überbewertet und seine Bilder gar nicht so gut, wie man sie augenblicklich verkaufen könne.

Mal ganz abgesehen davon, dass es schon ans Absurde grenzt, einen Künstler erst herunterzureden und ihn dann auch noch zu Höchstpreisen verkaufen zu wollen, stellt sich hier ernsthaft die Frage, ob der Verkauf von Kunstwerken ein praktikabler Weg ist, um die verschuldeten Museumsstiftungen in eine solide Zukunft zu führen. Wir Sozialdemokraten sagen dazu eindeutig nein.

(Beifall bei der SPD)

Die Kunstschatze dieser Stadt müssen in unseren Museen bleiben. Auf keinen Fall dürfen Kunstwerke wie die Immobilien der Stadt zu Höchstpreisen an den Meistbietenden verschauelt werden. Jahrhundertlang haben Hamburgs Bürger für ihre Stadt und für ihre Museen Kunstwerke gesammelt, um sie für die Nachwelt zu bewahren. Diese Grundkonstante des Hamburger Kulturlebens darf auf keinen Fall preisgegeben werden, das wäre Verrat am Stolz der Hamburger Bürger.

(Beifall bei der SPD)

Kunstwerke kann man nicht nach dem jeweiligen kunstgeschichtlichen Zeitgeschmack aussondern. Ein Kunstwerk, das man heute für verzichtbar hält, kann sich morgen als Meisterwerk herausstellen.

Ein Kunstwerk, das in einem Museum seinen Platz findet, wird aus dem Kreislauf der Warenwelt herausgenommen und für die Nachwelt bewahrt. Bisher konnte jeder, der einem Museum der Stadt ein Kunstwerk geschenkt hat, darauf vertrauen, dass das Kunstwerk im Eigentum des Museums verbleibt. Mit einem Verkauf von Kunstschatzen würde das Hamburger Stiftungswesen in seinem Kern getroffen. Es würde zu einem Ausverkauf von Hamburger Kulturgut kommen. Das darf nicht sein. Wir fordern den Senat dazu auf, dafür Sorge zu tragen, dass jede Veräußerung von Kunstwerken der Hamburger Museen zur Deckung finanzieller Defizite unterbleibt.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn*
DIE LINKE)

Kein Stifter würde Hamburgs Museen mehr Kunstwerke schenken, wenn er davon ausgehen müsste, dass sein Kulturgut bei Bedarf oder schlechter Kassenlage verkauft wird.

Gemäß dem verpflichtenden Code des Internationalen Museumsrats, dem auch die Kunsthalle zugestimmt hat, haben Aussonderungen nur nach äußerst strengen Regeln zu erfolgen. Eventuell erzielte Erlöse dürfen dann auch wieder nur für neue Kunstwerke verwendet werden.

Frau Martens, ich möchte Sie aus Ihrem Presse-Newsletter vom 8. Dezember zitieren:

"Ich warne ausdrücklich davor, aufgrund der momentan finanziellen Lage nach dem Verkauf von Kunstwerken zu rufen. Kunstwerke zur Deckung der laufenden Kosten von Museen zu verwenden, bedeutet den Ausverkauf unserer Sammlungen und ist ein Verrat an der Aufgabe der Museen."

(Beifall bei *Uwe Grund* SPD und *Bernd Ca-peletti* CDU)

Es freut mich wirklich aufrichtig, Frau Martens, dass wir in diesem Punkt einer Meinung sind. Was hält Sie nun eigentlich davon ab, unserem Antrag zuzustimmen?

(*Ingo Egloff* SPD: Dass wir ihn gestellt haben!)

Wir wollen doch, dass unsere Museen Orte des Sammelns und des Bewahrens bleiben, oder täusche ich mich da etwa?

(Beifall bei der SPD)

Frau Senatorin von Welck, wenn ich Ihren Gastbeitrag "Kunstwerke bewahren – nicht verkaufen" vom 15. Dezember 2009 im "Hamburger Abendblatt" richtig verstanden habe, dann sind auch Sie dafür,

(Dr. Christel Oldenburg)

das kulturelle Erbe der Museen langfristig und vor allem auch für die folgenden Generationen zu bewahren. Auch Sie müssten daher unseren Antrag befürworten. Wir müssen doch gemeinsam dafür Sorge tragen, dass nicht die bundesdeutsche Kulturwelt entsetzt nach Hamburg schaut und sich fragt, was denn hier los ist.

Aber führen wir die Debatte einmal auf den Kern zurück. Was wir brauchen, ist, dafür zu sorgen, dass der Senat unsere Museen solide finanziert.

(Dirk Kienscherf SPD: Richtig!)

Insgesamt haben die Hamburger Museumsstiftungen Ende 2009 schon wieder 6,5 Millionen Euro Schulden angehäuft. Es reicht in den Häusern gerade einmal knapp für die Betriebs- und Personalkosten; Ausstellungsetats sind so gut wie nicht mehr vorhanden. Ausstellungen können nur noch mithilfe von Sponsoren auf die Beine gestellt werden und wenn die jetzt mit der Finanzkrise wegbrechen, dann werden auch noch die Leistungen heruntergefahren und die Eintrittspreise angehoben. So kann das nicht weitergehen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Die Museen begeben sich in eine Abwärtsspirale, aus der sie mit eigenen Kräften überhaupt nicht wieder herauskommen.

Immer deutlicher zeigt sich, dass bei der Entschuldung 2007 Fehler gemacht wurden. Die Schulden wurden getilgt, aber das strukturelle Defizit nicht beseitigt, unter dem die Museen jetzt schon zehn Jahre lang leiden. Das ist ein langer Zeitraum. Seitdem haben die Museen eine unendliche Kreativität entwickelt, um zu Einnahmen zu kommen. Die Direktoren der Hamburger Museen sind längst mehr damit beschäftigt, auswärtige Geldquellen zu erschließen, als ihrer einst originären Aufgabe des Sammelns, Bewahrens und Forschens nachzukommen.

Ein Museum ist eben mehr als eine reine Ausstellungshalle; hier soll eben auch gesammelt und für die Nachwelt bewahrt werden. Hamburg hat in dieser Hinsicht eine lange und tiefe Bürgertradition vorzuweisen. Ich bitte Sie, Frau Senatorin, zerstören Sie diese Tradition nicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Martens.

Brigitta Martens CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Entgegen den dramaturgischen Regeln nehme ich gleich zu Anfang der Debatte die Spannung heraus.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist ja langweilig!)

Die CDU wird nämlich den SPD-Antrag zum Ausverkauf der Kunstschatze an den Kulturausschuss überweisen, gefühlt aber eigentlich ablehnen, und zwar aus einem ganz einfachen Grund, Frau Oldenburg: Nicht weil wir uns in der Sache nicht einig sind, sondern weil der Antrag fachlich überflüssig ist. Wir brauchen ihn nicht und führen eine reine Phantomdebatte.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Michael Neumann SPD: Das ist bei manchen Reden auch so!)

Die Kunstwerke der Hamburger Museumsstiftung befinden sich zum größten Teil im Treuhandvermögen der Stadt Hamburg und darüber entscheidet letztendlich die Hamburgische Bürgerschaft, also wir Abgeordnete und damit auch Sie, Frau Oldenburg, Herr Hackbusch und Herr Tschentscher, und ich bin mir sicher, dass keiner von uns Kunstwerke zur Finanzierung von Museen oder sogar zur Konsolidierung des Gesamthaushaltes verwenden würde. So hat sich die CDU auch unmissverständlich in der Öffentlichkeit geäußert. Was also wollen Sie mit Ihrem Antrag erreichen? Keiner will Kunstwerke versilbern, wir brauchen keinen vorbeugenden Beschluss.

Die SPD versucht wieder einmal populistisch, dramatische Szenarien aufzubauen, die nicht den Tatsachen entsprechen. Immer wieder führen wir in Krisenzeiten die Debatte, ob und wann man denn Kunstwerke verkaufen dürfe. Eine solche grundsätzliche Debatte würde hier zu weit führen, nur so viel dazu: Grundsätzlich darf man Überlegungen anstellen, dass Museen Ankäufe durch Verkäufe von Kunstwerken finanzieren können, um bestimmte Themenkomplexe in ihren Sammlungen zu komplettieren.

Auf das generelle Thema der finanziellen Situation der Hamburger Museumsstiftung gehe ich jetzt nicht ein. Das behandeln wir seriös und ausführlich mit der Anhörung im Kulturausschuss am 2. März, wozu ich ganz herzlich unsere Haushaltspolitiker einladen möchte, da uns dieses Thema noch länger beschäftigen wird.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Gümbel.

Dr. Eva Gümbel GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Oldenburg, was sollte diese Schärfe in Ihrem Antrag? Der Rest war okay, wir sind uns alle einig. Sie haben sämtliche Interviews gelesen und es ist klar, dass kein Mensch diese Kunstwerke verkaufen will. Sie bauschen hier etwas auf.

(Ingo Egloff SPD: Wehret den Anfängen!)

(Dr. Eva Gümbel)

Wir haben uns für eine Überweisung des Antrags eingesetzt, weil wir es, wie Frau Martens angedeutet hat, richtig finden, grundsätzlich zu überlegen, welche Möglichkeiten es für neue Ankäufe gibt oder um neue Stifter zu gewinnen. Darüber würden wir gerne mit Ihnen im Kulturausschuss debattieren. Aber nach Ihrer Rede ärgere ich mich fast ein bisschen darüber, dass wir die Überweisung beantragt haben, weil klar ist, dass Ihnen irgendwelche Interna – vermutlich von Herrn Nümann oder wem auch immer – im Stiftungsrat zu Ohren gekommen sind.

(Ingo Egloff SPD: Spielen Sie doch nicht immer die beleidigte Leberwurst!)

Sie selbst haben gesagt, es gäbe mehrere Varianten. Dass Sie auf so etwas Ihren Antrag und Ihre Rede aufbauen, finde ich, ehrlich gesagt, ziemlich daneben.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Hoffentlich werden wir im Ausschuss ein wenig sachlicher über die Finanzierung der Museen reden. Wir haben dazu die Anhörung, Sie kennen das Gutachten, das wird uns mehr als eine Ausschusssitzung lang beschäftigen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Frau Präsidentin, vielen Dank, Sie haben mir gerade gesagt, dass ich noch 32 Minuten Redezeit habe.

(Heiterkeit im Plenum)

Die wesentlichen Argumente hat Frau Oldenburg genannt und man muss sie nicht noch einmal wiederholen. Ich möchte erklären, warum mir diese Debatte wichtig ist.

Meiner Meinung nach werden die Kulturpolitiker oft überschätzt, aber darum sollte es uns jetzt nicht gehen. Wir wissen – gerade auch Sie, Frau Martens –, dass innerhalb der CDU nicht ganz unwichtige Leute, unter anderem der Vorsitzende der Deputation, stark dafür werben, doch endlich einmal ein paar Exponate zu verkaufen. Diese Debatte innerhalb Hamburgs hat Herr Ehlers selber angezettelt und demzufolge sollte man sich schon mit dieser Frage auseinandersetzen und sich ihretwegen auch streiten.

Um es einmal unter uns Kulturpolitikern zu sagen: Auch der Antrag der SPD ist nicht ganz ohne. Auch da sind ein paar Schlenker drin, die mich irritieren. In dem Antrag steht zum Beispiel, dass das Museum die für den Ankauf neuer Kunstschatze erforderlichen Mittel kaum über den Verkauf eigener Kunstwerke erhalten könne. Auch das ist eine vage Formulierung, denn sie unterstellt, dass der

Verkauf eigener Kunstwerke dann gerechtfertigt ist, wenn mit diesem Geld der Erwerb neuer Kunstwerke finanziert werden kann. Auch die Formulierung im Antrag, das Hamburgische Museumsstiftungsgesetz solle es den Museen untersagen, Sammlungsgegenstände ohne Weiteres zu Geld zu machen, ist sehr unsauber formuliert. Was heißt ohne Weiteres?

Es macht also durchaus Sinn, diese Debatte zu führen, denn die wirtschaftliche Situation der Hamburger Museen ist bereits dramatisch. Wir wissen praktisch nicht, wie wir unsere Museen weiterhin finanzieren können, und werden vielen Ansprüchen ohne den Verkauf von Kunstwerken gerecht werden müssen. Wir sollten für eine sehr kontrovers geführte Debatte dieses Themas in der Öffentlichkeit gewappnet sein, denn wie die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages befürchte auch ich, dass diese auf uns zukommen wird, auch wenn das Thema unter uns Kulturpolitikern sehr einvernehmlich diskutiert wird.

Selbst die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages hat schon vor über einem Jahr gesagt, dass der Druck auf die Museen, einzelne Kunstwerke zu verkaufen, um somit vielleicht finanzielle Probleme zu lösen, eine große Gefahr darstellt und dass sich die Kulturpolitiker gegenseitig in die Hand versprechen sollten, dieses Thema in der Öffentlichkeit zu führen. Insofern ist es auch richtig, sie im Kulturausschuss zu debattieren.

Im Wesentlichen geht es um die Bedeutung der Museen für unsere Gesellschaft. In einer Demokratie, in der kein König oder Aristokrat mehr Kunstschatze sammelt, wo es praktisch keine Kirchen mehr gibt, die Kunstschatze sammeln, werden nur noch in Museen über Jahrzehnte und Jahrhunderte alte Erinnerungsstücke gesammelt. Das Sammeln ist die Hauptaufgabe der Museen, das möchte ich Ihnen allen gerne in den Hinterkopf pflanzen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Erst an zweiter Stelle sind sie ein wichtiger und schöner Showroom. Das Sammeln von Erinnerungsstücken ist wichtig für unsere kulturelle Existenz und Weiterentwicklung und genau das halte ich für ein diskutierenswertes Thema in der Bürgerschaft und im Kulturausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Stapelfeldt.

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten vor fünf Jahren, Anfang 2005, eine Debatte genau zu diesem Thema und waren uns fraktionsübergreifend darin

(Dr. Dorothee Stapelfeldt)

einig, dass es nicht zu einem Verkauf von Kunstwerken aus den Museen kommen sollte. Dazu hatten wir damals auch eine klare Stellungnahme des Senats.

Ich wundere mich – Frau Martens, es ist übrigens keine Phantomdebatte –, dass es in dieser Debatte heute keine klare Äußerungen der Kultursenatorin gibt. Es wäre gut gewesen, wenn sie uns hier und heute das gesagt hätte, was sie über die Presse hat mitteilen lassen, dass es nämlich keine Veräußerung von Kunstwerken geben würde.

Es ist bedenklich, dass das a) nicht passiert, aber auch b) diese Diskussion über die Veräußerung von Kunstwerken aus Museen periodisch dann geführt wird, wenn es den Museen nicht gut geht – das heißt, wenn sie unterfinanziert sind, wenn sie Defizite haben – und demzufolge leider immer wieder überlegt wird, ob man die Stabilität der Museen möglicherweise über solche Veräußerungen herbeiführen könne.

Wir haben uns schon 2005 dagegen ausgesprochen. Kurz davor, Ende 2004, gab es den Beschluss des Deutschen Museumsbundes, dessen Präsident im Dezember zu der in Hamburg geführten Debatte ganz klar gesagt hatte, dass ein Verkauf von Kunstwerken zum Stopfen von Haushaltslöchern absolut tabu sein müsse. Deswegen, Frau Senatorin, sind Sie auch aufgefordert, eindeutig klarzumachen, dass es keinen Auftrag an den Vorstand der Kunsthalle gibt, eine Liste mit veräußerbaren Kunstwerken zu erstellen. Das müssen wir von Ihnen fordern, das können wir von Ihnen erwarten, wenn es um die Stabilität der Hamburgischen Kunsthalle geht.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Wankelmut wird uns als diskursiver Führungsstil vorgeführt, was ich völlig unmöglich finde. Diese Diskussion hat leider schon kulturpolitischen Flurschaden angerichtet. Frau Senatorin, Sie sind nicht nur Kultursenatorin, sondern auch Vorsitzende der Stiftungsräte. Gerade für die Kunsthalle hätten Sie wissen müssen, dass sich im Besitz der Stiftung Hamburger Kunsthalle nur 7 Prozent der Kunstwerke befinden und der Rest der Freien und Hansestadt Hamburg gehört und durch Entscheidung dort also nicht veräußerbar ist. Sie hätten auch wissen müssen – und deswegen hätte diese Debatte sofort gestoppt werden müssen –, dass von diesen 7 Prozent, die der Stiftung gehören, überhaupt keine Kunstwerke veräußerbar sind, weil sie nämlich Schenkungen und Stiftungen sind. Insofern ist ein kulturpolitischer Flurschaden eingetreten.

Stifter und potenzielle Sponsoren, zahllose Förderer und Unterstützer sind verunsichert worden. Deswegen möchte ich auch noch einmal an dieser Stelle erwähnen, dass es von der Stiftung für die Hamburger Kunstsammlungen einen Brief gege-

ben hat, der klarstellte, dass die von der Stiftung erworbenen Kunstwerke – die also nicht nur aus den Mitteln, die die Hamburger Bürgerinnen und Bürger gestiftet haben, sondern auch aus den Mitteln des öffentlichen Haushalts erworben wurden – überhaupt nicht veräußert werden können, sondern im Eigentum der Stiftung bleiben müssen und auch nicht zur Deckung von Finanzlücken der Museen benutzt werden dürfen. Sogar diese Stiftung fühlte sich also bemüßigt, Mitte Dezember genau dieses festzuhalten, damit nicht der falsche Eindruck entsteht, dass aus ihrem Bestand Kunstwerke veräußert werden könnten. Wenn das kein politischer Flurschaden ist, was dann?

(Vereinzelter Beifall bei der SPP – *Olaf Ohl* – *sen CDU*: Genau!)

Wir alle wissen ganz genau, dass die Bereitschaft von Hamburger Bürgerinnen und Bürgern, für die Museen in dieser Stadt zu stiften und Schenkungen zu machen, ein ganz hohes Kapital ist. Deswegen ist es doch Ihre Aufgabe, Frau Senatorin, dieser Verunsicherung entgegenzuwirken und eine solch unsägliche Debatte weder anzustoßen noch zuzulassen, sondern mit dauerhaften und tragfähigen Konzepten für eine angemessene finanzielle Ausstattung der hamburgischen Museen zu sorgen. Das haben Sie nicht getan.

Wie Frau Oldenburg gesagt hat, gab es Mitte 2007 eine unzureichende Entschuldung der Hamburgischen Museen. 13,6 Millionen Euro reichten nicht aus und wir wussten schon damals als Bürgerschaft, dass 1,3 Millionen Euro mehr notwendig gewesen wären und davon 0,9 Millionen allein für die Kunsthalle. Die Unterfinanzierung nahm und nimmt kein Ende. Wie wir aus den Kleinen Anfragen des Kollegen Böwer, der jetzt wieder hereinkommt, wissen, sollte zum Ende des Jahres 2009 das voraussichtliche Defizit bei den hamburgischen Museen fast 4,5 Millionen Euro betragen. Damals war die Kunsthalle noch mit 1 Million Euro eingerechnet; jetzt wissen wir, dass der Fehlbetrag bei 1,9 Millionen Euro liegt. Wir sind also weit über diese Summe hinaus und wissen um die Defizite, die es den einzelnen Museen so schwer machen. Das halte ich für einen ganz unerträglichen Zustand, nachdem die Entschuldung gerade einmal zweieinhalb Jahre her ist, was zeitlich gesehen gar nichts ist. Umso dringender muss diese Schieflage aufgehoben werden.

Ein Letztes zur Kunsthalle. Am nächsten Dienstag finden parallel zum Kultur- und Haushaltsausschuss auch noch andere Ausschusssitzungen statt. Deshalb möchte ich dem Kulturausschuss mit auf den Weg geben, auch Folgendes, gegebenenfalls auch mit dem Rechnungshof, zu beraten: Wie kann es angehen, dass der Hamburger Kunsthalle im vergangenen Jahr ein Betrag von 1,5 Millionen Euro abgezogen worden ist zur Finanzierung der Nebelschwaden, also als Finanzierungsbeitrag

(Dr. Dorothee Stapelfeldt)

an die AXA? Wie konnten Sie das festlegen, ohne dass es eine Drucksache gab, mit der der Bürgerschaft darauf hingewiesen worden wäre? Wie kann es sein, dass Sie ohne eine solche Drucksache für die Bürgerschaft die Zuwendungen an die Hamburger Kunsthalle auf 8,8 Millionen Euro festsetzen, ohne dass wir uns damit überhaupt befasst haben?

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich will darüber gar nicht mehr sagen, meine Damen und Herren und Frau Senatorin. Ich finde nur, dass das so nicht geht, dass das haushaltsrechtlich geprüft werden muss, und ich bitte darum, dass es der Rechnungshof mit uns gemeinsam tun wird.

Ich wiederhole noch einmal: Sie müssen Ihren Aufgaben gerecht werden, Frau Senatorin, und dazu gehört, dass Sie sich klar gegen den Verkauf der Kunstwerke stellen, und zwar öffentlich und im Parlament, und dazu gehört, dass auch Sie Ihren Beitrag dazu leisten, dass die Museen eine stabile finanzielle Grundlage erhalten. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Gümbel.

Dr. Eva Gümbel GAL:* Um es kurz zu machen, wir lehnen den Antrag jetzt ab. Ich habe mich so geärgert,

(Beifall bei der GAL und der SPD)

das muss nicht sein. Frau Stapelfeldt, Sie wissen ganz genau, die Einzigen, die hier so einseitige Darstellungen bringen, sind Sie, die Sozialdemokraten. Sie kochen eine Phantomdebatte hoch.

(Thomas Böwer SPD: Phantomdebatte! Gucken Sie sich die Antworten des Senats an!)

Herr Nümann hat Ihnen irgendetwas erzählt, mir haben andere Leute etwas anderes erzählt. So macht man schlechte Politik, das ist wirklich fies.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Natürlich werden wir diese Debatte im Ausschuss führen, und zwar in dem Sinne, wie Herr Hackbusch es skizziert hat,

(Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Sie sind von keiner Sachkenntnis getrübt!)

das ist klar, aber nicht mit Ihrem Antrag.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich dachte, die Trotzphase von Kindern wäre nach einer gewissen Zeit vorbei.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Es gehört sich einfach nicht, einen Antrag abzulehnen, nur weil man sich über irgendeinen Beitrag ärgert. Ich habe dargestellt, warum es ein wichtiges Thema ist, und deshalb ist mir so eine Ablehnung zu trotzig und zu kleinmädchenhaft. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN und bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer einer Überweisung der Drucksache 19/5152 an den Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist abgelehnt.

(Ingo Egloff SPD: Ihr seid peinlich! Ihr seid oberpeinlich!)

Dann müssten wir in der Sache abstimmen.

Wer der Drucksache 19/5152 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Drucksache 19/5152 mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zu Punkt 16 der Tagesordnung, Drucksache 19/5247, dem Senatsantrag: Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg über die Unterbringung und Behandlung von Gefangenen der Justizvollzugsanstalten des Landes Schleswig-Holstein im Zentralkrankenhaus der Untersuchungshaftanstalt.

[Senatsantrag:

Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg über die Unterbringung und Behandlung von Gefangenen der Justizvollzugsanstalten des Landes Schleswig-Holstein im Zentralkrankenhaus der Untersuchungshaftanstalt

– Drs 19/5247 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Rechts- und Gleichstellungsausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort?

(Zurufe)

– Gut, wunderbar. Es wäre ganz hilfreich, wenn wir das hier oben auch mitbekommen würden. Es gibt also keine Debatte dazu.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden)

Deshalb kommen wir gleich zur Überweisung der Drucksache 19/5247 an den Rechts- und Gleichstellungsausschuss.

Wer diese Überweisung unterstützen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist einstimmig angenommen.

Ich weiß, Sie werden jetzt sehr traurig sein. Die Sitzung ist beendet und wir sehen uns morgen wieder.

Ende: 19.51 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Christiane Blömeke, Bülent Ciftlik, Nebahat Güclü, Klaus-Peter Hesse, Wolfgang Rose, Stefan Schmitt, Karl Schwinke, Carola Thimm und Jenny Wegen